

# Why not?



## **Kriegsgerät interessiert uns brennend**

Antimilitaristische Blockade- und Sabotageaktionen in Europa.

Mit Beiträgen von AktivistInnen aus Irland, Belgien, Holland und der BRD

**Solidarität**

**mit den verfolgten AntimilitaristInnen!!!**

**<http://einstellung.so36.net/>**

Diese Broschüre kostet mindestens 1,- €Solidaritätsbeitrag

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	Seite 3
<b>Beispiele antimilitaristischer Aktionen in Europa:</b>	
Niederlande Zerstörung von Sattelitenschüsseln und Radarinstallationen auf einer amerikanischen Atomwaffenbasis in Volkel	Seite 5
Irland Beschädigung eines US-amerikanischen Kampfflugzeuges auf dem Flughafen Shannon	Seite 7
Belgien „Trainstoppingaktion“ kurz vor Beginn des Irakkrieges	Seite 8
<b>Längere (gekürzte) Hintergrundartikel:</b>	
„Neoliberaler Kolonialismus“ von Jürgen Wagner Protektorate, Aufstandsbekämpfung und die Radikalisierung westlicher Kriegspolitik.	Seite 9
„EU-Außenpolitik und Militarisierung“ von Markus Euskirchen Von alten Erbfeindschaften über die Verfassung zur gemeinsamen Militärmacht.	Seite 15
<b>Ausgewählte Artikel und Dokumentationen:</b>	
Farbbeutel gegen Außenminister Fischer Gespräch mit der Farbbeutelwerferin	Seite 26
„Es gibt zu viele Bundeswehrfahrzeuge“ Dokumentation der Erklärung zum Brandanschlag auf dem Gelände der Bundeswehrhochschule Hamburg	Seite 28
Aktion gegen das Kreiswehrrersatzamt in Wetzlar	Seite 29
Brandanschlag auf schweizer Niederlassung von MAN	Seite 31
Zur Rolle der Bertelsmann-Stiftung in der Militärpolitik	Seite 32
„Der Staat - und die justiziable Regulierung der Ordnung“	Seite 34
„Der Bundeswehreinsatz in und um Heiligendamm“ von Markus Euskirchen	Seite 35
<b>Ausgewählte Tickermeldungen</b>	Seite 37
<b>Termine</b>	Seite 39
<b>Veranstaltungsankündigung</b>	Seite 40

„Wirft man einen Stein, so ist das eine strafbare Handlung. Werden tausend Steine geworfen, ist das eine politische Aktion. Zündet man ein Auto an, ist das eine strafbare Handlung, werden hundert Autos angezündet, ist das eine politische Aktion.“ Ulrike Meinhof, am Tag nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11.4.1968 (aus: ULRIKE MEINHOF. Die Biografie, von Jutta Dittfurth)

## Liebe Freundinnen und Freunde von Antikriegsinitiativen

"Das eigentliche Problem ist doch, dass es zu wenig Brandanschläge auf Bundeswehrfahrzeuge gibt," so wurde auf einer der ersten Vollversammlungen nach den Verhaftungen von Axel, Olli, Florian und Andrej formuliert. Hier zeichnen wir den Entwicklungsweg nach von der Soli-Arbeit für die Beschuldigten zu einer Veranstaltungsidee, die diesen Gedanken als zentral für die gewünschte Debatte empfindet.

Der versuchte Brandanschlag auf Militärlastwagen der Bundeswehr und die Verhaftungen Ende Juli 2007 haben uns nicht nur mit der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit §129a-Verfahren und von Antirepressionsarbeit konfrontiert. Sie haben auch bewirkt, dass wir uns mit einem in der radikalen Linken seit geraumer Zeit wenig bearbeiteten Thema intensiver beschäftigen: Der notwendigen Mobilisierung gegen Krieg und Militarisation.

Weil uns die Fokussierung auf die Politik, die kriminalisiert wird, als Teil von Antirepressionsarbeit am Herzen lag, entstand die Veranstaltung, bei der die Legitimität und Notwendigkeit von antimilitaristischem Widerstand und direktem Eingreifen im Sinne selbstorganisierter Abrüstung zur Debatte gestellt wird. Schnell war ein grobes Konzept entwickelt: AkteurInnen aus verschiedenen europäischen Ländern berichten von Sabotage- und Blockadeaktionen gegen Kriegsgerät. Diffus gab es dieses Bild: Woanders in Europa sind antimilitaristische Bewegungen breiter und weniger gespalten. Woanders passiert mehr an entschlossenem, effektiv-eingreifendem Handeln als in der BRD – wenn wir nicht bis in die 80er Jahre zurückgehen wollen, als in Zeiten der Blockkonfrontation nach dem sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschluss hunderttausende Friedensbewegte wie auch militante Antikriegsgegner eine Vielzahl von Aktivitäten entwickelten. Es gab einige Informationen z.B. über AktivistInnen, die in Shannon, Irland, immer wieder mit Hämmern Militärflugzeuge unbrauchbar machten und die damit erreichten, dass sich drei von vier Firmen aus dem Transport von Militärgütern für den Irakkrieg zurückzogen. Und noch dazu wurden einige der dabei Festgenommenen am Ende freigesprochen, weil ihre Aktion darauf abzielte, die Bedrohung von Menschenleben im Irak abzuwenden. Obwohl wir nun tatsächlich mit einem dieser Shannon-AktivistInnen am 23. Febr. diskutieren werden, war der Vorbereitungsprozess überhaupt nicht glatt und geradlinig. Die ursprüngliche Idee war, Aktionen mit "offenem Gesicht" wie auch "verdeckte" Aktionen gleichzeitig zu diskutieren und in dieser Diskussion auch den Boden zu bereiten für eine breitere Akzeptanz von militanten Aktionen. Das Verbindende ist der Wille zum Eingreifen in die Kriegsmaschinerie und die

Zerstörung von Kriegsmaterial – praktische Abrüstung. Wir sehen beide Aktionsformen als wichtige Bestandteile der Mobilisierung gegen den Krieg nach innen und außen.

Alles stand in Frage, weil es nach monatelanger Suche unmöglich schien, zu passenden ReferentInnen den entsprechenden Kontakt aufzubauen. Nicht all zu verwunderlich, wo uns doch bewusst war, dass die Mobilisierung gegen Krieg schon lange in der autonomen, linksradikalen Szene kein viel diskutiertes Thema war. Also gibt es für uns auch keine bestehenden Kontakte, auf die aufgebaut werden könnte. Zur Friedensbewegung gibt es bei vielen eine skeptische Distanz, nicht so sehr weil die BasisaktivistInnen pazifistisch sein mögen, sondern weil globale Kriegspolitik und die Beteiligung der BRD daran nur systemimmanent thematisiert werden und die Lagerung von Atomwaffen, US-Kriegseinsätze, hier stationiertes "fremdes" Militär, die lokale Belästigung durch Fluglärm und Umweltbelastungen zum zentralen Problem gemacht werden. Und nicht zuletzt, weil es ausreichend Erfahrungen gibt mit der Kanalisierung von Protesten u.a. durch die (geduldeten) Bewegungseliten in europäisch-patriotische, staatlich geduldete Positionen und Aktionsformen, die auf Appell an die Mächtigen setzen, und die darüber hinaus in Kooperation mit der Polizei "Störer" und "Gewalttäter" abspalten, ausgrenzen und damit der Repression ausliefern. Idealerweise hätten wir gerne persönliche Erfahrungsberichte gehabt von "klassischen" Hit-and-Run-Aktionen, die aus linksradikalem Hintergrund entwickelt wurden.

Mit den schließlich entstandenen Kontakten veränderten sich auch die Fragen, die wir mit den eingeladenen AktivistInnen und euch thematisieren wollen. Die Gegenüberstellung der militanten, radikalen Linken einerseits und der (pazifistischen, bürgerlichen) Friedensbewegung andererseits stellte sich zumindest für andere europäische Länder als zu vereinfachend heraus. Zu Beginn des Irakkriegs wurden in Italien und Belgien Militärtransportzüge gestoppt, in den Niederlanden, England, Irland, Dänemark, Schweden... gab es Sabotageaktionen mit erheblichem Sachschaden (z.B. 2,5 Mio. Dollar allein bei einer der Shannon-Aktionen 2003). Dahinter stehen u.a. christlich motivierte Gruppen wie die "Catholic Worker" in Irland, andere "gewaltfreie" Gruppen unter dem Motto "Schwerter zu Pflugscharen"/ "Swords to Ploughshares", die z.T. als "War Resisters International" organisiert sind. Sie haben ihre Wurzeln in der Friedensbewegung und doch machen sie mit ihrem Handeln eine nicht unumstrittene Konfrontationsebene auf, die eine Gleichsetzung aller als "die Friedensbewegung" (vs. militante AntikriegsgegnerInnen) verbietet.

Es bleiben die Fragen danach, wie sie ihre Aktionen begründen und wie sie eingebunden sind in breitere Antikriegsbewegungen. Die meisten dieser Sabotageaktionen wurden "offenen Gesichts" durchgeführt, d.h. die AktivistInnen haben so lange weitergemacht – einige haben auch nach getaner Arbeit in Ruhe sitzend abgewartet – bis sie festgenommen wurden. Sie haben zu den Aktionen gestanden, ihr Handeln persönlich und politisch offen vertreten und Haftzeiten und/oder hohe Geld- und Bewährungsstrafen eingeplant. Hat dieses Vorgehen eine Anerkennung in breiteren Kreisen der Antikriegsbewegung erleichtert?

Tatsächlich fragten wir uns, warum immer wieder mal vereinzelt stattgefunden militante antimilitaristische Aktionen selbst in der autonomen, radikalen Linken nicht mehr Diskussionen in Gang gesetzt haben wie z.B. bereits Anfang der 90er die Aktion mit einem Brandsatz gegen das Gebäude des Verteidigungskommandos 852 der Bundeswehr durch die Gruppe K.O.M.I.T.E.E. (1994) oder die wiederholten Aktionen in Wetzlar (2003/04) gegen das Kreiswehrrersatzamt (siehe Text) – obwohl doch die BRD seit 1990 eine zügige Entwicklung hin zur international agierenden Kriegsmacht nimmt.

1999 beteiligte sich die Bundeswehr bereits am Angriffskrieg in Jugoslawien, heute ist sie in zehn Regionen weltweit im Einsatz, aktuell wird die direkte Kampfbeteiligung in Afghanistan forciert, die Umstrukturierung auch für den Einsatz im Innern ist voll im Gang – uns allen bereits begegnet als Tornadoflieger über dem Camp und als Spähpanzer auf der Autobahn bei Heiligendamm letztes Jahr oder aktuell bei der Demo gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München.

Zum Verständnis dieser Entwicklungen in der BRD, in der EU und global bieten wir hier durch einige abgedruckte Texte etwas erstes Basismaterial zur eigenen Positionsbestimmung für antimilitaristisches Handeln an. Jürgen Wagner analysiert unter dem Stichwort des Neokolonialismus wie die militärische Umstrukturierung zu zivil-militärischen Strategien voran schreitet. In Fortführung kolonialer Praktiken werden Entwicklungsvorgaben im Interesse westlicher Macht- und Kapitalinteressen global erzwungen - unter Vereinnahmung der Begriffe Demokratie und Menschenrechte und zunehmend mit militärischen Mitteln. Die Entwicklung der EU-Außenpolitik und die Rolle der BRD darin seit 1945 wird von Markus Euskirchen nachgezeichnet. Sein Text ist eine gut verständliche Darstellung der Ziele, des Vorgehens und der Argumentationsweisen von Kriegsführungen. Weitere (kurze) Texte werfen ein Licht auf die Rolle der Bertelsmannstiftung für die Militärpolitik und auf den Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Uns scheint, es fehlt schon an der Diskussion aktueller Entwicklungen von Krieg nach außen und Krieg nach innen – eigentlich alte Themen linksradikaler Politik (nicht nur 68er, 70er, 80er). Mehr als die Analyse fehlt jedoch das praktische Handeln. Woran liegt das? Wir denken, Krieg nach innen und außen muss eine zentrale Frage linksradikaler Diskussion und Praxis sein.

Angesichts der in neokolonialer Manier und immer selbstverständlicher auch militärisch global durch-

gesetzten neoliberalen Wirtschaftsbedingungen für kapitalistisches Profitstreben, ohne Rücksicht auf zunehmende, verheerende Verarmung, Umweltbelastungen, Zerstörung von Lebensbedingungen, Vertreibung und die direkte Tötung von Menschen, angesichts dieser brutalen, menschenverachtenden, auf rassistischen und sexistischen Hierarchien basierenden Entwicklung globaler Kriegspolitik unter direkter Beteiligung der Bundeswehr braucht es ein deutliches "Nein", das mehr als nur eine verbale Äußerung bleibt. Angesichts derzeit herrschender Kriegsverhältnisse fehlt es an jeder Form von Antikriegsbewegung – linksradikal bis bürgerlich. Verschiedenste Weisen des Sich-Dagegen-Stellens sollten alle denkbare Unterstützung und Legitimation erhalten. Die Verhältnisse sind zerstörerisch und untragbar. Und Widerstand gegen Krieg braucht Vielfalt und sichtbare Zeichen des Blockierens ungehinderter Abläufe. Deshalb: Das Problem ist, dass es zu wenig Brandanschläge auf Bundeswehrfahrzeuge gibt, oder?

Wir diskutieren mit euch am 23. Februar und mit:

- Einer Aktivistin aus den Niederlanden, die eine militärische Satellitenanlage zerstört hat.
- Einem Ploughshares-Aktivisten aus Irland, derzeit in Polen, der in Shannon u.a. ein F16-Militärflugzeug unbrauchbar gemacht hat.
- Einem belgischen Trainstopping-Aktivisten, der einen Militärtransport aus Deutschland auf dem Weg zur Verschiffung von Antwerpen in den Irak in Belgien gestoppt hat.
- Einer Antikriegsaktivistin, die an der versuchten Blockade des Autobahnkreuzes am Frankfurter Flughafen 2003 beteiligt war.

Hier in der Broschüre findet ihr erste Hintergrundinformationen zu den Aktionen, die von den GenossInnen im Antikriegswiderstand durchgeführt wurden: Konzepte, Durchführung, Prozessführung, Öffentlichkeitsarbeit. Einige weitere, uns für die Diskussion interessant erscheinende, Antikriegsinitiativen seit den 1990ern werden hier aufgeführt. Zum einen als kurze ausgewählte Tickermeldungen, zum anderen mit dokumentierenden Texten. Von den Aktionen in Wetzlar der Gruppen „feministisch-antimilitaristische Zelle“ sowie „autonome wickel für freies leben“ berichten wir mangels Textmaterial zur Erstgenannten hier nur über die zweite Aktion. Des weiteren stellen wir zwei Aktionen aus dem letzten Jahr vor (gegen MAN in der Schweiz sowie gegen Fahrzeuge der Hochschule der Bundeswehr in HH), die sich ausdrücklich auf das Verfahren gegen die kriminalisierten Antimilitaristen beziehen. Die Texte dieser Broschüre sind zur Vorbereitung der Veranstaltung gedacht, sollen aber auch unabhängig bzw. darüber hinaus Basis-Input für linksradikale und andere Antikriegspolitik-Interessierte sein für Wissen, Debatte und Aktion.

Februar 2008,

Euer Vorbereitungskreis für den 23. Februar

## "Kein Krieg im Irak", Abrüstungsaktion im Fokus der Kamera



Am 9 Februar 2003 wartete ich mit meinem Abbruchhammer auf einem amerikanischen Bunker auf der Atomwaffenbasis Volkel auf den Sonnenaufgang. Ein Überwachungsauto fuhr vorbei. Es machte seine letzte Runde an den amerikanischen Atomwaffen vorbei. Ich hatte zwanzig Minuten Zeit um alle Schüssel auf dem Dach und die Radar-Installation unbrauchbar zu machen, ehe die Bewachung alarmiert sein würde. Das Ministerium für Verteidigung behauptete, dass es eine halbe Million Euro Schaden gab, aber der größte Schaden waren die Filmbilder, die in die ganze Welt ausgestrahlt wurden.

Der Bunker, worauf ich stand, war ein Kommunikationsbunker. In diesem Bunker arbeiten Tag und Nacht amerikanische Soldaten, welche verantwortlich sind für jegliche Kommunikation rund um die Atomwaffen auf Volkel. Die Schüssel war ein Knotenpunkt im NATO-Kommunikationsnetzwerk. Auf der stählernen Zugangstür von dem Bunker steht ein Warnschild: "Es ist verboten, ohne Zustimmung den Bunker zu betreten, es endete mit dem drohenden Satz: Deadly force maybe used".

Das erste Überwachungsauto fuhr zu meinen Mit-AktivistInnen. Sie standen mit einem Transpi beim Zaun. Sie dachten, dass die Aktion da stattfand. Es dauerte ein bisschen, bis der Mann kapiert hat, dass die Aktion auf dem Bunker stattfand. Das Kamera-Team, dass die Aktion gefilmt hatte, konnte ungestört wegfahren und kümmerte sich darum, dass die Bilder am gleichen Abend noch im Fernseher zu sehen waren. Das ist ein Fehler, den die Mitarbeiter

der Flugbasis Volkel nicht nochmal machen werden. Jetzt werden Kamera-Teams, welche auf der Flugbasis filmen, verfolgt und die Bilder werden beschlagnahmt.

### Kamerabilder als größter Verlustposten

Der größte Verlustposten für die Mitarbeiter der Flugbasis war nicht der entstandene Verlust durch das Unbrauchbar machen der Schüsseln und der Radar-Installation, sondern die Fernsehbilder über die Aktion, welche im In- und Ausland zu sehen waren. Öffentlichkeit ist die wichtigste Waffe für die amerikanische Armee und ihren Atomwaffen, weil es sie zwar gibt, aber es sollte nicht zu bekannt sein, dass es sie gibt. Es sollte Schweigen herrschen über die Amerikaner und ihre Waffen in Volkel.

Nachdem ich festgenommen wurde, bin ich anschließend gleich in der Militärpolizeikaserne verhaftet worden. Die Militär-Polizei hat sich gleich schwere Anklagen ausgedacht, um mich festhalten zu können. In den Niederlanden kann mensch für eine Aktion wie diese, wenn du alleine bist, nicht länger als 6 Stunden festgenommen werden. Aber sie lassen dich sehr ungerne nach einer Aktion wie diese gleich zur Tür rausgehen, weil das nicht genug abschrecken würde. Es war schwierig für sie, weil sie eine Aktivistin im Knast wegen einer Aktion in Volkel nur sehr ungerne sehen. Die Abrüstungsaktion war den ganzen Tag über in den Radio-Nachrichten zu hören und abends war es in den Nachrichten zu sehen. (NOS und RTL-4). Ich war 3

Monate in Untersuchungshaft, ursprünglich lautete die Anklage folgendermaßen: Sachbeschädigung, Mitglied in einer kriminellen Organisation und Gefährdung des Flugverkehrs. Letzendlich bin ich wegen Sachbeschädigung und Misshandlung zu einer Arbeitsstrafe verurteilt worden.

### **Wie waren die Reaktionen?**

Die Abrüstungsaktion war genau eine Woche vor der großen Demonstration gegen den Krieg im Irak geplant. Das Timing war sehr gut. Die Opposition gegen den Krieg befand sich auf seinem Höhepunkt. Die Soligruppe rannte von hier nach dort, um zu berichten.

"Massenvernichtungswaffen gibt es nicht im Irak, sondern in den Niederlanden. Zerstöre doch diese, statt hinter den USA her zu rennen in einem Krieg, in dem es um die Kontrolle der größten Ölvorräte der Welt geht, aber so getan wird, als ginge es um Menschenrechte und Massenvernichtungswaffen".

Diese Gedanken teilten viele Menschen und auch viele 'normale' BürgerInnen lehnten diese Aktion nicht ab, aber meinten, dass sie dadurch angespornt wurden, über die eigene Rolle und Betroffenheit nachzudenken. Aktionen wie diese können je nach Timing und Aktualität, mit mehr oder weniger Sympathie eines grösseren Publikums rechnen. Eine offene Aktion bekommt mehr Sympathie; Menschen schätzen die Tatsache, dass du für das gerdest, was du gemacht hast.

### **Reaktionen von Links und Rechts**

Die Unterstützung für diese Abrüstungsaktion verlief quer durch das ganze Spektrum von Links und Rechts. Manche FriedensaktivistInnen lehnten die Aktion ab, weil sie gewalttätig war. Und manche Linke fanden die Aktion zwar gut, aber fanden es naiv / politisch inkorrekt öffentlich Waffenzeugs kaputt zu machen. Manche Rechte / Konservative fanden die Aktion gut. Das NRC, eine nationale, intellektuelle Zeitung berichtete in einem Kommentar, ein Paar Wochen nachdem der Krieg angefangen hatte, dass diese Aktion die einzige gute Aktion gegen der Krieg war.

Auf der anderen Seite haben ein paar Menschen versucht eine Parlamentarierin von der SP (Sozialistische Partei) zu überreden, doch Fragen an den Minister der Justiz über meine Untersuchungshaft zu stellen. Sie hat sogar vor ein paar Jahre selber an einer Abrüstungs-Aktion gegen die Trident-U-Boote in England mitgemacht. Aber sie verweigerte ihre Zusammenarbeit.

Auffällig war die Reaktion von Koenders, dem Verteidigungssprecher der PvdA (Sozial-Demokraten). Er wurde am 9 Februar gefragt, was er von dieser Aktion hält. "Lehnen Sie diese Aktion ab?" " Was ich ablehne sind die Atomwaffen auf Volkel", war seine Reaktion. Er liess sich nicht zu negativen Reaktionen verführen - sehr ungewöhnlich für einen Politiker einer großen nicht linken Partei.

Niederländische AktivistInnen unterstützten mich nicht selbstverständlich, weil manche meinten, dass die Aktionsform (öffentlich agieren) falsch ist. Einige Flüchtlinge, die sich gegen den Krieg organisierten, schätzten diese Aktion meistens sehr. Sie erkannten sich und freuten sich. Auffällig war auch, dass die meisten MitarbeiterInnen der Justiz mit Migrationshintergrund (aber auch manche ohne) meinten, dass die Aktion in Ordnung war und dass ich nicht im Knast sein sollte.

Die Aktion bewirkte einen Schneeballeffekt. So gab es zum Beispiel einen Friedensaktivisten aus Groningen, der, nachdem er Nachrichten gehört hatte, aus dem Bett sprang und anfang über die ganze Welt mit verschiedenen Friedensorganisationen zu telefonieren. So ist es zum Beispiel in Iran in den Nachrichten gezeigt worden.

### **Offen - nicht Offen**

Wenn ich diese Aktion heimlich oder ohne das Kamera-Team gemacht hätte, hätte es den Schaden an der Schüssel und Radarinstallation gegeben, aber die Flugbasis hätte ganz bestimmt alles getan, jegliche Öffentlichkeit zu vermeiden. Deswegen hätte eine solche Aktion keinen Effekt gehabt. Während meiner Untersuchungshaft merkte ich, dass Menschen die Offenheit schätzen. Der Vorteil ist, dass es möglich ist, angesprochen zu werden und ich und andere konnten drüber sprechen. So war es schwieriger, mich zu kriminalisieren, weil ich mich verteidigen konnte.

Ich habe in meinem Leben viele Aktionen gemacht, offen, nicht offen, in der Friedenbewegung, in der Hausbesetzerbewegung, usw. Für mich war es neu, eine offene Aktion zu machen, so wie die Pflugscharen ihre Aktionen machen. Es war so zu sagen für mich wie ein Experiment. Es hat mir gefallen und es hat meine Gedanken über den Sinn von Aktionen beeinflusst. Ich habe mich mehr von "nicht offen agieren" nach "offen agieren" gewandelt. Es gibt aber auch Leute, bei denen es genau andersherum passiert. Mich hat es aber geärgert, dass Menschen aus der eigenen Bewegung einen nicht unterstützen, weil sie die Aktionsform verurteilen. Sie fragen nicht nach den Gründen und denken nicht nach über die Effektivität von Aktionen. Sie denken wie sie schon immer gedacht haben.

Jede(r) sucht und findet ihre Art Aktionen auszuführen. Es ist nicht notwendig immer der gleichen Meinung zu sein. Diversität ist schön und wichtig. In den Niederlanden ist es möglich, dass Menschen dass einsehen. Manchmal haben sie nicht ganz die gleiche Meinung, aber unterstützen einen trotzdem. Und oft kommt die Unterstützung auch von Leuten, wo mensch es nicht erwartet. Zum Beispiel von einer unbekannten Frau auf der Strasse. Sie erkannte meine Schwester aus dem Fernsehen und gab ihr 20 Euro in die Hand.

Barbara Smedema

## The Pit Stop Ploughshares – Ireland



Im Morgengrauen des 3. Feb. 2003 schlichen sich fünf Mitglieder der Pacifist Catholic Worker Movement in den Flughafen Shannon (Irland). Die FriedensaktivistInnen gossen Blut auf die Startbahn, die dem US Militär für Truppen- und Munitionstransporte zu den US Militärstützpunkten in Kuwait und Qatar dienen. Sie errichteten dort auch einen Altar, auf den sie eine Bibel, einen Koran, einen Rosenkranz, muslimische Gebetsperlen, Blumen, St. Bridget's Kreuze und Fotos irakischer Kinder legten. Dann begannen sie, die Startbahn zu zerstören, indem sie mit einem Stemmeisen den Rand beschädigten.

Dann gingen die AktivistInnen zu dem Hangar, in dem ein Flugzeug der US Navy zur Reparatur stand. Auf die Tür des Hangars malten sie „Pit Stop of Death“ und begannen, den Hangar aufzubrechen. Hineingelangt beschädigten sie das Flugzeug. Nach Aussage von Ciaron handelte es sich um dieselbe Maschine, die schon M. Kelly mit einer Axt beschädigt hatte. Anschließend beteten sie zusammen: Karen Fallon, Deirdre Clancy, Ciaron O'Reilly, Damien Moran und Nuin Dunlop. Die Fünf wurden von einem Garda (irischer Polizist) verhaftet. Da sie den Kautionsbedingungen nicht zustimmten, begannen sie einen Hungerstreik für den Frieden und riefen zu gewaltfreiem Massenwiderstand gegen eine irische Verwicklung in den bevorstehenden Irakkrieg auf.

Die Presse berichtete über Angriffe auf Polizisten, die von den AktivistInnen bestritten wurden. Ciaron O'Reilly, einer der Verhafteten, erklärte, dass einer der Polizisten nicht von ihnen überwältigt wurde, sondern auf Grund des Stresses eine Art Panikattacke hatte, wobei er um seinen Job und die Reaktion seiner Vorgesetzten fürchtete. An keiner Stelle hätten die AktivistInnen den Polizisten bedrängt, angegriffen oder festgehalten, vielmehr habe er sie festgenommen. Die Fünf waren sogar beunruhigt von seinem Zustand und versuchten ihn zu trösten.

### Presseerklärung vom 25.9.2006

Freigesprochener Friedensaktivist kündigt gewaltfreie Rückkehr zum Flughafen Shannon an. Zwei Monate sind seit dem Freispruch der fünf Pacifist Catholic Workers, bekannt unter dem Namen „The Pit Stop Ploughshares“ (die pit stop Pflugschare) vergangen.

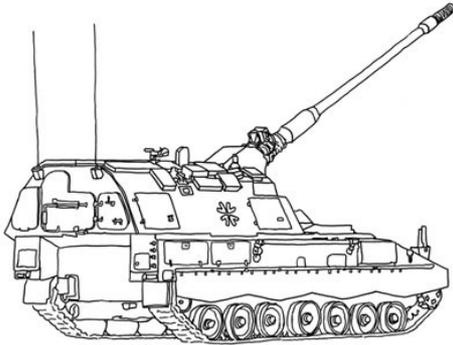
Die irische Regierung konnte die Geschworenen nicht davon überzeugen, dass die Verursachung eines 2,5 Millionen Dollarschadens an auf dem Flughafen Shannon stationiertem US Militärgerät ein kriminelles Vergehen sei. Die irische Gesellschaft betrachtet Geschworene als das gesellschaftliche Gewissen und diese fanden einstimmig, dass die US-militärischen Ausrüstungen auf dem Flughafen Shannon „Leben und Besitz im Irak bedrohten“. Ferner erklärten sie, dass gewaltfreier Widerstand gegen die US Intervention im Irak nicht als krimineller Akt zu beurteilen sei. Die Aherne (irischer Premierminister) -Regierung weigert sich, auf das Gewissen Irlands und die Massendemonstration vom 15.2.2003 gegen den Krieg und die damit verbundene Rolle des Flughafens Shannon zu hören. Das Versagen der repräsentativen Demokratie unter dieser Regierung führt zur andauernden Verwicklung Shannons in diesen Krieg. Wie der Papst, der Erzbischof von Canterbury und viele andere religiöse Führer, halten auch wir diesen Krieg für unmoralisch.

Wie UN Generalsekretär Kofi Annan und führende Rechtsexperten erklären auch wir, dass dies ein Angriffs-, nicht ein Verteidigungskrieg ist, der, da von der UN nicht sanktioniert, illegal ist. Wir stimmen überein mit US Militärexperten, dass dieser Krieg nicht gewonnen werden kann, sondern dass immer mehr Söhne und Töchter amerikanischer Eltern von Bush geopfert werden, so lange die US sich nicht aus dem Irak zurückziehen. Als Weltbürger, die sich den Prinzipien von Nürnberg verpflichtet fühlen, müssen wir diesem Krieg gewaltfrei ein Ende machen.

Wir fordern daher die Aherne-Regierung auf, die Militarisierung von Shannon bis Ende Oktober zu beenden. Am 28. Oktober werden wir gemeinsam mit US Kriegsveteranen in Shannon ihrer Toten gedenken, von denen die meisten von dort in den Tod gingen. Wir werden auch der irakischen Toten gedenken. Falls die Regierung unser Ultimatum nicht erfüllt, rufen wir das irische Volk auf, den Flughafen Shannon gewaltfrei zu demilitarisieren, in der Tradition von Gandhi und Martin Luther King. Sollten wir verhaftet werden, erwarten wir die aktive Solidarität der irischen Bevölkerung. Wir glauben, dass gewaltfreier Widerstand in der Nachfolge von Gandhi und M. L. King ein Beitrag zur Demokratisierung Irlands ist.

Ciaron O'Reilly, PCWM

## Belgien: Trainstopping Aktion kurz vor Beginn des Irakkrieg



**Bürger stoppen Zug mit Kriegsmaterial by Forum Voor Vredesactie Mon Feb 17 '03** (Forum Voor Vredesactie = "Forum für Friedensaktion")

Sonntagabend, 16. Februar, gegen 21 Uhr haben 11 Menschen, unterstützt durch das Forum fuer Friedensaktion, drei Stunden lang einen Zug aufgehalten, der Richtung Hafen Antwerpen fuhr. Der lange Güterzug kam aus Deutschland und war mit dem Kriegsmaterial von amerikanischen Soldaten beladen. Im Antwerpener Hafen sollte das Kriegsmaterial Richtung Golf eingeschifft werden.

In Melsele bei Beveren verdeckten Buerger mit einem Tuch die Signallichter und benutzten eigene rote Lampen, um dem Zug das Signal zu geben, dass er anhalten musste. Der Zugführer reagierte korrekt auf das erste rote Signal und brachte den Zug zum Stillstand. Ein Wagen brachte die Menschen so nah wie möglich an den stillstehenden Zug. Zwei Menschen ketteten sich an der Lokomotive fest, zwei am ersten Waggon und eine Person machte sich am Steuerrad eines Armeelastwagens fest, der auf dem Zug stand. Der eigene Körper wurde eingesetzt um die Kriegsvorbereitungen zu stoppen. Die Aktion verlief strikt gewaltlos und nach den Prinzipien des zivilen Ungehorsams: Menschen übernahmen ihre Verantwortung, um völlig öffentlich und gewaltlos zu verhindern, dass Panzer, Armeelastwagen, Kampfhubschrauber in einem neuen Krieg eingesetzt werden können.

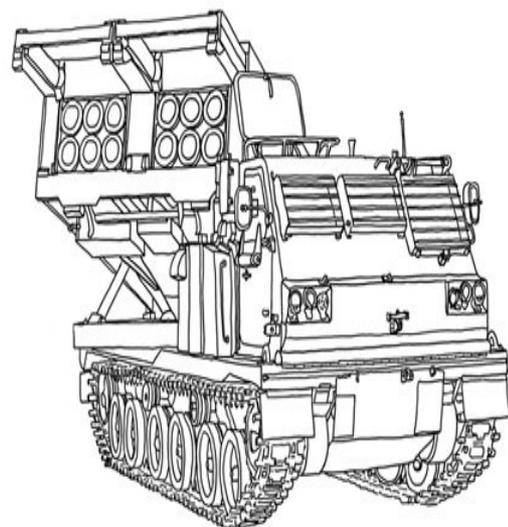
Es ist ein starkes Signal an unsere belgische Regierung: Wie mutig die Haltung der belgischen Politik in der NATO auch war, diese Prinzipien scheinen nicht auf unseren Straßen und in unseren Häfen zu gelten. Die Regierung lässt zu, dass die USA Abkommen missbrauchen, die ursprünglich abgeschlossen wurden zur Nachschubversorgung der amerikanischen Truppen in Deutschland. Belgien muss seine mutige Haltung konsequent durchziehen, und ebenso wie Österreich die amerikanischen Truppentransporte in Richtung Golf auf seinem Staatsgebiet verbieten.

Zur Zeit werden 11 Menschen die an der Aktion teilnahmen, von der Justiz festgehalten. Sie werden am Gericht Dendermonde befragt.

Seit Mitte Januar 03 kommen tausend Zugwaggons, mit amerikanischem Truppenmaterial beladen, und zahlreiche Militärtransporte über die Straße, im Hafen von Antwerpen an, um nach dem Golf einzuschiffen.

Inzwischen sind mindestens sieben Schiffen, mit Militärmaterial beladen, aus dem Antwerpener Hafen Richtung Golf ausgefahren. Das Einschiffen geschieht im Vrasenedock (vor allem rollendes Material), im Churchill-Dock (rollendes Material und Helikopter) und im Delwaidedock (vor allem Container). Dieses Militärmaterial kommt vom V. Army Corps (mit allem von Pionieren bis zu Kampfhelikoptern) und von der 1st Armored Division (eine Panzerdivision). Diese amerikanischen Armeetruppen sind an mehreren Orten in Deutschland stationiert.

Um die belgische logistische Unterstützung des Krieges zu verharmlosen, versteckt sich die belgische Regierung hinter NATO-Abmachungen. Sie behauptet, es ginge um Verpflichtungen, denen sie nachkommen müsse. Die massive Verschiebung von militärischem Material die im Moment abläuft, 200 Züge d.h. 10000 Waggons, kann kaum als ein Standardtransport angesehen werden. Sogar Minister Michel gab in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zu, dass die Regierung beschließen könnte, diese Transporte NICHT zuzulassen. In dem ganzen politischen Chaos scheint jeder zu vergessen, worum es geht: "Krieg" bedeutet zuallererst den Tod, den Schrecken von krepierenden Menschen, abgerissene Gliedmaßen, verkohlte und verfaulende Leichen. Beihilfe zum Krieg lässt sich nicht verharmlosen.



# Neoliberaler Kolonialismus

## Protectorate, Aufstandsbekämpfung und die Radikalisierung westlicher Kriegspolitik

Von Jürgen Wagner – gekürzte Fassung

(...) [O]bwohl man durchaus davon sprechen kann, dass es im Zuge der Entkolonialisierung zu einer gewissen Emanzipation der so genannten Drittweltländer kam, konnten die reichen Industrienationen mit dieser Entwicklung im Großen und Ganzen sehr gut leben. Denn der Imperialismus, also die Ausbeutung der Peripherie durch das Zentrum, erwies sich als eine Konstante des kapitalistischen Systems und bestand ungebrochen fort, er nahm fortan nur eine subtilere, informellere Gestalt an. Die Ausplünderung der Dritten Welt konnte zumeist - gelegentliche Strafaktionen nicht ausgeschlossen - ohne die Anwendung militärischer Gewalt und unter formeller Wahrung der staatlichen Souveränität gewährleistet werden. (...) Diese Hochphase des informell vor allem über das Weltwirtschaftssystem agierenden „Imperialismus ohne Kolonien“ (Harry Magdoff) neigt sich offensichtlich dem Ende zu, wofür es zwei klare Anzeichen gibt: einerseits die dramatisch steigende Zahl westlicher Militärinterventionen. Auf der anderen Seite werden im Anschluss an westliche Kriegseinsätze immer häufiger unter den Deckmänteln des „Stabilitätsexports“ und des „Nation Building“ zeitlich unbegrenzte Besatzungsregime etabliert, die sich von klassischen Kolonien allenfalls dem Namen nach unterscheiden: „Jetzt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, gibt es einen neuen Typus von quasikolonialen Unternehmungen. Afghanistan, Irak, zuletzt Liberia, der fast schon zum Gewohnheitsprotectorat gewordene Balkan – lauter verschiedene Fälle, von der humanitären Intervention bis zum militärischen Besatzungsregime, doch allesamt unter fremder, äußerer Vormundschaft.“<sup>2</sup> Hierbei handelt es sich um eine Entwicklung von erheblicher Tragweite, da sie auf eine grundlegende Veränderung der Praxis westlicher Ausbeutungspolitik hindeutet, die immer rücksichtslosere und militaristischere Formen annimmt. Der informelle Imperialismus wird durch ein neues ideologisches Leitbild abgelöst, das derzeit ins Zentrum der transatlantischen Strategie- und Streitkräfteplanung rückt und auf das sämtliche Kapazitäten ausgerichtet werden: die „Rekolonialisierung schwacher und in Misswirtschaft versakkender Staaten.“<sup>3</sup>(...)

### 1. Triebfedern des Neoliberalen Kolonialismus

Die Radikalisierung westlicher Ausbeutungspolitik ist ein historisch keineswegs präzedenzloser Vorgang, schon der klassischen Kolonialzeit ging eine Phase des Freihandelsimperialismus voraus, weshalb sich ein Vergleich anbietet. (...)

#### 1.1 Informeller Imperialismus und Kolonialismus

(...) [Sowohl] informeller Imperialismus [als auch] seine als Kolonialismus bezeichnete formelle Variante (...) zielen auf die Ausbeutung der armen peripheren Länder durch die reichen Zentrumsstaaten. (...) Der Kolonialismus ist (...) die aggressivste und militaristischste Variante in diesem Spektrum, die „spektakulärste Erscheinungsform des Imperialismus“, die auf restlose und unverblünte Unterwerfung setzt.<sup>4</sup>

#### 1.2 Die Vergangenheit als Vorspiel

(...) „Das Problem einer eher auf ökonomische als militärische Überlegenheit gestützten Imperiumsbildung besteht freilich darin, dass sie bei der Sicherung der neu erschlossenen Wirtschaftsräume auf militärische Präsenz nicht verzichten kann. Solange hierfür der Einsatz kleinerer Kontingente ausreicht, bereitet das keine ernststen Schwierigkeiten. [...] Das ändert sich, wenn Aufstände ausbrechen und sich Unruhen ausbreiten, die eine langfristige Entsendung größerer Truppeneinheiten erforderlich machen.“<sup>6</sup> Nicht nur innerimperialistische Auseinandersetzungen, sondern auch die wachsenden Konflikte in und mit den Staaten der Peripherie zwangen also zur Formalisierung der Herrschaft, da die Ausbeutung auf informellem Wege nicht mehr gewährleistet werden konnte. Gerade diese Dynamik, so soll hier dargelegt werden, ist auch heutzutage maßgeblich für den neuen Kolonialismus des Westens.

#### 1.3 Neoliberaler Kolonialismus und die Krisentendenzen der Weltwirtschaftsordnung

Die Tatsache, dass die Globalisierung häufig wertfrei als zwangsläufiger Prozess zunehmender internationaler Verflechtung verstanden wird, verfehlt den tatsächlichen Gehalt dieser Entwicklung. Denn worum es wirklich geht, ist die gezielte politische Umsetzung einer Strategie, die auf eine maximale Durchsetzung der Marktkräfte setzt und damit nur als neoliberale Globalisierung zu beschreiben ist. Als wesentliche Mittel hierfür fungieren Privatisierung, Deregulierung, Abbau staatlicher Sozialleistungen, Öffnung der Märkte bzw. Freihandel, welche von den westlich dominierten Organisationen wie IWF, Weltbank und WTO durchgesetzt werden. Obwohl inzwischen wohl allgemein bekannt geworden sein dürfte, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen zu einer massiven Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt hat, ist der Neoliberalismus weiterhin das ideologische Fundament amerikanischer wie auch europäischer Strategiepapiere, eben weil er ein geeignetes Mittel zur Ausbeutung der so genannten Dritten Welt darstellt.

Gleichzeitig ist aber gerade die hierdurch verursachte Verarmung die wichtigste Ursache für die gewaltsame Eskalation von Konflikten in den ausgebeuteten Ländern. (...)

Da das neoliberale System offensichtlich einige Gewinner und zahlreiche Verlierer produziert, muss es zwangsläufig auf zweierlei Ebenen militärisch gegen die „Verdammten dieser Erde“ abgesichert werden. Auf der einen Seite eröffnet die neoliberale Globalisierung den westlichen Großkonzernen neue Profitmöglichkeiten, da die Realisierung dieser Gewinne aber von Krisen und Konflikten in der Peripherie gefährdet werden kann, müssen diese ggf. „befriedet“ werden. Andererseits geht es aber auch ganz grundsätzlich darum, militärisch den Bestand der gegenwärtigen Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse zu garantieren und diese gegen jede Form von Bedrohung zu „verteidigen“. Und in der Tat sieht sich die herrschende Ordnung mannigfaltigen „Angriffen“ ausgesetzt, sei es von Seiten der globalisierungskritischen Bewegung, der sich emanzipierenden lateinamerikanischen Länder, von Schurkenstaaten oder von terroristischen Organisationen und nicht zuletzt durch die delegitimierende Wirkung der selbst verursachten Armutskonflikte. Diese Bündelung von Krisentendenzen macht den Übergang zu einer immer militaristischeren Politik aus Sicht der westlichen Strategen zwingend erforderlich, denn es steht einiges auf dem Spiel: Gelingt es nicht, den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte mitsamt ihren verschiedensten Ausprägungen halbwegs unter Kontrolle zu halten, steht die Weltwirtschaftsordnung selbst mehr und mehr zur Disposition. (...)

Es sind diese Überlegungen, die sich hinter den Forderungen verbergen, „gescheiterten Staaten“ (failed states) mittels westlichem Militär „Stabilität“ und „Demokratie“ zu verordnen. Da man sich aber über die wahren Hintergründe des Neoliberalen Kolonialismus lieber ausschweigt, bevorzugt man ein moralisch-sicherheitspolitisches Legitimationskonstrukt, um den Einsatz des Militärs zur Durchsetzung westlicher Interessen zu rechtfertigen.

## **2. Krieg als moralisch-sicherheitspolitischer Imperativ**

Schon immer legitimiert sich der Kolonialismus durch „sendungsideologische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen.“<sup>10</sup> Waren es früher „The White Man's Burden“ und die „Mission Civilisatrice“ basiert der heutige Kolonialismus im Wesentlichen auf der Theorie der Neuen Kriege, deren führende Vertreter Mary Kaldor und Herfried Münkler sind.

### **2.1 Die Neuen Kriege als koloniale Rechtfertigungsideologie**

Trotz gravierender methodologischer und empirischer Mängel hat die Theorie der Neuen Kriege einen beeindruckenden Siegeszug im politisch-wissenschaftlichen Diskurs der letzten Jahre ange-

treten, gerade weil sie sich perfekt für die Zwecke westlicher Kriegspolitik instrumentalisieren lässt. Sie besagt im Kern, dass klassische zwischenstaatliche Kriege (weitgehend) der Vergangenheit angehören würden. An ihre Stelle sei aber eine rasant steigende Zahl innerstaatlicher Gewaltkonflikte getreten, die primär endemische Ursachen hätten. Regionalspezifische Umstände, seien es ethnische oder religiöse Rivalitäten, Stammesfehden o.Ä. seien ihre hauptsächlichlichen Triebfedern, die letztlich zur Erosion jeglicher Ordnung und damit zu gescheiterten Staaten führen.<sup>11</sup>

Mit diesem Konstrukt wird die Frage der Kriegursachen bewusst von der Interessenspolitik der kapitalistischen Mächte abgekoppelt. Im Gegenteil, damit diese Staaten ihre angeblich selbstverschuldeten Konflikte dauerhaft beilegen können, seien sie „auf den Import von Staatlichkeit angewiesen“, der Westen müsse bereit sein, so Münkler, „sich auf bewaffnete Pazifizierungen ganzer Regionen einzulassen.“<sup>12</sup>

### **2.2 „Stabilitätsexport“ und sein moralisch-sicherheitspolitisches Legitimationskonstrukt**

Auf Grundlage dieser Argumentation sei es schon aus moralischen Erwägungen die Pflicht, dem Töten und Sterben in der Dritten Welt mittels militärischem „Stabilitätsexport“ zu begegnen. Gerade Linksliberale haben sich diese Argumentation zu Eigen gemacht. Mary Kaldor etwa betont, dass angesichts der wachsenden Zahl von Bürgerkriegen die „Durchsetzung kosmopolitischer Normen erforderlich ist, also die Durchsetzung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte.“<sup>13</sup> Der Soziologe Ulrich Beck begeistert sich sogar für die im Entstehen befindliche „neuartige, postnationale Politik des militärischen Humanismus – des Einsatzes transnationaler Militärmacht mit dem Ziel, der Beachtung der Menschenrechte über nationale Grenzen hinweg Geltung zu verschaffen.“<sup>14</sup> Auf der anderen Seite betonen auch Neokonservative wie Francis Fukuyama „nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, im Namen der Menschenrechte und der demokratischen Legitimität einzugreifen.“<sup>15</sup>

Besonders zynisch ist dabei die Behauptung, ohne militärische Schützenhilfe seien Staaten der Dritten Welt nicht zu einer effektiven Armutsbekämpfung in der Lage, da „Stabilität“ die Vorbedingung für eine „erfolgreiche“ Integration in die Weltwirtschaft im Rahmen des „Nation Building“ sei, eine Argumentationskette, die sich wie von Zauberhand mit den Forderungen nach Rechtssicherheit und Investitionsschutz seitens der Wirtschaft deckt. (...)

Um aber sicherzugehen und diesem moralischen Legitimationskonstrukt zusätzliche Durchschlagskraft zu verschaffen, wird zudem postuliert, der „Stabilitätsexport“ sei die einzig effektive Maßnahme zur Terrorbekämpfung. Kurz zusammengefasst wird dabei argumentiert, dass eine mangelnde Integration in die Weltwirtschaftsordnung Armut, Bürgerkriege und damit gescheiterte Staaten verursache, von

denen wiederum als „Brutstätten des Terrors“ eine nicht tolerierbare Gefahr ausginge. (...)

Auch Fukuyama betont, dass „gescheiterte Regierungen ein nicht hinnehmbares Sicherheitsrisiko in Form von Terroristen mit Massenvernichtungswaffen darstellen können.“<sup>17</sup> Dieses moralisch-sicherheitspolitische Legitimationskonstrukt wurde inzwischen komplett in die westliche Strategieplanung übernommen.

## **2.3 Die militärische Absicherung der Globalisierung I: Vereinigte Staaten**

Der derzeit mit Abstand wichtigste Vordenker des Neoliberalen Kolonialismus ist der US-Stratege Thomas P. Barnett (...). Sein Konstrukt basiert wie die Neuen Kriege auf der Annahme, dass überall dort, wo die – neoliberalen (...) - „Spielregeln der globalen Ökonomie“ nicht beachtet würden, er nennt diese Regionen die sich „nicht-integrierende Lücke“, gescheiterte Staaten entstünden, von denen eine erhebliche terroristische Bedrohung ausgehe. Hierdurch wird der „Stabilitätsexport“ zur Eingliederung von Staaten in die neoliberale Weltwirtschaftsordnung zu einem „sicherheitspolitischen Imperativ“ und damit eine militärisch zu bewerkstellende Aufgabe, weshalb das Pentagon die Rolle als „Systemadministrator“ oder „Bodyguard der Globalisierung“ übernehmen müsse.<sup>18</sup>

Um diese Argumentationskette zu untermauern, wurden in den letzten Jahren zahlreiche Studien erstellt. (...) Auf dieser Grundlage propagiert bspws. auch der einflussreiche Council on Foreign Relations ungeschminkt das Überstülpen des neoliberalen Ordnungsmodells - Demokratie und freie Märkte - als vorrangigste Maßnahme zur effektiven Terrorismusbekämpfung: „Das ultimative Ziel der amerikanischen Außenpolitik ist es, unsere Macht, allein falls nötig, dafür zu nutzen, Demokratien mit freier Marktwirtschaft auf dem ganzen Globus auszudehnen. Dies ist der einzige Weg, wie die Vereinigten Staaten den langfristigen Ursachen des Terrorismus begegnen können.“<sup>20</sup>

(...) Dabei wird aber Demokratie im Wesentlichen auf die Akzeptanz der freien Marktwirtschaft und die Integration in die neoliberale Weltwirtschaftsordnung reduziert. (...) Amerikas nationale Interessen und seine moralischen Werte drängen uns in dieselbe Richtung: den Armen der Welt dabei zu helfen sich in die globale Ökonomie zu integrieren.“<sup>22</sup>

## **2.4 Die militärische Absicherung der Globalisierung II: Europäische Union**

(...) Robert Cooper, der Büroleiter des EU-Außenbeauftragten Javier Solana, (...) droht Staaten, die sich nicht an den „freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie“ halten, offen mit den „raueren Methoden einer vergangenen Ära – Gewalt, präventiven Angriffen, Irreführung.“<sup>23</sup> Als Begründung hierfür dient wiederum das von den Neuen Kriegen propagierte moralisch-sicherheitspolitische Legitimationskonstrukt. (...) Hieraus leitet sich

schließlich wiederum der (...) Imperativ zur Durchführung von „Stabilisierungseinsätzen“ und „Nation Building“ ab: „Staatsversagen sowie eine unkontrollierte Migration können zur Destabilisierung ganzer Regionen beitragen und die internationale Sicherheit nachhaltig beeinträchtigen. Neben der moralischen Verpflichtung zur Hilfe steht dabei die Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes.“<sup>24</sup> Da solche „Stabilisierungseinsätze“ aber bei den betroffenen Staaten in den seltensten Fällen auf Gegenliebe stoßen, geht hiermit nicht von ungefähr eine Renaissance des Kolonialismus als Praxis westlicher Interessenspolitik einher.

## **2.5 Der Westen auf dem Weg zur Rekolonisierung der Welt**

Auffällig ist, wie offen derzeit nicht nur an imperialistische, sondern auch an koloniale Traditionen angeknüpft wird, wie etwa von dem einflussreichen Neokonservativen Max Boot: „Afghanistan und andere unruhige Gebiete schreien heute nach der Art aufgeklärter ausländischer Verwaltung, die einstmals von selbstbewussten Engländern in Reiterhosen und Tropenhelmen bereitgestellt wurde.“<sup>25</sup> Auch Francis Fukuyama betont: „Angesichts der Tatsache, dass es in vielen gescheiterten Ländern nur ein niedriges Niveau oder gar keine Staatlichkeit gibt, ist nicht klar, ob es eine wirkliche Alternative für ein quasi permanentes, quasi-koloniales Verhältnis zwischen der internationalen Gemeinschaft und den ‚begünstigten‘ Ländern gibt.“<sup>26</sup> Am deutlichsten sind die Aussagen des US-Politikprofessors Stephen Krasner: „Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten funktioniert nicht mehr. [...] Mächtige Staaten können das Phänomen prekärer Staaten nicht ignorieren, denn deren Sicherheits- und wirtschaftliche Interessen sind durch diese Staaten gefährdet. [Weshalb] die beste Lösung in der Einrichtung einer De-facto-Treuhandschaft oder eines Protektorats besteht.“<sup>27</sup> Dass Krasner im Jahr 2005 zum Leiter der wichtigen Politischen Planungsabteilung im US-Außenministerium ernannt wurde, veranschaulicht überdeutlich, dass die Weichen voll in Richtung einer Rekolonialisierung der Peripherie gestellt werden. (...)

Auch innerhalb der Europäischen Union wird inzwischen offen gefordert, Staaten solange unter quasi-koloniale Kontrolle zu stellen, bis sie wie gewünscht „funktionieren“, wie der Politikwissenschaftler Ulrich Menzel bestätigt: „Im Falle der ‚Failed States‘ kann die Einrichtung von ‚liberalen Protektoraten‘ erforderlich sein, um treuhänderisch das Gewaltmonopol herzustellen.“<sup>29</sup> Fast genauso klingt Mary Kaldor: „Wo noch keine legitimen örtlichen Behörden existieren, können treuhänderisch Mandate oder Protektorate in Erwägung gezogen werden.“<sup>30</sup> Mit der Reaktivierung des in die Kolonialzeit zurückreichenden Treuhändprinzip wird also völlig unverfroren gefordert, Ländern und ihrer Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung abzuerkennen und das im Souveränitätsrecht verankerte staatliche Gleichheitsprinzip endgültig ad acta zu legen. (...)

## **3. Die zivil-militärischen Streitkräfte des Neoliberalen Kolonialismus**

Tatsächlich werden derzeit enorme Kapazitäten sowohl innerhalb der Vereinigten Staaten als auch der Europäischen Union und der NATO in atemberaubender Geschwindigkeit auf die Rekolonialisierung der Peripherie ausgerichtet, insbesondere im Rahmen der Zivil-militärischen Zusammenarbeit.

### 3.1 Die Transformation der westlichen Kriegsführung I: Vereinigte Staaten

(...) [Es] werden u.a. derzeit zahlreiche kleinere Militärbasen („lily pads“) auf der ganzen Welt eingerichtet, die über eine geringe Besetzung, aber ausreichend Kapazitäten für einen schnellen Ausbau im Bedarfsfall verfügen. Diese eher traditionelle Aufgabe des Militärs wird derzeit (...) um einen zweiten Aspekt ergänzt, der sich direkt aus der Erkenntnis ableitet, dass künftig der dauerhaften „Stabilisierung“ (Kontrolle) eine ebenso große Bedeutung zukommt, wie dem eigentlichen militärischen Sieg. Dies erfordert jedoch grundlegend neue Kapazitäten, insbesondere eine enge zivil-militärische Verzahnung, denn man benötigt Juristen, Ingenieure, Militärpolizei bzw. Polizeisoldaten, die in Aufstandsbekämpfung geschult sind, etc., eben alles, was schon für eine klassische Kolonialverwaltung erforderlich war. (...)

(...) Aber nicht nur im Verteidigungsministerium werden derzeit nahezu sämtliche Kapazitäten der kolonialen Logik (...) angepasst. Im Rahmen einer grundlegenden Neuordnung der US-Entwicklungshilfe sollen Gelder künftig nur noch im Dienste dessen vergeben werden, was US-Außenministerin Condoleezza Rice in einer Grundsatzrede Anfang 2006 als „umgestaltende Diplomatie“ (Transformational Diplomacy) bezeichnete. Hierfür richtete Rice gleichzeitig den Posten eines Director for Foreign Assistance (DFA) ein, der im Außenministerium ansässig ist. Da der DFA aber gleichzeitig auch Direktor von USAID ist, wurde hierdurch die bislang wenigstens formal unabhängige US-Entwicklungshilfebehörde de facto endgültig dem Außenministerium unterstellt. Schon zuvor prägte USAID in seiner „Strategie zum Umgang mit gescheiterten Staaten“ auch gleich den Begriff der „umgestaltenden Entwicklungshilfe“ und eröffnete ein „Büro für Militärische Angelegenheiten“, um in enger Abstimmung mit dem militärischen Arm die besetzten Länder neoliberal zuzurichten.<sup>38</sup> Darüber hinaus wurde eigens ein Büro für Wiederaufbau und Stabilisierung eingerichtet, das laut Rice die Aufgabe hat, „einem gescheiterten Staat dabei zu helfen, verantwortungsvolle Souveränität auszuüben.“<sup>39</sup> Dazu gehört nach Selbstbeschreibung der von Befürwortern bereits treffend als „Kolonialbüro“ titulierten Einrichtung, „Gesellschaften beim Übergang von Konflikten und Bürgerkriegen zu helfen, damit sie den nachhaltigen Weg hin zu Frieden, Demokratie und Marktwirtschaft einschlagen.“<sup>40</sup> (...)

### 3.2 Die Transformation der westlichen Kriegsführung II: Europäische Union

Auch das Militär innerhalb der Europäischen Union respektive ihrer Einzelstaaten wird derzeit densel-

ben Restrukturierungen unterzogen. Auf der einen Seite sollen die in kürzester Zeit einsetzbaren EU-Battlegroups dazu befähigen, militärisch eine Ausbreitung globalisierungsbedingter Armutskonflikte so rasch wie möglich wortwörtlich zu bekämpfen: „Das Battlegroups-Konzept ist die konzeptionelle und strukturelle Umsetzung des ‚Out of Area‘-Konzepts der EU. Es dient der Verbesserung der Handlungsfähigkeit der EU in Krisen, die – ohne ein militärisches Engagement – drohen, sich auszuweiten oder außer Kontrolle zu geraten.“<sup>42</sup> Auf der anderen Seite intensivieren sich aber auch analog zu den Abläufen in den USA die Bestrebungen, im großen Umfang zivil-militärische Besatzungstruppen aufzustellen. So wird in der Human Security Doctrine for Europe, einer u.a. von Mary Kaldor im Auftrag von Javier Solana verfassten Studie, für den Aufbau einer zivil-militärischen Besatzungstruppe aus 10.000 Soldaten und 5.000 Zivilisten plädiert. Während sich die Aufstellung dieser Truppe gegenwärtig noch im Diskussionsstadium befindet, wurde mit der Einrichtung einer Zivil-militärischen Zelle, die als Nukleus eines eigenständigen europäischen Hauptquartiers fungieren soll, bereits begonnen. Ein weiterer Bereich, in dem beabsichtigt wird, die zivil-militärische Zusammenarbeit zu verstärken, ist der Katastrophenschutz. So schlug ein von Ex-EU-Kommissar Michel Barnier im Auftrag der österreichischen EU-Präsidentschaft erstellter Bericht die Gründung einer um militärische Komponenten ergänzten europaweiten Katastrophenschutztruppe (europe aid) vor, die aber u.a. auch in Bürgerkriegsszenarien zum Einsatz kommen soll.<sup>43</sup> Noch konkreter ist die Paramilitarisierung der EU-Außenpolitik bereits im Bereich der Polizeikräfte fortgeschritten: Anfang 2006 wurde die European Gendamerie Force in Dienst gestellt, die eine quasi-militärische Truppe darstellt, die primär zur Aufstandsbekämpfung (riot control) dienen soll.

Auch die Entwicklungshilfe wird immer stärker für die Erfordernisse europäischer Kriegslogik instrumentalisiert. Verstärkt werden EU-Entwicklungshilfegelder für sicherheitsrelevante Bereiche verwendet und so der Armutsbekämpfung entzogen. Beispielsweise stammen die Gelder zur so genannten Sicherheitssektorreform im Kongo oder der logistischen Unterstützung der AMIS-Mission im Sudan teilweise aus dem Topf des Europäischen Entwicklungsfonds. Die dahinter stehende perfide Logik brachte der CDU-Haushaltspolitiker Ole Schröder auf den Punkt: „Missionen wie zum Beispiel in Nordafghanistan und im Kongo sind eindeutig Entwicklungshilfe“, durch eine Finanzierung solcher Kriegseinsätze aus dem Entwicklungshilfe-Etat wäre der Rüstungshaushalt „in Millionenhöhe entlastet.“<sup>44</sup> (...) Immer offener wird inzwischen gefordert, die Entwicklungshilfe zur Durchsetzung staatlicher Interessen einzusetzen, wie etwa von den beiden Bundestagsabgeordneten Christian Schmidt und Christian Ruck: „In grundlegende politische Entscheidungen zu Fragen auswärtiger Politik sollten stets unsere nationalen Interessen einfließen. Dies gilt nicht nur für militärische Einsätze, sondern sollte auch auf unser entwicklungspolitisches Engagement ausgedehnt werden.“ Die Entwicklungshilfe solle demzufolge einen Beitrag leisten „für den Zugang zu den für unsere Wirt-

schaft unverzichtbaren Auslandsmärkten und Rohstoffen [...] und für die Sicherung unserer Energieversorgung.“<sup>46</sup>

### **3.3 Die Transformation der westlichen Kriegsführung III: NATO**

Offensichtlich richten sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Europäische Union tatsächlich sämtliche Kapazitäten auf die Rekolonialisierung der Peripherie aus, weshalb es nicht verwundert, dass die NATO denselben Kurs einschlägt. So wurde auf dem Prager Gipfel Ende 2002 die Aufstellung einer kurzfristig einsetzbaren NATO Response Force (NRF) mit inzwischen ca. 25.000 Soldaten zur weltweiten Durchführung von Präventivkriegen beschlossen und Ende 2006 für einsatzbereit erklärt. Die Ziele dieser Truppe liegen wiederum auf der Hand: „Die NRF ist der sichtbare Ausdruck der neuen Doktrin des Interventionismus der reichen westlichen Staaten gegen den Rest der Welt. Sie ist mit den Worten des NATO-Oberbefehlshabers James Jones, ‚die ultimative und permanente Koalition der Willigen.‘“<sup>47</sup>

Darüber hinaus sind auch innerhalb der NATO die Planungen zum Aufbau zivilmilitärischer Besatzungstruppen in vollem Gange, die es auf Ad-hoc-Basis bereits gibt, nämlich in Form der in Afghanistan operierenden Regionale Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams, PRTs), die inzwischen auch im Irak eingesetzt werden. Dennoch werden die Forderungen nach stehenden und umfangreicheren Besatzungskapazitäten immer lauter.(...) Konsequenterweise verlangte dann auch der im Februar 2006 erschienene Quadrennial Defense Review Report (QDR) des Pentagon den „Aufbau von NATO-Stabilisierungs- und Wiederaufbaukapazitäten.“<sup>49</sup> Bereits im September 2006 wurde ein Zivil-militärisches Zentrum in Budel (Niederlande) eingerichtet. Drei Monate später wurde auf dem NATO-Gipfel in Riga die Comprehensive Political Guidance (CPG) verabschiedet, ein Planungsdokument, das die Richtlinien für die auf 2009 terminierte Neufassung des Strategischen Konzeptes der NATO vorgibt. Die CPG betont die „wachsende Bedeutung von Stabilisierungsoperationen und die militärische Unterstützung von Wiederaufbaumühnungen im Anschluss an einen Konflikt.“ (Absatz 2,6) Ungeachtet aller – sicherlich gravierender – innerimperialistischer Spannungen, dominiert also (derzeit noch) das gemeinsame Interesse an einer Ausbeutung des Südens. Es bestimmt sowohl die Strategie- als auch die konkrete Militärplanung auf beiden Seiten des Atlantiks. Hierfür sprechen auch Forderungen, die NATO zu einer „Allianz der Demokratien“ auszubauen. (...) [Es] wird (..) dafür plädiert, den Demokratieexport zur obersten Priorität zu erklären und hierfür ein eigenes neues strategisches NATO-Oberkommando zu schaffen, das für die Leitung zivil-militärischer Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaissionen zuständig sein soll.<sup>50</sup> Obwohl sich also die erforderlichen Kapazitäten derzeit erst im Aufbau befinden, wurde mit der Rekolonialisierung der Peripherie de facto bereits massiv begonnen.

## **4. Koloniale Besatzungen und neoliberale Zurichtung**

Immer häufiger übernehmen westliche Staaten im Anschluss an eine militärische Intervention zumeist unter dem Deckmantel eines UN-Mandates exekutive Funktionen und üben damit tendenziell oder praktisch die vollständige staatliche Souveränität in einer Krisenregion aus. Selbstredend wird im Zuge dessen das komplette neoliberale Programm durchgezogen: Verschleuderung des Staatseigentums durch umfassende Privatisierungen, Öffnung für ausländische Investoren und Handel, etc. Was sich hier abspielt sind „umgestaltende Besetzungen“ („transformational occupations“<sup>51</sup>), die auf die vollständige neoliberale Zurichtung der jeweiligen Kolonien hinauslaufen. (...)

### **4.1 Pilotprojekte internationaler Ordnungspolitik I: Bosnien und Kosovo**

(...)

### **4.2 Pilotprojekte internationaler Ordnungspolitik II: Irak und Afghanistan**

(...)

## **5. Neoliberaler Kolonialismus und globaler Kriegszustand**

Der unter dem Deckmantel des „Stabilitätsexports“ betriebene Neoliberale Kolonialismus ist eine moralische wie auch sicherheitspolitische Bankrotterklärung. Er verschärft bestehende Armutskonflikte, führt zu immer gewalttätigeren Auseinandersetzungen und Aufstandsbewegungen und fördert nicht zuletzt den Terrorismus. Anstatt aber umzusteuern, haben sich die westlichen Staaten dazu entschlossen, den globalen Kriegszustand auszurufen.

### **5.1 Verschärfung von Armutskonflikten und Fehlallokation von Ressourcen**

Wer Hunderte von Milliarden in die Rüstung pumpt, um „Sicherheit“ und „Staatlichkeit“ herbeizubomben, nur um Länder anschließend so lange unter die Schirmherrschaft westlicher Protektorate zu stellen, bis sie neoliberalen Spielregeln gehorchen, perpetuiert damit lediglich den Teufelskreis aus Armut und Gewalt. Exakt dies ist aber die traurige Praxis, die sich hinter dem beschönigenden Begriff des „Stabilitätsexports“ verbirgt.

Hierdurch wird gleichzeitig systematisch die Sicht auf die primäre Ursache so genannter Globalisierungskonflikte verstellt, die sozioökonomische Desintegration als Folge neoliberaler Politik. Dennoch zeigen weder die USA noch Europa auch nur die leiseste Bereitschaft, die neoliberalen Spielregeln der Globalisierung – inklusive der Ausbeutung der Dritten Welt durch die Industriestaaten – zu ändern und verweigern damit bewusst einem Großteil der Weltbevölkerung ein menschenwürdiges Leben.

Deshalb verwundert es auch nicht weiter, dass zunehmend militärische Mittel benötigt werden, um die Folgen dieser Entscheidung in Form eskalierender Konflikte zu bekämpfen. (...) [D]er Westen [be-gibt sich] immer mehr auf Kollisionskurs mit dem Rest der Welt.

## 5.2 Globaler Widerstand - Globale Auf-standsbekämpfung

„Das naive, rein technokratische Überstülpen west-licher ‚Blaupausen‘ von Rechtsstaat und Demokratie wird in den meisten dieser Gesellschaften zu erheblichen Verwerfungen und Abstoßungsreaktionen führen und letztlich zum Scheitern verurteilt sein.“<sup>62</sup> Dies trifft umso mehr zu, wenn diese Besetzungen derart offensichtlich als Lizenz zum Plündern benutzt werden, wie es gegenwärtig der Fall ist. (...) In der Tat wird mehr und mehr Menschen in der Drit-ten Welt bewusst, dass sie es mit Okkupanten, nicht mit Wohltätern zu tun haben, weshalb sie die Be-satzer lieber heute als morgen aus ihrem Land jagen wollen. Dabei steigt auch der Anteil derjeni-gen, die bereit sind, sich gewaltsam gegen den zunehmend als ausbeuterisch wahrgenommenen Westen zur Wehr zu setzen, wie sich exemplarisch im Irak, aber auch in Afghanistans zeigt.

Die westlichen Staaten haben sich offensichtlich dazu entschlossen, das neoliberale System mit Klauen und Zähnen zu verteidigen. Da es sich hier-bei um eine langfristige Konfrontation handelt, wurde der „Krieg gegen den Terror“ nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich entgrenzt („long war“). Gleich-zeitig rückt die Aufstandsbekämpfung im Rahmen der kolonialen Besatzungsregime ins Zentrum der Militärplanung. Nichts symbolisiert dies besser, als die Anfang 2007 verkündete Auswechslung des für den Irak zuständigen Generals George Casey durch Generalleutnant David Petraeus. Er ist der Verfasser des US-Handbuchs zur Aufstandsbekämpfung (Field Manual 3-24), das die „Geschichte von Auf-ständen gegen große Armeen untersucht, Erhebun-gen in früheren Kolonien der Europäer etwa, Viet-nam, der Balkan, schließlich Irak.“<sup>64</sup>

Die Schlussfolgerung aus dieser Untersuchung liegt voll im Trend: „Detailliert wird im Handbuch das Zusammenspiel von militärischen, politischen und sozialen Eingriffen untersucht. Dabei müsse es Ziel der Militärs sein, mit Polizeikräften, Uno-Organisationen, staatlichen Hilfsorganisationen, privaten Unternehmen, aber auch nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) zusammenzuarbeiten. Alle Anstrengungen sollen dem Ziel der Aufstandsbe-kämpfung dienen.“<sup>65</sup> (...)

## 5.4 Wie der Neoliberale Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt

Gerade diese steigende Terrorgefahr wird wiederum zum Abbau von Bürgerrechten im Westen und selbst für den Einsatz des Militärs im Inland instru-mentalisiert. Der „Krieg gegen den Terror“ ist nichts anderes, als die militärische Offensive des Neolibe-ralismus, Widerstand gegen die herrschende Ord-

nung, egal in welcher Form, wird mit Terrorismus gleichgesetzt und immer repressiver unterdrückt. Am 6. Dezember 2001 beschlossen die EU-Justizminister eine Rahmenerklärung, in der es heißt, Terrorismus beinhalte auch Aktivitäten, die in der Absicht erfolgen, „öffentliche Körperschaften oder eine internationale Organisation unangemes-senem Zwang auszusetzen, damit sie bestimmte Handlungen unternehmen oder unterlassen.“<sup>68</sup>

Als es Ende 2003 in Florida zu Protesten gegen die gesamtamerikanische Freihandelszone kam, die von der Bush-Administration allen Ernstes als wich-tige Maßnahme zur Terrorbekämpfung gefeiert wurde, wurde der globalisierungskritische Wider-stand mit einem massiven Polizeiaufgebot wortwört-lich bekämpft. Der viel sagende Clou: Die Kosten für den damaligen Polizeieinsatz in Höhe von \$8.5 Mio. wurden aus dem Topf für den „Kampf gegen den Terror“ bezahlt.

## Anmerkungen:

- 2 Ross, Jan: Der neue Imperialismus, Die Zeit, 36/2003.
- 3 Ansprenger, Franz: Entkolonialisierung, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn 82000, S. 63-68, S. 68.
- 4 Unger, Frank: Freihandels-Imperialismus, in: Blätter 10/2004, S. 1186-1196.
- 6 Münkler, Herfried: Imperien, Bonn 2005, S. 241.
- 11 Für eine ausführliche Beschreibung und Kritik der Neuen Kriege vgl. Wagner, Jürgen: Intellektuelle Brandstifter: „Neue Kriege“ als Wegbereiter des Euro-Imperialismus, in: Wissenschaft und Frieden 3/2006.
- 12 Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek 2002, S. 135, 221.
- 13 Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege: organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main 2000, S. 211.
- 14 Beck, Ulrich: Über den postnationalen Krieg, in: Blätter 8/1999, S. 984-990, S. 987.
- 15 Fukuyama, Francis: Staaten Bauen: Die neue Herausforderung der Internationalen Politik, Berlin 2006, S. 138.
- 17 Fukuyama 2006, S. 139.
- 18 Zum Konzept von Thomas Barnett siehe ausführlich Wagner, Jürgen: Neoliberale Geopolitik, in: Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.): Welt-Macht EUropa, Hamburg 2006, S. S. 56- 80.
- 20 Council on Foreign Relations, A New National Security Strategy in an Age of Terrorists, Tyrants, and Weapons of Mass Destruction, New York 2003, S. 6.
- 22 National Security Strategy of the United States, March 2006, S. 27, 32.
- 23 Cooper, Robert: The Post-Modern State, in: Leonard, Mark (ed.): Re-Ordering the World, London 2002, S. 11-20. Vgl. zu Robert Cooper ausführlich Wagner 2006.
- 24 Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 16f.
- 25 Boot, Max: The Case for American Empire, The Weekly Stan-dard, 15.10.2001.
- 26 Fukuyama 2006, S. 147.
- 27 Krasner, Stephen D.: Alternativen zur Souveränität, in: Interna-tionale Politik (September 2005), S. 44-53, S. 44-46.
- 29 Menzel, Ulrich: Wenn die Staaten verschwinden, taz, 30.8.2003.
- 30 Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege: organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main 2000, S. 211.
- 38 USAID: Fragile States Strategy, January 2005 PD-ACA-999; Bullock, Todd: USAID Announces New Office of Military Affairs, Washington File, 24.10.2005.
- 39 Rice, Condoleezza: Transformational Diplomacy, Washington, DC, January 18, 2006.
- 40 Department of State: About S/CRS, URL: <http://www.state.gov/s/crs/c12936.htm> (eingesehen 10.4.2006); Ignatius, David: The colossus ponders a Colonial Office, Daily Star, May 19, 2005.
- 42 Kempin, Ronja: Frankreich und die EUBattlegroups, Stiftung Wissenschaft und Politik, Diskussionspapier, Stand 17.5.2004.
- 43 Barnier, Michel: Für eine europäische Katastrophenschutztrup-pe: europe aid, Mai 2006.
- 44 CDU will Bundeswehr aus Entwicklungshilfe- Etat bezahlen, Spiegel-Online, 08. 09.2006.

46 Gemeinsames Thesenpapier von Christian Schmidt und Christian Ruck: Vertrauen - Zukunft - Sicherheit. Für eine strategische Orientierung und bessere Verzahnung der deutschen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, 08.02.2005.  
 47 Haydt, Claudia: NATO Response Force – Die ultimative Koalition der Willigen, in: AUSDRUCK – Das IMI-Magazin (Februar 2004), S. 21.  
 49 QDR 2006, February 6, 2006, S. 83.  
 50 NATO: An Alliance for Freedom, FAES 2005; vgl. auch Biscop, Sven: NATO, ESDP and The Riga Summit, Egmont Papers 11, May 2006.  
 51 Vgl. Scheffer, David J.: Beyond Occupational Law, The American Journal of International Law, Vol. 97, No. 4 (October 2003), pp. 842- 860.

62 Stefan Oeter, Post-Conflict Peacebuilding – Völkerrechtliche Aspekte der Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften, in: Friedenswarte, Jg. 70, Nr. 1-2/2005, S. 41-60, S. 42.  
 64 Heine, Roland: Irak: Krieg mit menschlichem Antlitz, Berliner Zeitung, 17.01.2007.  
 65 Stern, Daniel: US-Militär: Bewaffnete Sozialarbeit, WoZ, 17.7.2006.  
 68 Paye, Jean-Claude: Ausnahmezustand in Permanenz, in: Blätter 9/2006, 1089-1096, S. 1093.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen  
 Ausdruck - IMI-Magazin - Februar 2007 15



## EU-Außenpolitik und Militarisierung Von alten Erbfeindschaften über die Verfassung zur gemeinsamen Militärmacht

*Der Text ist geschrieben von Markus Euskirchen und in der ursprünglichen Version nachzulesen auf [www.euse.de](http://www.euse.de). Für die Broschüre haben wir ihn an mehreren Stellen gekürzt, neu formuliert und teilweise aktualisiert (kenntlich durch die eckigen Klammern).*

### Die Staatenfamilie («Das internationale System«)

Das Verhältnis von Staaten untereinander ist wie das von Familienmitgliedern. So steht es in der Zeitung.<sup>1</sup> In einer Völkerfamilie sind jede Menge Gefühle im Spiel. Liebe, die nur als Eigenliebe vorkommt («Patriotismus«), Freundschaften und Feindschaften. Man hilft sich oder verharrt in Egoismus, man ist enttäuscht, zieht sich zurück und fasst wieder Hoffnung, baut Vertrauen auf oder verspielt es. Dann kommt es zum Dialog der Familienoberhäupter, manchmal muss eine dritte Partei zwischen den Streithähnen vermitteln, damit wieder Harmonie herrscht und das Misstrauen weicht. Der Familienfrieden ist bei aller Zuneigung stets in Gefahr und alle ringen um ihn, weil irgendwer ständig Unfrieden stiftet und mit irgendwem ringt. - Alle Zeitungsleser wissen, dass das nicht stimmt, halten jedoch an diesem Bild fest, weil ihnen die wahren Ursachen für die permanente und nur temporär unterbrochene Feindschaft zwischen Staaten verborgen bleiben und sie sich so etwas wie eine einige Völkerfamilie immerhin vorstellen können - wenn es eben nur keine Quertreiber gäbe. Und so endet ihre Suche nach den Ursachen für die Unfriedlichkeit der Staatenwelt stets in der Be-

nennung von Schuldigen, von Böswilligen, die aus Dummheit oder Egoismus die für alle günstigen Regeln des Zusammenlebens verletzen. Am Ende steht also statt *Kritik* der internationalen Politik- und Wirtschaftsordnung stets die *Parteinahme* - nicht zufällig meist für die eigene Regierung.

Ein gewollter und folgenschwerer Irrtum. Denn die Ursache dafür, dass ein Nationalstaat in den anderen eine permanente Bedrohung sieht, ist ebenso offensichtlich wie unter den Bedingungen des gegebenen Staaten- und Weltwirtschaftssystems unabänderlich. Dieses System wird nach außen von Militär und Nachrichtendienst, nach innen von Polizei und Staatssicherheit zementiert. Die Institutionen des Gewaltmonopols stehen dabei selbst *außerhalb* der unmittelbaren ökonomischen Beziehungen und dienen dazu, die Institution des Privateigentums zu sichern, die allgemeinen Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise zu gewährleisten und so das Wachstum der nationalen kapitalistischen Ökonomien zu fördern, das über Steuern und Abgaben wiederum die staatlichen Institutionen finanziert.<sup>2</sup> [...]

Das kann man »Imperialismus« nennen, was zwar gewaltträchtiger klingt als »internationale Zusammenarbeit« zum »allseitigen Nutzen« in einer »wechselseitigen Abhängigkeit«<sup>3</sup>, aber nichts anderes meint. Denn jeder Schritt imperialistischer Poli-

<sup>1</sup> Beispiel: B.Z. vom 28.05.04 (Der ehemalige Minister Fischer versucht als Außenpolitiker, in der Staatenfamilie Freunde zu finden.).

<sup>2</sup> Vgl. Narr: *Gewaltmonopol*, 16-31.

<sup>3</sup> Vgl. Prokla 133: *Imperialistische Globalisierung* (Dez. 2003) zum Einstieg in die gegenwärtige akademische Imperialismusdebatte.

tik besteht entsprechend ihrem Ziel - der eigenen Nation die Produktion von Reichtum auch unter fremder Souveränität dienstbar zu machen - in einer Schädigung der Interessen anderer Staaten. Das wissen Politiker, reisen sie doch ständig hin und her (»Diplomatie«) nur mit dem Zweck, die Anliegen der eigenen Nation mit Zustimmung der anderen durchzusetzen, obwohl diese dabei manchen Nachteil in Kauf nehmen müssen. So real die wechselseitige Abhängigkeit der Kapitalstandorte voneinander ist, so offen ist die Frage, wer wessen Abhängigkeit ausnutzen kann und wer ausgenutzt wird. [...]

[Um die Gültigkeit zwischenstaatlicher Verträge sicherzustellen oder solche Vereinbarungen zum eigenen Nutzen zu modifizieren, ist für jeden Staat sein nationales Gewaltpotential das entscheidende Mittel.] Außenpolitik ist - auch im Falle noch so zivil erscheinender Außenwirtschaftspolitik - wenigstens implizit *militärische* Außenpolitik. Jeder Staat verwendet große Teile seines Reichtums für den Aufbau einer Streitmacht, weil er aufgrund der Konkurrenzsituation davon ausgehen *muss*, dass seine außenpolitischen Interessen gefährdet oder verletzt werden. Erst die Militärmacht im Rücken verschafft Außenpolitikern Handlungsfreiheit im friedlichen diplomatischen Verkehr untereinander. Deutschlands [ehemaliger] Außenminister Joseph Fischer:

»Nach den Anschlägen (des 11. September) wurde, und das teile ich, der Status quo dieser Welt stark in Frage gestellt. Es geht nun darum, ob man diesen Status quo mit einer Neuordnung von Ländern, von außen, mit militärischer Macht und großen Risiken versucht oder ob man den von uns favorisierten kooperativen Ansatz wählt, der ja alles andere als zahn- und machtlos ist. Militärisch ist Europa aus der Sicht Amerikas unwichtig, aber nicht ökonomisch und politisch ... Wir müssen unsere militärische Kraft verstärken, um auch auf diesem Sektor als Faktor ernst genommen zu werden« (Fischer in der »Frankfurter Allgemeinen« vom 17.3.2002).

## Außenpolitik und Militär

»Angesichts der großen Bedrohungen - Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, gescheiterte Staaten, interne und regionale Konflikte - muß die EU in ihrer Weltregion, auf der Ebene der Weltordnung und an vorderster Front jenseits ihrer Grenzen tätig werden... Um die entsprechenden Fähigkeiten der EU zu erhöhen, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die verfügbaren Ressourcen aufzustocken und für eine effektivere Nutzung in einem Pool zusammenzufassen.«<sup>4</sup>

Die Ziele europäischer Politik lassen sich - bei aller Uneinigkeit der Europäer im Detail - analog zu de-

nen auf nationalstaatlicher Ebene beschreiben. *Innenpolitisch* geht es darum, die Bedingungen der Kapitalakkumulation zu optimieren, die daraus resultierenden gesellschaftspolitischen Spannungen in Kompromisse abzuleiten und wenn nötig - bei systembedrohendem Gehalt - nicht-integrierbare Positionen mit Gewalt zu eliminieren. In der *Außenpolitik* geht es darum, Verhältnisse und Bedingungen zu schaffen, in denen sich die Ordnungsvorstellungen und Interessen der eigenen politischen Einheit durchsetzen und möglichst expansiv weiterentwickeln. Imperialistische Politik muss so verfahren, ob einzelne Politiker oder auch Institutionen das wollen oder nicht (was jedoch nicht heißt, dass die meisten Politiker nicht wollten, was sie müssen). Im Hinblick auf die Frage, *welche* Ordnungsvorstellungen derartige Innen- bzw. Außenpolitik produziert und reproduziert, gilt es sich vor Augen zu halten, dass der weltweit dominierende Vergesellschaftungsmodus in der Einheit Nationalstaat-Kapitalismus besteht. So schreibt ein EU-Parlamentarier in einem Sammelband zur EU-Verteidigungspolitik, man müsse »Stabilität, Demokratie und Menschenrechte ... exportieren.«<sup>5</sup> *Stabilität* heißt verlässlicher Bestand von Privateigentum und Verträgen. *Demokratie* heißt die Reproduktion der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit durch die Garantie der politischen Gleichheit als Voraussetzung von Kapitaleinsatz und Lohnarbeit. Die formal-rechtliche Gleichsetzung materiell Ungleicher garantiert den Klassencharakter des zu exportierenden Gesellschaftsmodells: die Eigentümer von Produktionsmitteln gegen jene, die lediglich ihre eigene Arbeitskraft feilzubieten haben. *Menschenrechte* - abstrakt, allgemein, unbestimmt - liefern die ideologische Begleitmusik für jede noch so interessengeleitete und machtpolitisch motivierte Intervention, mit der das verwertungsorientierte Ordnungsmodell sich Bahn bricht.<sup>6</sup>

»Der Staat ist ebenso der Geburtshelfer des Kapitalismus ... wie die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise den pazifizierenden, Ordnung stiftenden Staat erfordert und durchsetzt.«<sup>7</sup>

Während der Kapitalismus auf die Staatsgewalt angewiesen ist, ist umgekehrt der außerökonomische Komplex Staat-Militär, der ja auch ökonomische Mittel braucht, materiell abhängig von einer erfolgreichen Mehrwertproduktion, an der er sich per Steuer bedient. Die Palette militärischer Aktivitäten will ausgestattet

<sup>4</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat und das EP, 10.2.2004, zit. nach Polikeit, G.: *Sozialabbau und Weltmachtkurs*: isw-report 57. München 2004, 28.

<sup>5</sup> Karl von Wogau (Hrsg.): Auf dem Weg zur *Europäischen Verteidigung*. Gemeinsam sind wir sicher. Freiburg 2003.19f.

<sup>6</sup> Vgl. Narr et al.: Narr, W.D., ROTH, R. und VACK, K.: *Eine pazifistisch - menschenrechtliche Streitschrift*. Wider kriegerische Menschenrechte. Beispiel: Kosovo 1999 - Nato-Krieg gegen Jugoslawien.

<sup>7</sup> Krippendorff, E.: *Internationale Politik. Geschichte und Theorie*. o.O. 1983, 225.

und finanziert sein, denn militärische Rüstung hat die Eigenart, dass sie nicht nur als materieller Gegenstand allmählich veraltet (materieller Verschleiß), sondern dass die jeweils eigenen Rüstungsgüter immer in der Konkurrenz zum Zustand der Waffenbestände der anderen gesehen werden und darüber veralten («moralischer Verschleiß» - Marx). So ist es ständig (und nicht nur, wenn das Haupteinsatzfeld einer Armee von der Landesverteidigung zur weltweiten Intervention verschoben wird) nötig, neue und unbenutzte Waffensysteme durch noch neuere zu ersetzen. Alleine diese Räumung von Arsenalen (und die damit verbundenen neuen Aufträge für die Rüstungskonzerne des militärisch-industriellen Komplexes) stellt zwar keinen veritablen Kriegsgrund, aber doch einen positiven Nebeneffekt eines Einsatzes dar.<sup>8</sup>

Derartige Nebeneffekte lassen sich jedoch nicht zur Idee verallgemeinern, dass Staaten Kriege führen, um ihrer nationalen Rüstungsindustrie (Extra-)Profite zu beschermen. Denn im Krieg wird zwar Waffenmaterial zerstört, Neuanschaffungen und Ersatz sind also nötig. Auf der einen Seite ist also nicht zu bestreiten, dass Kriege den Rüstungsunternehmen zusätzliche Aufträge und damit Umsatz bringen. Es muss allerdings klar sein, dass Kriege nicht *aus diesem Grund* geführt werden. Damit wäre unterstellt, dass ein Krieg gar nicht im staatlichen Interesse liegt, sondern der Staat ihn nur führt wegen eines partikularen Interesses - dem der Rüstungsindustrie bzw. des »militärisch-industriellen Komplexes«; dass ein Bombardement dem Staat, der es anordnet, also vielleicht sogar direkt wirtschaftlich schadet. Ausgerechnet in dem Moment, in dem ein Staat per Zerstörung und Tötung seine Macht zum Ausdruck bringt, soll darin letztlich nur dessen Ohnmacht gegenüber dem Rüstungskapital zum Ausdruck kommen?

### **Exkurs gegen die Idee vom »militärisch-industriellen Komplex«**

Alle Staaten haben ein starkes Interesse an der Existenz einer nationalen Rüstungsindustrie. Doch nur wenige können sich eine solche auch leisten. Die Regierungen von Staaten wie den USA oder der BRD sorgen dafür, dass ihre Rüstungsbranche privatwirtschaftlich existieren kann, sorgen also für deren Profite. Als faktischer Monopolabnehmer ihrer Produkte hat die staatliche Seite eine starke Stellung gegenüber den Waffenproduzenten, die mit »Abhängigkeit« nicht korrekt beschrieben ist. Im Gegenteil, mehr als allen anderen Unternehmen wird der Rüstungsbranche seitens der staatlichen Beschaffungsbürokratie vorgeschrieben, was sie wie und wann zu produzieren hat und wem sie es verkaufen darf. Darüber hinaus illustrieren Rüstungsexportbeschränkungen den Tatbestand, dass

<sup>8</sup> So ermöglichte der Zweite Golfkrieg 1991 es den US-Streitkräften, veraltete Cruise Missiles aus Zeiten des Kalten Krieges »in die Wüste zu ballern« und die so geleerten Arsenale mit den »intelligenten« Neuentwicklungen nachzurüsten. Noch zynischer ist die »Entsorgungspraxis« für eine bestimmte Sorte Atommüll: Depleted Uranium (abgereichertes Uran) wird aufgrund seines hohen spezifischen Gewichts und seiner Härte zu Munition verarbeitet und ebenfalls spätestens seit Anfang der 1990er Jahre auf den Übungs- und Schlachtfeldern der »humanitären Interventionen« (Jugoslawien, Zweiter Irakkrieg etc.) endgelagert (vgl. Campaign against Depleted Uranium, <http://www.cadu.org.uk>).

der Staat keineswegs in den Händen seiner Waffenproduzenten ist. Dann doch eher umgekehrt: Wenn es politisch opportun ist, wird der Rüstungsbranche die Nutzung lukrativer Märkte verboten. Das Geschäft der Waffenkonzerne steht unter politischem Vorbehalt. [...]

Die kapitalistische Ökonomie großer Staaten ist so rentabel, dass sie über die Steuern die Mittel für Aufbau und Unterhalt einer riesigen Militärmaschine aufbringt. Damit verschafft sich die kriegsbereite Politik die Freiheit, auch Kriege zu führen, die nicht unmittelbar ökonomisch lohnend sind. Nicht mehr nur um zu erobern, sondern auch zur Beseitigung politischer Hindernisse, die er durch sein Wirken selbst provoziert, hält sich der imperialistische Staat ein Militär. Gleichzeitig wird die massive Konsumnachfrage des Militärs zu einem dynamischen Faktor kapitalistischer Ökonomie. Das moderne Militär ernährt sich nicht mehr aus dem Krieg, sondern von kapitalistisch-friedlich eingetriebenen Steuern. Spätestens die Haager Landkriegsordnung von 1907 kodifiziert diesen historischen Wandel der Kriegsökonomie. Ihr Artikel 46 sieht den Schutz des Privateigentums vor, Plünderungen werden in den Artikeln 28 und 47 explizit geächtet, Artikel 52 regelt die Bezahlung der Naturalversorgung von Besatzungstruppen durch die einheimische Bevölkerung usw.<sup>9</sup>

Neben der Schaffung und Sicherung des Kapitalverhältnisses nach innen vertritt der Staat die Interessen der eigenen Nationalökonomie nach außen gegenüber anderen Staatsgewalten und verschafft ihnen per inter- und multinationale Vereinbarungen, Abkommen und Verträgen Geltung. Da im zwischenstaatlichen Verhältnis der nationale *Gewaltmonopolist* in die *Gewaltkonkurrenz* mit dem anderen Staaten gesetzt ist und nicht immer internationale Interessenidentität herrscht, ist das Militär das entscheidende Mittel zur außenpolitischen Machtentfaltung. [...]

### **Aufgaben des Militärs Kriegführung**

Zur Bestimmung der Funktion von Militär als Mittel von Außenpolitik bringt uns eine pure Aufzählung von Fakten nicht weiter. [...] Weiter hilft eher ein Blick auf die außenpolitischen Tätigkeitsfelder des Militärs. Noch immer ist der Glaube weit verbreitet, Landesverteidigung sei die eigentliche Aufgabe des Militärs. In der BRD ist dieser Glaube sogar verfassungsrechtlich untermauert, denn das Grundgesetz sah zunächst keine andere Verwendung für die Bundeswehr vor: »Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf« (Art. 87a Abs. 1 GG).

Wenn auch im BRD-Gegenwartsbewusstsein wesentlich weniger präsent, war es historisch jedoch durchaus die Regel, dass das Militär - etwa in revolutionären Situationen - immer auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wurde und sich

<sup>9</sup> Eine kommentierte Dokumentation der Haager Landkriegsordnung und anderer Kodifizierungen des Kriegsrechts bietet: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): *Verbrechen der Wehrmacht*. Dimensionen des Vernichtungskrieges (Ausstellungskatalog). Hamburg 2002, 15-36.

hat einsetzen lassen.<sup>10</sup> [...]

[Doch auch außenpolitisch diene die Bundeswehr nicht zur „Verteidigung“ – die wahren Gründe der Kriegsführung lagen woanders. Ein zentraler Beweggrund, den Machtbereich des eigenen Landes auszudehnen, lag darin, das eigene kapitalistische System aufrecht zu erhalten und möglichst auszudehnen. Dabei musste unter anderem der Einflussbereich der Sowjetunion zurückgedrängt werden. Begründet wurden die Aufrüstungsentscheidungen damit, in angebliche „Staatszerfallsprozesse“ eingreifen zu müssen (vgl. auch den Text von Jürgen Wagner). Später, nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, wurde hierfür der Begriff der „internationalen humanitären Intervention“ gefunden. Die Rüstungsausgaben stiegen stetig und werden wohl weiter zunehmen.]

## Drohung

Ist das Militär gerade nicht im Kriegseinsatz, so befindet es sich im *Kriegsvorbereitungseinsatz*: In Manövern wird auf der Basis nicht-öffentlicher Freund-Feind-Projektionen (»Einsatzszenarien«) die Fähigkeit zur Kriegsführung geübt. Truppen der Bundeswehr waren von 1991 bis 2000 - zusätzlich zu den Kriegen und Interventionen - an 27 größeren Manövern (jedes einzelne mit mehr als 3.000 Soldaten und das größte mit 42.850 Soldaten) beteiligt. Die Geschäftigkeit verweist auf den hohen Organisationsgrad, auf dem die militärischen Beschäftigten vorgehalten werden.

Zweck der Übung ist die Drohung, bei Verletzung der eigenen staatlichen Interessen durch einen anderen Staat oder neuerdings durch »Terrororganisationen« zurückzuschlagen. In Friedenszeiten verzichtet kein Staat auf die nach außen gewendete Demonstration: »Seht her, das ist unser Gewaltapparat, er funktioniert und wir werden ihn im Sinne unserer Interessen einzusetzen wissen.« Die Demonstration der Überlegenheit soll den Willen des fremden Souveräns beugen und ihn dazu bringen, sich in den Abhängigkeiten einzurichten, die ihn schwächen. Insofern - und nur insofern - ist das Militär tatsächlich für den Frieden da. Es erzwingt ihn durch die Kriegsdrohung. Dabei gilt es, die Drohung mit Gewalt möglichst eindrucksvoll zu gestalten, damit ihre Anwendung überflüssig wird. Denn die Anwendung widerspricht unmittelbar den ökonomischen Zielen, die eine imperialistische Nation verfolgt. Ein Krieg vermehrt nicht ihren Reichtum, sondern mindert ihn unmittelbar.

Militär ist ein Mittel und nicht der Zweck von Außenpolitik. In einer Welt, die durch die Konkurrenz kapitalistischer Staaten und Staatenblöcke geprägt ist, bedeutet militärische Hegemonie die Möglichkeit, die Regeln der Konkurrenz zu bestimmen. Das heißt aber nicht, dass jeder Konflikt gleich militärisch ausgetragen wird. Allerdings nutzen Staaten durchaus Kriege zu dem Zweck, ihre Kriegsfähigkeit unter Beweis zu stellen und dadurch das Drohpotential zu erhöhen, um weitergehende Einsätze überflüssig zu machen.

<sup>10</sup> [Hinreichende Ermächtigungen bietet das GG der BRD in Art. 87a Abs.4 (Teil der so genannten Notstandsgesetze).]

## Moralische Aufrüstung: pseudo-reflexiver Nationalismus

Offen oder gar aggressiv vorgetragene nationalistische Positionen sind seit Anfang der 1970er Jahre - aus historischen Gründen vor allem in Deutschland - tabu. Der Habitus des von Selbstzweifeln Geplagten, der vorgibt, aus der Geschichte gelernt zu haben, ermöglichte der rot-grünen Regierung, die deutsche »Re-Verkrieglichung« (W.-D. Narr) weiter voranzutreiben. Was schwarz-gelb *trotz* deutscher Vergangenheit begann, konnte rot-grün *unter Berufung auf* deutsche Vergangenheit fort- und zu Ende führen.

Verteidigungsminister Scharping deckelte mit seinen Lügen (Stichworte: »KZs im Kosovo«, »Hufeisenplan«, Racak-Lüge, die von Serben gegrillten Föten, die Instrumentalisierung der Flüchtlinge für Nato-Zwecke<sup>11</sup>) alle Einwände gegen den Angriff auf Jugoslawien. Er ging nie juristisch gegen Medienberichte vor, die beschrieben haben, mit welchen Lügen er den Nato-Angriffskrieg gegen Jugoslawien verbal einleitete. Die OSZE hatte noch direkt vor Beginn der Nato-Bombardierung festgestellt, dass es keine Vertreibungen und schon gar keine Massenmorde gebe, sondern nur Tote in Kämpfen uniformierter Kämpfer der serbischen Armee und der kosovo-albanischen Untergrundarmee.

Außenminister Fischers Einlassungen hatten die gleiche Stoßrichtung und dienten dazu, auch den kleineren Koalitionspartner auf den Kriegskurs einzustimmen. So erklärte er in seiner Rede auf dem Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen am 13. Mai 1999: »Aber ich stehe auf zwei Grundsätzen: Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz; nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus.«<sup>12</sup> Mit dieser Erklärung gewann er die Mehrheit seiner Partei für die Bombardierung Jugoslawiens. In den Köpfen speziell der Grünen, aber auch der Bevölkerung im Allgemeinen, mobilisierten diese Lügen und Instrumentalisierungen Bilder der Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus. Hatte es bisher geheißen »Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz«, so war nun die Praxis »Krieg, weil nie wieder Auschwitz« durchgesetzt. Da es zwar kriegerische Auseinandersetzungen mit all ihren Auswirkungen auch auf Zivilisten gegeben hatte, aber keine systematischen Vertreibungen, KZs, Massenmorde oder ähnliches, musste sich der Vergleich mit der Vernichtung der europäischen Juden eigentlich von selbst verbieten. Dass er das so harträchtig nicht tut, deutet auf den sehr interessierten Blick der deutschen Öffentlichkeit hin. Es ist das gleiche Interesse wie das der Bundesregierung.

Auch ideologisch sind die Rot-Grünen eifrig am modernisieren: Ergebnis ist ein pseudo-reflexiver Nationalismus, der gelernt haben will, der sich auf seine eigene Geschichte selbstkritisch zu beziehen scheint und daraus Legitimität für die Militarisierung von Außenpolitik und die Teilnahme an Angriffskriegen bezieht. Wenn Kriege jetzt dank Rot-Grün für Menschenrechte geführt werden

<sup>11</sup> Vgl. Deichmann, T.: *Scharping-Lügen haben kurze Beine*, In: novo 45, März-April 2000 und die Lügenliste bei <http://www.contraviento.de/kosovo/artikel-gwr254.html>.

<sup>12</sup> Vgl. z.B. Scheit, G.: *Die Schindler-Dramaturgie*. Identifikation mit dem Opfer, um Aggressor zu werden. Über den Nato-Einsatz gegen Auschwitz, In: *Jungle World* 16 (14.4.1999).

und/oder damit Auschwitz nicht sich wiederhole, wer kann dann noch gegen Krieg sein? Auch wenn der offene Nationalismus unter Rot-Grün noch geächtet bleibt, wird diese schlaunere Version angesichts der fortwährenden Anstrengungen in Sachen Normalisierung (Walser, »Der Brand« etc.) wohl kaum hegemoniales Nationalbewusstsein werden. Aber für die Eingliederung der Grünen und des linken Flügels der SPD ins nationale Projekt war sie unerlässlich.

Die Herstellung eines nationalen Konsenses über die Militarisierung der Außenpolitik und die Kriegführung war notwendig, weil die Aufrechterhaltung des staatlich-kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses zwar letztinstanzlich durch polizeilich-militärische Gewalt abgesichert ist, es jedoch »nie einen Staat gegeben (hat), der sich ausschließlich auf Gewaltmittel hätte stützen können« (Hannah Arendt)<sup>13</sup>. Herrschaft bedarf der Zustimmung der Beherrschten, denen schließlich abverlangt wird, im Ernstfall für die außenpolitischen Projekte ihrer Regierungen (»unser Land«) auch mit ihrem Leben einzutreten (»Verantwortung übernehmen«). Nur auf der Basis eines tiefenwirksamen Nationalismus ist das staatsbürgerliche Individuum bereit, militärischen Gehorsam zu leisten, zu töten oder gar sich selbst töten zu lassen.

### **Militärische Handlungsfähigkeit als historisches Ziel des BRD-Strebens nach Souveränität**

Deutschland ging - aus staatsmännischer Sicht - mit einem entscheidenden Defizit aus der totalen Kapitulation des NS-Staates hervor: Es hatte kein Militär und war auch sonst - mit der Trennung in Besatzungszonen und später in ost- und westdeutschen Staat - nicht souverän im Sinne einer außenpolitisch mit allen Mitteln nach den eigenen Interessen handlungsfähigen Einheit. Adenauer machte die Herstellung staatlicher Souveränität zum westdeutschen Staatsziel Nr. 1, das bis zu seiner Verwirklichung in den 90er Jahren von allen Regierungen kontinuierlich verfolgt wurde. Zunächst sollte über die Wiederbewaffnungsfrage Souveränitätsgewinn erzielt werden. [...]

[Sowohl in der eigenen Bevölkerung als auch international gab es allerdings historisch begründete Vorbehalte gegen einen erneuten Außen-Einsatz der deutschen Bundeswehr. Die Widerlegung und Überwindung solcher Bedenken war notwendig für eine deutsche Außen- und Militärpolitik, die ihre Handlungsspielräume ausweiten und die »Pflichten« des wieder größeren Deutschland - auch militärisch - wahrnehmen wollte.] Schrittweise definierte die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik daher neue Betätigungsfelder und ließ neue Begründungsmuster formulieren. In den Jahren 90/91 wurden auf Nato-Kommando- und Gipfebene neue Aufgaben für die Militärapparate der Mitgliedsstaaten entwickelt. Die Ausarbeitung und Umsetzung erfolgte in der Bundeswehr in mehreren Schritten:

- Im Februar 1992 wurde ein Papier vorgelegt mit dem Namen *Militärpolitische und Militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundricht-*

*ung der Neugestaltung der Bundeswehr*, kurz: *Stoltenberg-Papier*. Formuliert wurden ein »weiter Sicherheitsbegriff« und »deutsche Sicherheitsinteressen« sowie eine »militärpolitische Lagebeurteilung«.

- Mit den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom 26. November 1992 wurde erstmals definiert, dass sich die Streitkräfte an internationalen Kampfeinsätzen im Rahmen von Uno, Nato und WEU beteiligen sollten.
- Mit dem *Weißbuch 1994* wurde dieser Rahmen festgezimmert, mit der Konzeptionellen Leitlinie vom 12. Juli 1994 das Ganze mit »Planungseckwerten« gefüllt.
- Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 hat der Neuorientierung der Bundeswehr die juristischen Weihen verliehen - mit einer recht skurrilen Interpretation des Verteidigungsauftrages, den das Grundgesetz als einzig zulässigen formuliert: Die deutsche Armee darf Deutschland auch außerhalb des Nato-Gebietes und also überall auf der Welt »verteidigen«.

Der Rahmen »deutscher Sicherheitsinteressen« ist spätestens seit den »Richtlinien« weit gespannt: Als »kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen« soll sich Deutschland um europäisches »Konflikt- und Krisenmanagement« ebenso kümmern wie um »die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt«<sup>14</sup>.

Die Armee wurde in Krisenreaktionskräfte (KRK) einerseits und die Hauptverteidigungskräfte (HVK) aufgeteilt. Während die HVK angesichts fehlender Bedrohung der BRD (»von Freunden umzingelt«) in erster Linie dazu dienen, die Wehrpflichtigen durch die Militärmaschinerie zu schleusen, steht in Calw seit Herbst 1997 das Kommando Spezialkräfte (KSK) mit ca. 1.000 Mann bereit, Spezialaufträge im Rahmen der KRK zu übernehmen. Das KSK stellt die erste Kampftruppe innerhalb der Bundeswehr gemäß dem Konzept der KRK dar.

Auf die Beteiligung der Bundeswehr am Nato-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 folgte die aggressive Wendung der »verteidigungspolitischen Richtlinien«: In der im Sommer 2003 veröffentlichten Neufassung finden sich nun auch für die Bundeswehr Einsatzszenarien, mit denen Konfliktursachen am Ort ihres Entstehens und vor ihrem Entstehen militärisch bekämpft werden sollen: Die neuen Richtlinien führen ein Konzept ein, mit dem auch Angriffskriege wie der von USA/GB gegen den Irak 2003 für das deutsche Militär und die Europäische Union ins politisch vorgesehene Aufgabenspektrum zurückkehren.<sup>15</sup>

Zur politischen, juristischen und truppenorganisatorischen Durch- und Umsetzung der militärischen Komponente der neuen deutschen Außenpolitik musste eine ausreichende Akzeptanz in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit hergestellt werden. Die Rechtfertigungsstrategie war die der kleinen Schritte und der langsamen Gewöhnung. Noch 1988 hatten Bundesgrenzschutz-Beamte als Wahlbeobachter in Kambodscha einspringen müs-

<sup>14</sup> VPR 92, 11.8 (3 und 8).

<sup>15</sup> Vgl. IMI: Sonderseite mit IMI-Texten zur Militarisierung der Europäischen Union (2003). <http://www.imi-online.de/2003php3?id=587>.

<sup>13</sup> Arendt, H.: *Macht und Gewalt*. München 2000, 50.

sen, im Golfkrieg wurden dann deutsche Minensuchboote eingesetzt, es entstand ein Bundeswehrlazarett in Phnom Penh, Soldaten bohrten Brunnen in Somalia (vgl. a. den Text von Jürgen Wagner), bis es im ehemaligen Jugoslawien zu den ersten toten Bundeswehrsoldaten kam. Erstmals waren deutsche Kampfflugzeuge wieder an Kriegseinsätzen beteiligt. In Ergänzung zu dieser Umerziehungsstrategie Rühes wurde - ganz im Adenauer-schen Sinn - die Bundeswehr zur »Armee der Einheit« deklariert. Dass die Integration der BRD und ihrer frisch gegründeten Armee in den westlichen Militärblock die Teilung zementieren würde, hatte Adenauer in Kauf genommen. Ihm war Souveränitätsgewinn wichtiger: »Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.« Um die neue Rolle der Bundeswehr zu legitimieren, werden seit Mitte der 90er Jahre Gelöbnisse der Bundeswehr öffentlich vollzogen. Die zeremonielle Zurschaustellung soll das Publikum an deutsche Soldaten gewöhnen und Kritiker des Militärs als undemokratische Störer diskreditieren.<sup>16</sup> Mit Erfolg: Schon heute erinnert sich kaum mehr jemand daran, dass bis 1995 alle Parteien außer der CDU/CSU Kampfeinsätze der Bundeswehr klar abgelehnt hatten.

### Konkurrenz mit den USA - Supranationalismus als Nationalprojekt

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA die imperialistische Übermacht. Und bis heute messen die USA alles, was sich auf der Welt ökonomisch und politisch bewegt, an der Aufrechterhaltung ihrer Weltordnung, schätzen den Grad der Bedrohung ein und reagieren gemäß ihren Zielen mit überlegener militärischer und ökonomischer Gewalt. Daran hat jeder Staat seine Außenpolitik zu orientieren und gegebenenfalls seine eigenen Ambitionen zu relativieren.

Für die westeuropäischen Staaten war die militärische Stärke der USA in den Jahren des Kalten Kriegs willkommener Rückhalt gegen den Ostblock. Mit dem Verschwinden der Systemalternative jedoch leiden sie als Imperialisten zunehmend unter einem entscheidenden Mangel: Sie sind zu schwach - gemessen an der Empire-Führungsmacht USA. Um dieses Defizit auszugleichen, sind die EU-Staaten bereit, ihre Konkurrenz untereinander teilweise außer Kraft zu setzen und gegen die USA zu kooperieren.

Die Staaten der EU setzen auf *europäischen* Supranationalismus, um ihren nationalen Anliegen als globale Akteure (Exporte, Regelungen, Einflusszonen) mehr Gewicht zu verschaffen. [...]

Daraus ist eine spezifische EU-supranationalistische Streitkultur entstanden, in der jeder Staat irgendwie für »Europa« ist und gleichzeitig alle Regierungen den Verdacht hegen, dass »die anderen Nationen besser fahren und zwar auf Kosten und mit Hilfe der eigenen Nation«<sup>17</sup>.

In Deutschland ist dieser Verdacht stets präsent als Hinweis auf die eigene »Nettozahlerposition«, sprich auf die Tatsache, dass Deutschland mehr in die EU-Töpfe einzahlt, als es direkt aus ihnen

erhält.<sup>18</sup> [...] Abgesehen davon, dass die Argumentation mit [...] Zahlen die großen ökonomischen Vorteile unterschlägt, die die EU der deutschen Wirtschaft bringt, ermöglicht sie die Einforderung von Einfluss gemäß der Zahlungsstärke. [...]

Der Prozess der europäischen Integration ist also einerseits durch Faktoren bestimmt, die sich nicht vollständig unter europäischer Kontrolle befinden (US-Außenpolitik, Ost-West-Konflikt, ökonomische Globalisierung etc.).<sup>19</sup> Andererseits ist er durch Widersprüche geprägt, die für jede seiner Phasen Kontinuitäten und Brüche aufweisen. Wichtigster externer Einflussfaktor für den heutigen Militarierungsschub ist die durch die Politik mehrerer US-Regierungen seit den 1970er Jahren modifizierte zwischenimperialistische Konkurrenz der Nationen. Als sich der Westen unter Führung der USA Ende der 70er Jahre auf eine neue Offensive gegen den Staatssozialismus besann, ging das mit einer allgemeinen Beschleunigung der Rüstungstätigkeit einher (Aufrüstung in Europa im Zuge des Nato-Doppelbeschlusses). Die USA als hegemoniale Macht des kapitalistischen Lagers waren nicht an die nominellen Grenzen ausgeglichener Haushalte und Handelsbilanzen gebunden. Hinzu kam, dass in den USA - nicht zuletzt aufgrund der Kriegführung in Vietnam und des damit verbundenen Rüstungsschubes - wesentliche technologische Neuerungen als erste serienfertig wurden. So gelang es den USA, einen qualitativen Abstand nicht nur zur Sowjetunion, sondern auch zu ihren europäischen Verbündeten herzustellen. Die USA konnten so mehr Soldaten und größere Arsenale an Atomwaffen (hinzu kamen Wasserstoff- und Neutronenbomben) bereitstellen. Bei etwas geringerer Bevölkerung als die EU steht den US-Militärs heute der etwa dreifache Rüstungsetat zur Verfügung. Die militärische Schlagkraft wird dabei auf das etwa Zehnfache geschätzt. Deshalb kann die US-Regierung auch regelmäßig eine massive Erhöhung der Rüstungsetats bei den »europäischen Partnern« innerhalb der Nato einfordern, ohne mittelfristig das Heranwachsen eines ernsthaften militärischen Konkurrenten befürchten zu müssen. [...]

Nach der Phase der Herstellung der währungspolitischen Homogenität in den 90er Jahren steht zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Herausbildung einer weltweiten Handlungsfähigkeit (»außenpolitische Identität«) auf der Agenda. Handlungsfähigkeit bedeutet Souveränität. Souveräne Außenpolitik bedeutet eigenmächtige Kriegführungsfähigkeit. Die schrittweise deutsche Re-Souveränisierung setzt sich auf der europäischen Ebene unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Akteure fort. Damit ist das deutsche Souveränitätsstreben im europäischen Vergemeinschaftungsprozess aufgehoben und erhält tatsächlich weltpolitisches Schwergewicht.

<sup>18</sup> Zu konkreten Zahlen vgl. EU-Kommission, <http://europa.eu.int>.

<sup>19</sup> Elmar Altvater, von der Jungen Welt (2.2.2008) befragt nach dem »Abdriften der EU von der Politik Amerikas«: »Es ist ein doppelter Prozess. Auf der einen Seite ist die EU Großmacht geworden ... auf der anderen Seite sind die EU und die USA im Rahmen einer nordatlantischen Handelszone sehr stark zusammengewachsen: US-amerikanisches Kapital ist in Europa und europäisches Kapital, vor allem deutsches, ist immer mehr in den USA präsent.«

<sup>16</sup> Vgl. Euskirchen, M.: *Militärrituale*. Köln 2005.

<sup>17</sup> Gegenstandspunktredaktion: *35 Jahre EG - Was ist Europa? Was hat es vor?*, In: Gegenstandspunkt (1/1992), 55 und 58.

## Die neue Lage: »War on Terror«

Die neue Offensive Amerikas zur Festigung seiner Weltmacht (»War on Terror«) bringt das Euro-Projekt nun in Schwierigkeiten. Jahrzehntlang hatten die Europäer in ihrer Unterordnung unter US-Macht von der US-Weltordnung profitiert. Der Zugriff auf die von amerikanischem Militär garantierten »freien Märkte« hatte die EU-Staaten zu ökonomischen Weltmächten mit mittlerweile eigener Weltwährung aufsteigen lassen. Im Krieg gegen Jugoslawien, für den die deutsche Staatenanerkennungspolitik zu Anfang der 90er Jahre die Voraussetzung geschaffen hatte, avancierte Europa bereits zum - auch militärischen - Juniorpartner der USA, in Afghanistan drängte man sich dann als fast schon gleichberechtigter Partner auf: Die Regionalkonferenzen zum Staatsaufbau in Afghanistan liefen unter deutscher Regie. Eine deutsch-niederländische Doppelspitze übernahm Ende 2004 die Führung des Afghanistan-Protectorats. Und schließlich konnte sich die deutsche zusammen mit der französischen Regierung anlässlich des Angriffs auf den Irak 2003 in eine Position der direkten außenpolitischen Konkurrenz zu den USA begeben. Auch wenn es sich noch nicht um eine *ebenbürtige* Konkurrenz handelt, so wird das europäische Projekt militär- und außenpolitischer Eigenmächtigkeit doch deutlich erkennbar [...]

Dieser Schleichweg zur Weltmacht droht aber jetzt in eine Sackgasse zu geraten. Amerika fordert Gefolgschaft und Unterordnung (Bush: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.«) und versucht die Europäer durch die Demonstration seiner militärischen Überlegenheit zu blamieren. Das führte im jüngsten Irakkrieg zu einer zunächst desolaten Reaktion: Statt den USA eine einige Euro-»Friedensmacht« (SPD-Wahlmotto zur Europa-Wahl 2004) entgegenzustellen, zerfiel die Union in US-freundliche Kriegsbefürworter und kerneuropäische Kriegsgegner. Die US-Regierung gab sich redlich Mühe, mit ihrer Einteilung Europas in »Neu« und »Alt« den Keil tiefer zu treiben.

Rumsfelds »neues Europa« dagegen nahm das amerikanische Angebot der Teilhabe an der US-Weltmacht durch Unterordnung an. Großbritannien und einige zweitrangige EU-Staaten - Spanien, Italien, die osteuropäischen Beitrittsstaaten - versuchten, durch eine Teilnahme an der »Koalition der Willigen« ihr Gewicht innerhalb der europäischen Rangordnung zu erhöhen. Frankreich und Deutschland hingegen forderten angesichts der amerikanischen Machtentfaltung nun eine Stärkung der EU-Militärkapazitäten mit eigenmächtiger Ausrichtung und nicht nur innerhalb der bestehenden transatlantischen Strukturen wie z. B. der Nato, die auch von allen anderen befürwortet werden.

»Europa war immer mehr als nur ein ökonomisches Projekt. Sein politisches und wirtschaftliches Gewicht, die Verflechtungen mit anderen Regionen der Welt, seine globalen Interessen und seine Gefährdungen durch globale Risiken zwingen das integrierte Europa dazu, eine Rolle als selbständiger Akteur innerhalb und außer-

halb Europas wahrzunehmen«<sup>20</sup>,

erklärte Bundesverteidigungsminister Struck. Und sein Kanzler meinte, dass verstärkte Machtentfaltung nach außen und beschleunigter Sozialabbau nach innen zusammengehören:

»Der Zuwachs an Selbständigkeit in der Außenpolitik ... muss materiell durch Reformen unterlegt sein. Nur ein wirtschaftlich starkes Deutschland kann glaubwürdig eine selbstbewusste Rolle im Bündnis spielen.«<sup>21</sup>

## Streit um Währung, Militär und Verfassung: Europas interne Machtfrage

Deutschland und Frankreich eröffnen den Kampf um Über- und Unterordnung in Europa neu. Sie tun dies auf der Basis ihrer bereits solide verankerten wirtschaftlichen Macht, die sie quasi als Erpressungsmittel innerhalb Europas einsetzen: Das EU-Bruttosozialprodukt betrug im Jahr 2003 rund 8.500 Milliarden Dollar. Wirtschaftsstärkste Macht ist Deutschland (2.060 Milliarden Dollar), gefolgt von Großbritannien (1.460), Frankreich (1.440), Italien (1.160) und - mit großem Abstand - Spanien (600).<sup>22</sup> Die Auseinandersetzung findet vor allem an drei Fronten statt: beim Euro, beim Militär und bei der EU-Verfassung. Im Streit um die Euro-Stabilitätskriterien - die Deutschland wie auch Frankreich permanent verletzen - stellen sich beide Nationen auf den Standpunkt der Macht. Gegenüber den kleineren Staaten verweisen sie auf das Gewicht ihrer Ökonomien, betonen die Abhängigkeit der EU-Wirtschaft von diesen und verlangen eine Sonderstellung: Die kompromisslose Orientierung auf den nationalen Vorteil kommentiert die EU-Kommission als »institutionellen Bruch, der die Union in eine sehr ernste Situation der Ungleichheit zwischen den verschiedenen Ländern bringt«<sup>23</sup>.

Deutschland und Frankreich bestehen mit dem Hinweis auf ihre ökonomische Überlegenheit auf Unterordnung der nationalen Interessen der anderen EU-Staaten unter ihr Interesse. So wird aus der Krisenlage eine Offensive in der Machtfrage.

In das militärische Aufbauprogramm versuchen Deutschland und Frankreich die militärisch stärkste EU-Macht Großbritannien einzubinden. Im EU-Verfassungsentwurf von 2003 wollten die drei militärischen Hauptmächte eigenständig über Militäreinsätze entscheiden können, was auf eine faktische Entmachtung der Rest-Mitglieder hinausgelaufen wäre. Das wird bemerkt:

»Tatsächlich werden Frankreich, Deutschland und Großbritannien über Europas Verteidigungs-, Außen- und Sicherheitspolitik entscheiden.«<sup>24</sup>

Dennoch verständigten sich die drei Staaten auf dem Gipfeltreffen ihrer Regierungschefs im Februar

<sup>20</sup> Strucks Eröffnungsrede auf dem 2. Europäischen Verteidigungskongress in Berlin, 9.12.2003.

<sup>21</sup> Interview mit: Der Spiegel 01/2004.

<sup>22</sup> Zum Vergleich: Das BSP der USA beträgt rund 10.000 Milliarden Dollar; vgl. Fischer Weltalmanach 2004.

<sup>23</sup> El Pais, 26.11.2003.

<sup>24</sup> Observer, 30.11.2003.

2004 auf eine verstärkte Kooperation in Militärfragen und bilden damit eine die Militarisierung der EU auch jenseits des Verfassungsprozesses vorantreibende Dreiergruppe. So setzen Großbritannien, Frankreich und Deutschland ganz nach amerikanischem Vorbild Fakten, weil jeder über seinen führenden Einfluss in der EU zum ebenbürtigen Kontrahenten (»Partner«) der USA aufsteigen will. Rest-Europa wird zum Mitmachen aufgefordert.

## Der EU-Militärapparat

Folgende fünf Bausteine eines EU-Militärapparates erweitern die Kriegsführungsfähigkeit der EU<sup>25</sup>:

1. Diverse *multinationale Korps* (»stehende« Armee) [Stand: 2003]

Truppe	Beteiligte Nationen	Truppenstärke	Aufgabe
Eurokorps	DE, BE, ES, FR, LUX	ca 70.000 (und mehr)	Interventionen aller Art, Nato
Eurofor	ES, FR, IT, PT	bis 10.000	schnelle Eingreiftruppe
Euromarfor	ES, FR, IT, PT	Einsatzverband <sup>26</sup>	»Krisenmanagement im Mittelmeerraum«
Europäische Luftfahrtgruppe	DE, BE, ES, FR, IT, GB	-	Ressourcenpool
Multinationale Division	GB (Führung), DE, BE, NL	15.600	WEU, aufgelöst 2002
Deutsch-niederländisches Korps	DE, NL	27.000+13.000	schnelle Eingreiftruppe
Deutsch-franz. Brigade	DE, FR	seit 1993 im Eurokorps	Interventionen aller Art, Nato
Multinationales Korps Nordost	DE, DK, PO	drei Divisionen	Interventionen aller Art, Nato

Diese Aufstellungen gibt es schon länger. Bisher fanden ihre Kriegs- und Besatzungseinsätze innerhalb von Nato-Unternehmungen statt. Denn solange die europäischen Militärkapazitäten noch deutlich hinter den US-amerikanischen zurückbleiben, macht es auch innerhalb der Logik eines europäischen Projekts Sinn, die eigenen Interessen als Juniorpartner und im Rahmen der Nato eher vermittelt durchzusetzen als gar nicht.

2. Die *EU-Interventionstruppe [EUFOR]* (mobilisierbar aus bereitgestellten Kontingenten der Mitgliedsstaaten) wurde 1999 beschlossen und konzipiert mit 60.000 Soldaten und Soldatinnen, einsetzbar innerhalb von zwei Monaten und für bis zu einem Jahr weltweit. Die alleine im Heeresbereich [anfangs] bereitgestellten Kontingente nach Staaten [Stand: 2003]<sup>27</sup>:

DE	18.000
GB	12.500
IT	12.500
FR	12.000
ES	6.000
NL	2.000
GR	5.000
PT	3.500
Ö	2.000
FIN	2.000
SV	1.440
BE	1.000
IRL	850
LUX	100
<i>Gesamt</i>	<i>78.890</i>

<sup>25</sup> Vgl. Pflüger, T.: *Durch (Kern)Europa zum weltweiten Militäreinsatz*, In: Friedrich, R. / Pflüger, T. (Hg.): *In welcher Verfassung ist Europa? Europäische Union: Militarisierung und Flüchtlingsabwehr*. Grafenau 2004 (21-36), 25f und die IMI-Broschüre „*Die verfasste Militarisierung*“. Tübingen 2004. <http://www.imi-online.de/download/EU-Broschuere.pdf>.

<sup>26</sup> Zur Zusammensetzung vgl. <http://www.defense.gouv.fr>.

<sup>27</sup> Nach: *The Military Balance 2002/2003*, ISS London, Oktober 2002; zit. nach IMI: *Die verfasste Militarisierung*.

Hinzu kamen mehr als 10.000 Soldaten aus nicht-EU-Staaten (z. B. Türkei: 4.500) und insgesamt mindestens 400 Kampfflzeuge und 100 Schiffe. [...Die Nato-unabhängig konzipierte Truppe hatte bereits Einsätze in Mazedonien (EUFOR Concordia, März-Dez. 2003), Kongo (Operation „Artemis“, Mai-Sept. 2003; EUFOR RD Congo, Juni-Dez. 2006), ist seit Dezember 2004 in Bosnien-Herzegowina („Althea“-Mission) und demnächst im Tschad (EUFOR Tschad/RCA, sogen. „Darfur-Konflikt“). An fast allen Einsätzen ist Deutschland neben Frankreich am maßgeblichsten an der Truppenstärke beteiligt, abgesehen von dem neuen Einsatz im so genannten Darfur-Konflikt, an dem sich Deutschland aber in hohem Maße finanziell beteiligt.<sup>28</sup>] Es fällt auf, dass die Einsätze in Weltgegenden stattfinden, die von EU-Außenpolitikern offensichtlich als *ihre* Einflusssphären angesehen werden (die kolonialgeschichtlichen Kontinuitäten sind nicht zu übersehen). Die Kriegseinsätze der Interventionstruppe laufen unter der Leitung des

3. *Operation Headquarters* der Europäischen Union, Kern desselben im Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam-Geltow (»operativer Führungsstab auf Armee-Ebene«<sup>29</sup>; de facto-Generalstab) unter Führung eines deutschen Generals.

4. *Battle Groups* sieben bis neun Elitekampfeinheiten (D, FR, GB) zu je 1.500 Mann, einsetzbar innerhalb von zwei Wochen für ein bis vier Monate weltweit. Hierunter fallen z. B. die KSK in Calw. Nicht mehr nur die USA sollen zu weltweiten Blitzinterventionen mit »robustem Mandat«, d.h. mit Kampfauftrag in der Lage sein. [Hinzu kommt seit 2003 eine European Rapid Reaction Force (ERRF), die 50 - 60.000 Soldaten innerhalb von 60 Tagen für bis zu einem Jahr in ein Krisengebiet schicken kann. Während ERRF dementsprechend für längere Aufenthalte benutzt wird, sind die Battle Groups schnell und für kurze Zeit einsetzbar. Im Sommer 2006 wurden Truppen zur Absicherung der Wahlen im Kongo eingesetzt, mit der Begründung, gegebenenfalls bei Ausschreitungen eingreifen zu können.<sup>30</sup>]

5. *Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten*, dessen Einrichtung jenseits des damals ins Stocken geratenen Verfassungsprozesses auf dem Gipfel in Rom im November 2003 beschlossen wurde. Im Rahmen der Einigung über das Solana-Papier beschlossen die europäischen Regierungen gleich auch die Aufrüstungsverpflichtung, die ebenfalls in der Verfassung vorgesehen ist. Wieder einmal setzen sich die Regierungen damit durch einen auf europäischer Ebene selbst geschaffenen Sachzwang (und die Schaffung einer Behörde zu dessen Durchsetzung) unter Druck, um dann im nationalen Rahmen und unter dem Verweis auf Brüssel nicht mehr anders zu können. Ziel wird es sein, die Rüstungshaushalte aufzustocken und die Rüstungsausgaben zu koordinieren, bei den EU-

weiten Reformen mehr Ressourcen für Rüstungsprojekte abzuweigen und durch Koordination und Arbeitsteilung die militärische Schlagkraft zu steigern.

Die derzeitige Entwicklung der Militärapparate auf EU-Ebene zeigt deutlich die Orientierung der EU auf den Aufbau von Truppen und Führungsstrukturen, die von Nato und USA unabhängig sind und sein sollen.

»Damit wollen die EU-Regierungen die Möglichkeit schaffen, Militärinterventionen durchzuführen, an denen die US-Regierung kein Interesse hat oder bei denen einzelne oder alle EU-Staaten ein anderes Interesse als das der US-Regierung haben. Insofern deutet sich durchaus auch ein Konkurrenzverhältnis von Europäischer Union und USA an.«<sup>31</sup>

### Umbau der Bundeswehr und Gesetzesänderungen in Deutschland

Ganz direkt im Kontext dieses europäischen Truppenaufbaus sind mehrere Maßnahmen der Bundesregierung zu sehen:

1. Der unter Rot-Grün eingeleitete *Umbau der Bundeswehr* läuft auf die Einrichtung einer dreigliedrigen Bundeswehr hinaus: 35.000 Eingreifkräfte (für Kampfeinsätze), 70.000 Stabilisierungskräfte (für Besatzungseinsätze) sowie eine nicht näher quantifizierte Zahl Unterstützungskräfte (bei einer gesamten Truppenstärke von etwa 250.000). Die Ausrüstung der »Bundeswehr 2010« leitet sich zum einen aus der künftigen Hauptaufgabe Krisenbewältigung und Konfliktverhütung ab, zum anderen aus dem Einsatzgebiet, das »im wesentlichen außerhalb der europäischen Grenzen« liegen dürfte, so Generalinspekteur Schneiderhan.<sup>32</sup>

2. Paragraph 14 [des im September 2004 beschlossenen] *Luftsicherheitsgesetzes* [hätte] der Bundesregierung die Möglichkeit zum Abschuss von Passagierflugzeugen im Falle terroristischer Angriffe [verschafft. Doch das Bundesverfassungsgericht entschied am 15.02.2006, dass §14, Abs.3 des Luftsicherheitsgesetzes (Abschuss eines entführten Zivilflugzeuges) verfassungswidrig ist.] Befehls- und Kommandogewalt über die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten [sollte] der Bundesminister der Verteidigung [haben unter Ausschluss des Bundestages].

3. Es [gab] Überlegungen, die Ermächtigung der Exekutive, die durch das Luftsicherheitsgesetz für den Bereich der Luftwaffe durchgesetzt [gewesen wäre], auch auf die *Marine* auszudehnen.<sup>33</sup>

4. Mit Hilfe des *Entsendegesetzes* ermächtigt sich die Regierung, über einen Teil der Auslandseinsätze der Bundeswehr zu

<sup>28</sup> Vgl. die Fact-Sheets zu den jeweiligen Einsätzen auf <http://www.imi-online.de>

<sup>29</sup> FAZ, 10.07.2001.

<sup>30</sup> [www.weltpolitik.net/print/3117.html](http://www.weltpolitik.net/print/3117.html).

<sup>31</sup> Pflüger: *(Kern)Europa*, 27.

<sup>32</sup> FAZ, 19.11.2003.

<sup>33</sup> Struck im Interview der „Lübecker Nachrichten“, 4. Juni 2004.

entscheiden.<sup>34</sup> Im Frühjahr 2004 beschließt der Bundestag, dass er in Zukunft über kleinere Einsätze und Unterstützungsoperationen gar nicht mehr zu befinden hat (»vereinfachtes Zustimmungsverfahren«<sup>35</sup>). Selbst große Einsätze und Kampfeinsätze sollen bei »Gefahr im Verzug« oder bei »Evakuierungseinsätzen« am Parlament vorbei durch die Regierung betrieben werden dürfen. Das von seinen Befürwortern auch »Parlamentsbeteiligungsgesetz« genannte Vorhaben ist in seiner Substanz ein »Parlamentsselbstentmachtungsgesetz«: [„Die Bundeswehr führt Krieg und keiner bekommt es mit.“ (Gesine Lötsch, PDS, 2004)]

Die deutsche Truppenstruktur wird ganz auf globalen Militärinterventionismus im europäischen Rahmen umgebaut. Die Bundesregierung löst die Bundeswehr zunehmend aus dem Kontrollbereich des Bundestages, um sie möglichst reibungslos in die europäischen Militärstrukturen eingliedern und bei den europäischen Militäreinsätzen mitmachen lassen zu können. Da auf europäischer Ebene (bspw. im Verfassungsentwurf) keine Kontrolle (nicht einmal durch das Europaparlament) vorgesehen ist, wird die Bundeswehr dadurch nicht nur grundgesetzwidrig von einer Parlaments- zu einer Regierungsarmee. [...]

## EU-Verfassung und EU-Militärverfassung

Öffentlich gestritten [wurde] anhand der europäischen Verfassung scheinbar kleinlich um Abstimmungsregeln. Dabei geht es jedoch um die Frage, wer wen zu was in Europa wird zwingen können - auch in der Außen- und Militärpolitik. [...] So hat auch das Thema EU-Verfassung seine militärpolitische Bedeutung.

[Im Oktober 2007 wurde der EU-Reformvertrag, „Vertrag von Lissabon“ verabschiedet. Mit ihm soll die rechtliche Grundlage für eine globale Kriegsführungsfähigkeit der EU geschaffen werden. Er ist bis in die einzelnen Formulierungen hinein identisch mit dem gescheiterten EU-Verfassungsvertrag und liefert die militärische Ergänzung zur neoliberalen europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik. Ohne öffentliche Debatte/Abstimmung werden zentrale Bestimmungen des EU-Verfassungsvertrages klammheimlich durchgesetzt.

Die europäische Militärverfassung wurde bereits 2002 diskutiert und im Dezember 2003 einstimmig beschlossen: in Form der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS; besser bekannt als »Solana-Papier«) mit dem vielversprechenden Titel »Ein sicheres Europa in einer besseren Welt«. Das Papier enthält in verklausulierter Form das Präventivkriegskonzept, das noch im Herbst 2002, als es von der US-Regierung in ihrer *National Security Strategie*

formuliert worden war, in der europäischen Öffentlichkeit heftig kritisiert wurde. Der innereuropäische Dissens betrifft die angestrebte gemeinsame Kriegsführungsfähigkeit jedoch nicht.

Auch der „Vertrag von Lissabon“ schreibt Militarisierung fest, wie schon der Verfassungsvertrag, der 2005 im Europäischen Parlament beschlossen wurde:

- Eine Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedsstaaten (Art. 1-41,3).
- Die Einrichtung eines Amtes für die Kontrolle und Umsetzung von Aufrüstung (Art. 1-41,3 und III-311) und die Einrichtung des Amtes des europäischen Außenministers (Art. 1-28 u. a.).
- Kampfeinsätze der EU-Truppen ohne jede territoriale Begrenzung (Art. 111-309,1).
- Die Institutionalisierung der kerneuropäischen Zusammenarbeit, die die Militarisierung der EU forciert (Art. 1-41, 6+7).
- Terrorbekämpfung auch in »Drittstaaten« (Art. 111-309,1).
- Entscheidungen über Militäreinsätze durch den Ministerrat der EU. Die Mitgliedsstaaten werden in der Folge mit der Kriegführung beauftragt (Art. 1-41, 4+5).
- Außenpolitische Entscheidungen und Militäreinsätze ohne allzu große Kontrolle durch die - im Regelfall ja eh zustimmungswilligen - nationalen Parlamente oder das Europäische Parlament. Letzteres wird lediglich regelmäßig »auf dem laufenden gehalten« (Art. 1-41, 8) und kann »Anfragen« stellen (Art. 111-304, 2).
- Verzicht auf Kontrolle der Außenpolitik des Ministerrats durch die Judikative, also etwa den europäischen Gerichtshof (Art. 111-376).

Die grundsätzliche Richtung einer europäischen Außen- und Militärpolitik steht also nicht zur Disposition. Vielmehr ist sie auf der Ebene von Regierungsabsprachen schon beschlossene Sache. Die Ideologie der militärischen Verantwortungsübernahme und militärisches Selbstbewusstsein werden zentrale Bestandteile der neuen »Europäischen Identität« als »Friedens-« bzw. »Zivilmacht«. Entgegen der Forderung der kleinen, auf dem Europäischen Sozialforum in Paris 2003 immerhin schon internationalisierten Kampagne »Stoppt die Militarisierung der EU!« wird die europäische Verfassung ihre Wirkung nicht nur auf der Ebene der Identitätsbildung und Legitimationsbeschaffung für Europa entfalten, sondern auch sehr materielle Folgen haben: Indem sie als die Nationalstaaten bindendes Verfassungsrecht<sup>36</sup> einen tatsächlichen, europaweiten Militarisierungsschub nach sich ziehen wird, wird sie die Rolle der EU gegenüber den USA von der wirtschaftspolitischen Konkurrenz in Richtung der militärischen Rivalität verschieben.

<sup>34</sup> „Das Vorhaben der Regierung (SPD/Grüne), Kriegseinsätze so unkompliziert wie möglich zu beschließen, ist auf breite Zustimmung gestoßen.“ (Frank Brendle, JW 24.03.2004)

<sup>35</sup> Ein Auftrag gilt ohne förmlichen Bundestagsbeschluss, wenn nicht binnen sieben Tagen eine Fraktion oder fünf Prozent aller Abgeordneten widersprechen haben. Was nach Kontrolle klingt, ist in Wirklichkeit eine Umkehrung der Beweislast: Nicht mehr die Regierung muss ihre Militäreinsätze ausführlich begründen, sondern das Parlament oder Teile desselben seine Einwände dagegen. Die extrem knappe Frist macht den parlamentarischen Einspruch zusätzlich unwahrscheinlich.

<sup>36</sup> »Die EU-Verfassung wird nach ihrer Verabschiedung über den nationalen Verfassungen stehen - auch über den (noch) relativ restriktiven Vorgaben des Grundgesetzes zum Einsatz der Bundeswehr« (www.imi-online.de).

## Europas eigene Wege

Auch in Fragen des Militärgeräts versucht Europa eigene Wege zu gehen. Denn bis heute verfügt die US-Regierung über militärische Möglichkeiten, die die Europäer alleine nicht besitzen (auch wenn sie die technischen Möglichkeiten zu deren Aufbau vielleicht längst haben und es bisher nur am politischen Willen und den finanziellen Mitteln dafür mangelte). Ausdruck dieses Ungleichgewichts ist auch die Tatsache, [...dass die USA rund 46 Prozent der Weltrüstungsausgaben bestreiten, die EU-Mitgliedsstaaten dagegen viel weniger<sup>37</sup>].

Die EU hat daher auch ihre Rüstungskooperation intensiviert und versucht, durch Kooperationen und Fusionen international schlagkräftige und mit den USA konkurrenzfähige Rüstungskonglomerate zu entwickeln. [...] [Das Mehrzweckkampfflugzeug Eurofighter gehört zum Beispiel zu den größeren Rüstungsprojekten der EU.]

Auch versuchen die EU-Staaten, ihrer Rüstungsindustrie strategisch unliebsame Kooperationen zu verbieten und sie vor Übernahmen durch US-Konzerne zu schützen. Um den »Ausverkauf« speziell deutscher Rüstungstechnik über den Atlantik zu verhindern, wurde ein neues Außenwirtschaftsgesetz beschlossen, das den Verkauf deutscher Rüstungsunternehmen ans Ausland an eine besondere Genehmigung der Regierung knüpft. Frankreich verfügt schon lange über ein solches Vetorecht. Flankierend dazu werden »europäische Champions« geschmiedet:

»Nationale Lösungen haben in den vergangenen Wochen verhindert, daß die Kieler U-Boot-Werft HDW sowie der britische Panzerbauer Alvis in die Hände der amerikanischen Konkurrenz fällt. Alvis wird nun statt vom US-Konzern General Dynamics von der britischen BAE Systems übernommen. Thyssen-Krupp hat HDW vom US-Investor OEP zurückgekauft und will das Traditionsunternehmen einem deutschen Werften-Verband hinzufügen ... >Das Interesse ist außerordentlich groß, daß es keine weiteren US-Übernahmen mehr gibt<, pflichtet auch Bernd Siebert, CDU-Wehrexperte bei ... Im Marinebereich ist eine spätere deutsch-französische Werftenfusion angedacht.«<sup>38</sup>

Laut Rainer Arnold, dem verteidigungspolitischen Sprecher der SPD, haben

»die aktuellen Übernahmen noch nicht zwingend eine europäische Stoßrichtung. Momentan gehe es darum, die nationalen Interessen zu sichern. Immerhin sei dies aber die Voraus-

setzung für anschließende europäische Rüstungsverbünde.«<sup>39</sup>

Auch die Herausbildung eigenständiger militärischer Stabsstrukturen und die ersten rein europäischen Militärinterventionen [s.o. EUFOR] müssen als Ablösung aus strukturellen Abhängigkeiten von US-Ressourcen gewertet werden. Nur unwesentlich überspitzt ließe sich diese Emanzipation des imperialistischen Zöglings Europa vom US-amerikanischen Ziehvater als *Antiimperialismus neuen Typs* bezeichnen: Die Imperialisten sind immer die anderen. [...]

Dauerhaft Ursache für eine transatlantische Gegnerschaft besteht in der Rivalität um das »Weltgeld«<sup>40</sup>, denn auf diesem Konfliktfeld wird ein grundsätzlicherer Zusammenhang von militärischer Macht und *deficit spending* wirksam: Eine Weltmacht, die keine militärische Konkurrenz zu fürchten hat und dadurch in der Lage ist, weltweit oder wenigstens in einem wirtschaftlich relevanten Teil der Welt die Regeln zu setzen und zur Not auch militärisch durchzusetzen, muss sich nicht sehr um einen ausgeglichenen Haushalt kümmern. Auch bei noch so großem Defizit steht hinter ihrem Geld zwar nicht Gold oder materielle Wirtschaftsleistung, aber die Drohung mit dem überlegenen Militärapparat. Je weiter die militärisch institutionelle Integration, die Ausbildung und Wirksamkeit des EU-staatlichen Gewaltmonopols in Richtung einer Ebenbürtigkeit mit den USA entwickelt wird, desto unwichtiger wird die Einhaltung aller Stabilitätskriterien. Nicht mehr die Verpflichtung auf gemeinsame Regeln zur Haushaltsgestaltung schafft dann das Vertrauen der Finanzmärkte in den Euro, sondern die pure militärische Gewalt. Demonstriert wurde und wird dieser Zusammenhang bisher alleine von den USA, die sich selbst und gerade in Zeiten ökonomischer Krise und sinkender Staatseinnahmen gigantische Defizite leisten können. Zwar leidet der Dollar-Kurs zeitweise unter den exorbitanten Haushaltsdefiziten von 400 Milliarden Dollar und mehr pro Jahr, nicht aber der Dollar als Währung - als Kredit der weltweit überlegenen Weltmacht.

Die USA werden ihre privilegierte weltpolitische Position, die kontinuierliches (und nicht nur konjunkturelles) *deficit spending* möglich macht, nicht kampflos aufgeben. Insofern war der Irakkrieg 2003 auch der erste Stellvertreterkrieg einer sich abzeichnenden Blockkonfrontation neuen Typs. Teilnahme und Nichtteilnahme am Krieg entschieden sich bereits wesentlich entlang der Rollenverteilung innerhalb eines ganz anderen Konflikts: der Rivalität zwischen Dollar und Euro um das Weltgeld. Nicht mehr zwei Vergesellschaftungsmodelle treten sich - wie im Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts - konkurrierend gegenüber, sondern zwei Währungsblöcke. Es wäre ein großer Fehler, Hoffnung in ein geeintes Europa als Welt-Friedensmacht und zivilisatorischen Gegenpol zu den USA zu setzen. Denn:

»Die Wahl zwischen einer von den USA allein

<sup>37</sup> Croll, Peter (2007): BICC - Presseerklärung vom 22.05.07, Jahresbericht 2006/ 2007 (www.bicc.de). Die globalen Gesamtausgaben übersteigen 2006/07 erstmals eine Grenze von einer Billion Dollar, was ungefähr 2,5 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Die Weltrüstungsausgaben der USA betragen 2005 466.6 Milliarden Dollar. Zum Vergleich: GB 54 Milliarden Dollar / Frankreich 51 Milliarden / Japan 45 Milliarden Dollar / Deutschland 35. Milliarden. (Le Monde Diplomatique (2006): Atlas der Globalisierung, Berlin/ Paris, S. 70).

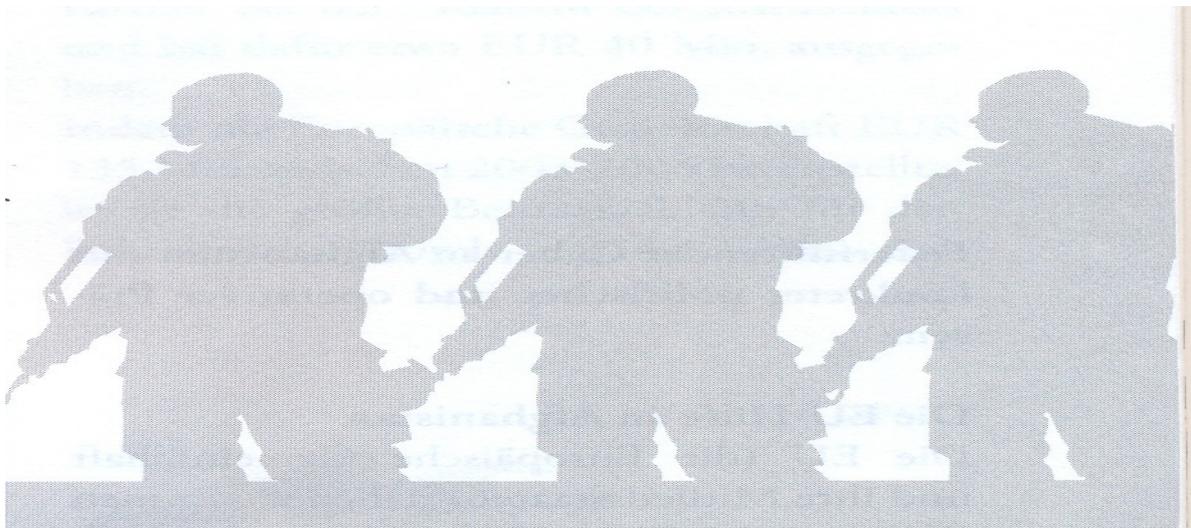
<sup>38</sup> Andreas Rinke: »Europäer sichern ihre Rüstungsindustrie«, Handelsblatt 11.6.2004.

<sup>39</sup> Ebd (Rinke).

<sup>40</sup> Vgl. Altvater: *Die Währung des schwarzen Goldes. Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt*, In: Sand im Getriebe (Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung) (17/2003), 2-4.

diktieren und einer von der EU mitbeherrschten imperialistischen Weltordnung kann für die große Mehrheit der Menschen keine sinnvolle Alternative sein. Eine gemeinsam vom USA- und EU-Imperialismus ausgebeutete Welt ist nicht

besser als eine vom US-Imperialismus allein beherrschte.« (Politik: *Sozialabbau und Weltmachtkurs*, 25.)



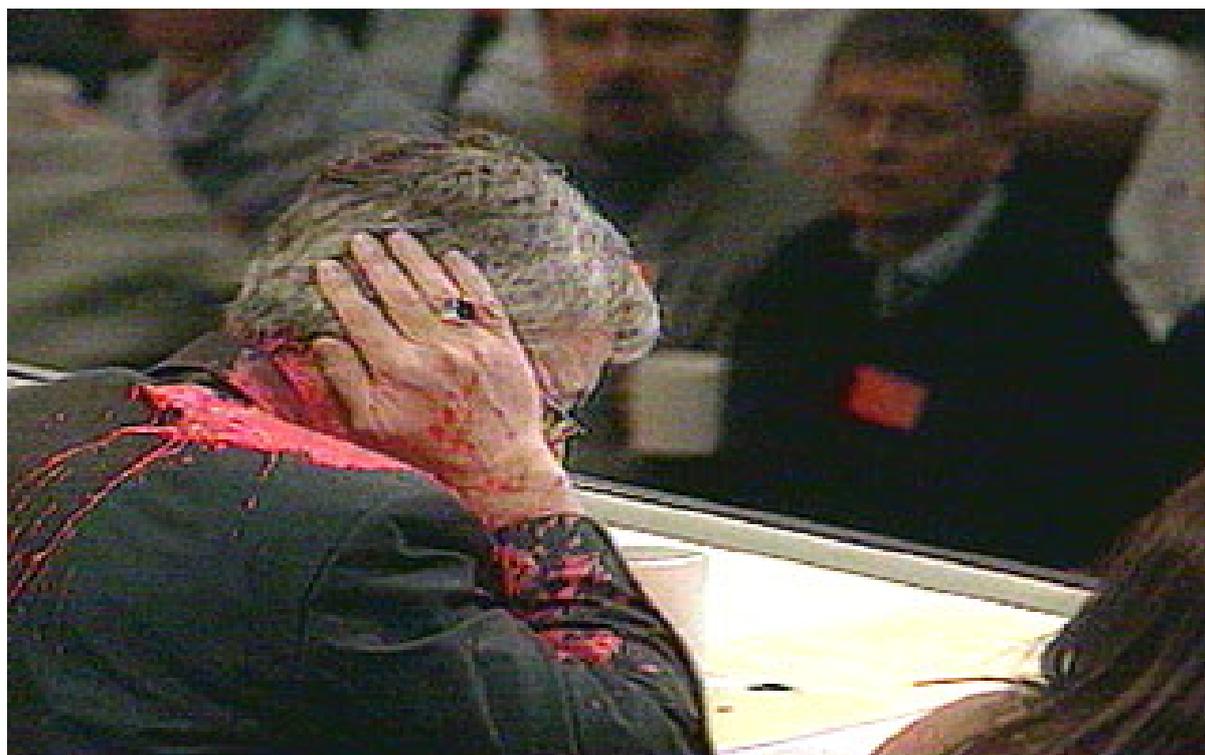
## **Farbbeutel gegen Außenminister Fischer auf dem Parteitag der Grünen 1999**

### **Antikriegsbewegung, Personifizierung und Geschlechterkampf**

**Auszüge aus dem Gespräch mit der Farbbeutelferferin**, aus: *Graswurzelrevolution* 248, April 2000

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen den bündnisgrünen Kriegsparteitag 1999 ist auch Sami-

ra F., die einen Farbbeutel auf Joseph Fischer geworfen hat, angeklagt. Samiras und die weiteren Verfahren sind eine Gelegenheit, Antikriegspositionen kenntlich zu machen und den vergangenen Krieg und die Kriegsfolgen noch einmal ans Licht der Öffentlichkeit zu holen.



**Frage:** Wie bewertest Du heute die Antikriegsaktion?

**Samira:** Es hat keine Antikriegsbewegung gegeben. Wir sind am Punkt Null. Wir müssen mit unseren Utopien und Ansätzen in Klausur gehen und fragen: Wieviele sind wir, und wie bauen wir eine Antikriegsbewegung auf? Wie ist die EU-Flüchtlingspolitik mit der Nato-Kriegspolitik verstrickt? Was bedeutet es, Deserteure zu unterstützen?

Der Versuch, den grünen Parteitag in Bielefeld zu verhindern, war der klarste Ansatz, den es damals gegen den Krieg gegeben hat. Beim Ostermarsch in Berlin zum Beispiel gab es kein Verhältnis zum Nationalismus eines Teils der DemonstrantInnen. Bei einer anderen Demonstration, bei der gebeten wurde, Milosevic-Plakate zu entfernen, sind Menschen aus Ex-Jugoslawien ausgesichert, und der vorwiegend autonome deutsche Flügel hat getrennt demonstriert. Fragmente von Strukturen haben versucht, sich zu diesem Krieg zu verhalten und sich an bestimmten Punkten zusammenzufügen. Nichts davon stand in einem Verhältnis dazu, dass jeden Tag bombardiert worden ist und auch nicht dazu, was die Linke hier für eine Geschichte hat und was für ein Potenzial es einmal gab.

**Frage:** Wie hast Du die Grünen beim Parteitag erlebt?

**Samira:** Ich war gelinde gesagt erstaunt, wieviel Zustimmung dieser Volltreffer bei den Delegierten im Nachhinein gehabt hat.

**Samira:** In Bielefeld waren tausend JournalistInnen, die auf die Entscheidung der Grünen zum Krieg warteten. Die Aktion hat nicht gewartet, sondern gesagt: Dieser Mann ist so oder so für den Krieg. Diese Partei ist eine Kriegspartei. Es gibt keine Verständigung mehr. Und im Ausland haben Menschen, die im Widerstand sind, gesehen, dass es hier eine Opposition gegen den Krieg gibt.

**Frage:** Der Farbbeutel hat aber auch Sympathien von bürgerlichen Friedensbewegten gekostet, die sich nicht mit solchen Würfeln solidarisieren wollen. Wie bewertest du das?

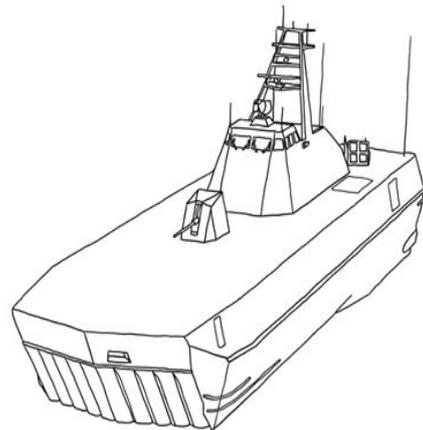
**Samira:** Tragisch. Das Ziel der Aktion war nicht, ihm das Trommelfell zu zerreißen. Aber diejenigen, die nicht dazu ins Verhältnis setzen können, dass 120 Bomben täglich abgeschossen werden und dass es deshalb darum geht, einen Fischer blutrot zu markieren und in seiner Funktion als Mörder sichtbar zu machen, müssen sich fragen, was ist eigentlich die Wirksamkeit ihrer Politik. Laut Human Rights Watch wurden nachweislich 500 ZivilistInnen durch Nato-Bomben getötet. Ich schätze jede entschlossene gewaltfreie Aktion. Aber dann sollen die Leute ihre adäquate Form finden, radikale Kritik gewaltfrei zum Ausdruck zu bringen. Was wollen wir machen? Ertragen wir einen Krieg? Wollen wir zusehen? Wollen wir im stillen Kämmerchen sitzen?

Man muss Widerstand immer zu den Zeiten und zu den Utopien ins Verhältnis setzen.

**Frage:** Der Farbbeutelwurf hat für dich persönlich gravierende Folgen gehabt.

**Samira:** Für mich ist wichtig, keine Heldin zu werden, ohne dass ich dabei negiere, dass ich in eine besondere Situation gekommen bin, von der Arbeit gekündigt, und Monate später erkennen mich noch fremde Menschen auf der Straße. Ich wurde als Transgender in der Zeitung angegriffen, mit der Überschrift "Transvestit besudelt Fischer". Das Interesse verlagerte sich von der Tat auf meine Person. "Ganz Berlin sucht den Mann im Rock".

**Samira:** Der Krieg mobilisiert die patriarchalen Strukturen. In die Institution Militär ist die patriarchale Funktion Mann eingeschrieben, auch wenn sie von einer biologischen Frau ausgekleidet werden kann. Wenn Frauen als Soldatinnen mit der Männlichkeitsmaschine Militär in Konflikt geraten, wird es als "Defekt" einzelner Soldaten interpretiert werden, die belästigen oder vergewaltigen. Das Militär braucht die Bipolarität Mann-Frau. Mein Bild in der Presse hat diese bipolare Sicht, die in der Gesellschaft verbreitet ist, gebrochen.



## Es gibt zu viele Bundeswehrfahrzeuge



### Dokumentation der Erklärung zum Brandanschlag auf dem Gelände der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg am 12.12.2007

Mit unserer Aktion reagieren wir auf die §129- und §129a-Verfahren der Bundesanwaltschaft (BAW) vom Mai, Juni und Juli 2007 gegen insgesamt 36 Beschuldigte aus der radikalen Linken. Dies ist unser Mobilisierungsbeitrag für die Antirepressionsdemo am 15.12.2007 in Hamburg. Wir feiern mit dieser Aktion die Aussetzung der Haftbefehle gegen drei Genossen, denen der Versuch vorgeworfen wird, drei LKWs der Bundeswehr mit Brandsätzen auszumustern. §129(a) Verfahren gegen radikale Linke und die Antirepressionsdemo:

Im Mai diesen Jahres hat die BAW Hausdurchsuchungen bei über 20 GenossInnen aus der radikalen Linken durchgeführt und Arbeitsmaterial beschlagnahmt. Diesem Überfall waren monatelange Observationen und Lauschangriffe vorausgegangen. Das Ziel der Staatsschutzbehörden war, Verantwortliche für zahlreiche Brandanschläge aus der militanten Kampagne gegen das G8 Treffen 2007 in Heiligendamm zu finden, Zusammenhänge der radikalen Linken auszuforschen, zu kriminalisieren und einzuschüchtern und in der Öffentlichkeit Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Das gleiche gilt für die Durchsuchungen im zweiten §129a Verfahren gegen 11 Beschuldigte aus der radikalen Linken, denen vorgeworfen wird, Brand

anschläge gegen Bundeswehrfahrzeuge und Rüstungsfirmen in Norddeutschland organisiert zu haben. Sie wurden im Juni mit Hausdurchsuchungen

und Vorladungen überzogen. Bei keinem der Betroffenen dieser Ermittlungen konnte irgendein Tatverdacht ansatzweise erhärtet werden. Im Juli wurden dann zunächst Florian, Oliver und Axel aus Berlin unmittelbar nach dem Versuch, 3 Bundeswehr-LKWs auszumustern, verhaftet. Ihnen wird zusätzlich, genauso wie 4 weiteren Beschuldigten, vorgeworfen, Mitglieder der "militanten gruppe" (mg) zu sein, die sich seit 2001 zu diversen Brandanschlägen bekannt hat. Der von der BAW zugrundegelegte Tatbestand der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" wurde allerdings inzwischen vom Bundesgerichtshof verworfen und alle bestehenden Haftbefehle deshalb ausgesetzt. Die Ermittlungsverfahren laufen in allen Fällen aber weiter. Insgesamt bedeuten diese Verfahren den massivsten Angriff des Staates gegen linksradikale Strukturen und militante Politik seit über 10 Jahren. Eine angemessene Antwort darauf kann nur sein, dass wir uns nicht einschüchtern lassen und alle Betroffenen mit unserer praktischen Solidarität unterstützen. Das heißt für uns konkret:

- die Intention der kriminalisierten Aktionen und die Strategie militanter linksradikaler Politik offensiv zu vermitteln
- die Berechtigung von Militanz und Sabotage als politischem Mittel gegen Imperialismus

und Krieg und für eine Befreiung von kapitalistischer Verwertung zu verteidigen

- und die Repression von Bullen und Justiz durch die Fortsetzung militanter Aktionen zu unterlaufen.

In diesem Sinne ist unsere Aktion auch ein Beitrag für eine möglichst kämpferische Demonstration am 15.12.07 in Hamburg. Die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg: Die Gründung der Hochschule der Bundeswehr geht zurück auf eine Initiative des Ex-Wehrmachtsleutnants Helmut Schmidt, dem ersten sozialdemokratischen Kriegsminister nach dem 2. Weltkrieg. Die Gründung war Bestandteil einer Bundeswehrreform, die von der damaligen Großen Koalition in Angriff genommen wurde. Die Hochschule der Bundeswehr ist seitdem militärische Ausbildungsstätte für Zeit- und Berufsoffiziere. Sie ist darüber hinaus auch eine militärische Einrichtung für Kriegsforschung. Hier werden strategische Planspiele entwickelt und die Effektivität von Besatzungsregimen und Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen erforscht. Hier werden die taktischen Möglichkeiten neuer Waffentechnologien simuliert, die sozialen, politischen und militärischen Auswirkungen veränderter globaler und regionaler Machtkonstellationen untersucht und für die militärischen Konzeptionen von Bundeswehr und NATO nutzbar gemacht. Hier wird zwar nicht das Kanonenfutter abgerichtet, hier werden aber die Strategen, Administratoren und Kommandeure für staatliches Morden gezüchtet. Neben der Blankeneser Führungsakademie ist

die Hochschule der Bundeswehr eine der letzten verbliebenen Einrichtungen der deutschen Armee in Hamburg.

Besonders mit Blick auf einen der Beschuldigten im Verfahren gegen die "militante Gruppe", dem vorgeworfen wird, sich als Wissenschaftler mit den von der "mg" bearbeiteten Themen beschäftigt zu haben, fanden wir die Hochschule der Bundeswehr als Terrain solidarischen Handelns sehr treffend. Auch bei der Auswahl der konkreten Transportmittel unserer politischen Intention fiel uns die Entscheidung nicht schwer. Angelehnt an ein Motto der bisherigen Solidaritätsarbeit und in Reminiszenz an die kriminalisierten Aktionen der drei Verfahren, schien uns ein chirurgischer Eingriff im Fuhrpark mit einem Brandsatz der Serie "Truppentransportertod" sehr angemessen.

Trotzdem: Es gibt immer noch viel zu viele Bundeswehr-Fahrzeuge!

Wir widmen diese Aktion allen Betroffenen der aktuellen Verfahren, wollen unserer besonderen Freude über die Aussetzung der Haftbefehle gegen Florian, Oliver und Axel Ausdruck geben und hoffen auf zahlreiche Nachahmung. Für uns ist der militant geführte Kampf gegen Armee und Krieg ein Teil im Kampf für eine allgemeine Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung und für eine Welt ohne Krieg und Erniedrigung.

KOMMT ZUR ANTIREPRESSIONSDEMO AM 15.12.07 IN HAMBURG!  
Gruppe militante Konversion,

Interim Nr. 666 vom 21.12.2007, 29.12.2007

## Aktion gegen das Kreiswehersatzamt in Wetzlar

**Zwei Mal in Folge wurden gegen das Kreiswehersatzamt in Wetzlar nachts und heimlich antimilitaristische Aktionen durchgeführt: 07. Juni 2004 mit vielen gesprühten Parolen, Farbe auf der Fassade und zerstörten Scheiben sowie 1 ½ Jahre zuvor am Tag des Kriegsbeginns gegen den Irak ein Brandanschlag von der Gruppe „feministisch-antimilitaristische Zelle“. Zu letztgenannter Gruppe konnte kein Text gefunden werden. Hier dokumentieren wir die Recherche des Bunten Nachrichten Dienstes zur Aktion von 2004.**

In der Nacht zum 8. Juni wurde ein Anschlag aus das Kreiswehersatzamt in Wetzlar verübt. Schon von Weitem waren antimilitaristische Parolen und Sprüche gegen die Aufrüstung der Europäischen Union zu lesen, u.a. „Wer die EU wählt, wählt Krieg“, „Bundeswehr abschaffen“ und „Abrüstung jetzt“. Bei näherem Hinsehen fielen zahlreiche, beschädigte Fensterscheiben und rot-grüne Farbbeutel auf. Inzwischen erreichte die Redaktion des

Bunten Nachrichten Dienstes (b.n.d.) ein anonymer Brief, der möglicherweise in Zusammenhang mit dem Anschlag steht. Die Ergebnisse einer ersten Recherche ...

### Bericht der Ereignisse

Ein Zusammenhang mit der anstehenden EU-Wahl ist nahe liegend, wie auch die Polizei vermutet. Im Polizeibericht heisst es dazu: „Gegen 02.30 Uhr heute Nacht (07.06.04) wurden der Polizei in Wetzlar verdächtige Geräusche im Bereich des Kreiswehersatzamtes in der Spilburgstraße gemeldet, eine Person sei weggelaufen. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief negativ. An der Fassade der Behörde stellten die Beamten fest, dass bisher Unbekannte mit Sprühfarbe die Wände beschmiert und Farbbeutel gegen das Haus geworfen hatten. Des Weiteren hatten sie mit Steinen mehrere Fenster im 1. Stock beschädigt.“ Das Reportage-Team des b.n.d. war vor Ort, um sich ein eigenes Bild von den angerichteten Schä-

den zu machen: Das Gebäude wurde von allen Seiten mit Farbbeuteln, dem Friedenszeichen und Parolen bestückt, teilweise mit sehr großen Lettern, so dass die Aussagen auch aus weiter Entfernung zu erkennen sind. Die Sprüche richten sich gegen Militär („Ohne Armeen kein Krieg“, „NATO Fighter runter holen“), Krieg („Nie wieder Krieg“) und stellen Bezüge zur Wahl her („Don't vote war“, „Wer die EU wählt wählt Krieg“). Eine ganze Reihe von Fensterscheiben war teilweise zerstört.

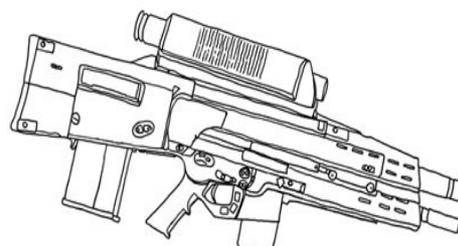
Die Veränderungen zogen die Aufmerksamkeit vieler Besucher eines direkt anliegenden Restaurants auf sich, da viele Gäste ihr Auto auf einem Parkplatz hinter dem Kreiswehrrersatzamt abstellen. Insgesamt wurde hier ein deutliches Zeichen gegen Militär und Krieg gesetzt. Innerhalb der letzten ein- einhalb Jahre ist das bereits die zweite militante Aktion gegen die Einrichtung. Zu Beginn des Irak-Kriegs hatten Unbekannte einen Brandanschlag auf das Kreiswehrrersatzamt verübt. Nach Angaben der Polizei hatte sich damals eine Gruppe namens „feministisch-antimilitaristische Zelle“ zu dem Anschlag bekannt.

### Bekennerschreiben mit ungeklärtem Hintergrund

Am 8. Juni ging in der Redaktion des Bunten Nachrichten Dienstes ein anonymer Bekennerbrief ein. Ein Zusammenhang mit dem Anschlag gegen das Kreiswehrrersatzamt geht nicht eindeutig aus dem Schreiben hervor, allerdings lautet die Überschrift „erklärung zu den aktionen gegen parteien, behoerden und militaer“, welche die Verfasser als „protest gegen die grossmacht europa“ bezeichnen. Zudem werden Aktionsmethoden begründet: „die zersplitternden fenster sind ausdruck unserer wut. Die farbe ist protest und traum einer bunten welt

zugleich.“ Im Wesentlichen setzt sich das Schreiben zusammen aus einem Aufuf zu „vielfältigem Widerstand gegen Europa, Wahlen und Herrschaft“, der vor kurzem in der autonomen Zeitung „Interim“ veröffentlicht wurde. Der Text ruft zu „Wahlprüfsteinen“ auf, u.a. werden Aktionen gegen Arbeitsämter, deutsche Rüstungsfirmen und Kreiswehrrersatzämter vorgeschlagen. Neben dem Bezug auf diesen Text haben die Verfasser am Rand eigene Kommentare hinterlassen, in dem sie die Anschläge begründen. Unterzeichnet ist der Text mit „autonome wichtel fuer freies leben“. Den Briefumschlag und die Erklärung haben wir eingescannt und dokumentieren beides an dieser Stelle.

Informationen zur Militarisierung der EU finden sich unter: <http://www.imi-online.de>



erklärung zu den anschlaegen gegen parteien, behoerden und militaer.

mit unseren aktionen wollen wir unseren protest gegen die grossmacht europa, den aufbau eines europaeischen militaers und die festung europa ausdruecken. die zersplitternden fenster sind ausdruck unserer wut. die farbe ist protest und traum von einer bunten welt zugleich.

der text in der mitte war unser anlass und ist somit auch unser motiv zum handeln.

wir wollen keine eurofighter, keine festung europa, keine europa-polizei und kein starkes europa als grossmacht in der welt. schon eine grossmacht ist zu viel. waehrend viele menschen hungern oder verarmen, planen andere riesige ausgaben fuer immer mehr innere und aeussere kriegsfuehrung.

am 13. juni, wenn wahl ist, ist es nicht vorbei. die luegenpropaganda der parteien wird weitergehen, die kriege gehen weiter, die rassistische normalitaet bleibt. wir machen auch weiter. kein haus, in dem die buettel der grossmacht sitzen, ist vor uns sicher.

fuer bunte waende, viele wahlpruefsteine und immer in der hoffnung, dass ihre apparate nicht so funktionieren, wie es gern wuenschen.

autonome wichtel fuer freies leben  
a.w.f.f.l. giessener bergland

## Feuer und Flamme der MAN in der Schweiz



Mit einem Anschlag am Freitag, 21 September 2007 auf zwei Busse der MAN in Otelfingen in der Schweiz wurde ein direkter Bezug zu den Verhaftungen von Olli, Florian, Axel und Andrej genommen sowie auf die antimilitaristische Aktion und die „militante gruppe“, die den Beschuldigten vorgeworfen werden. Hoher Sachschaden. Hier dokumentieren wir gekürzt zuerst eine Agentur Nachricht und anschließend das Schreiben der AktivistInnen zu ihrer Aktion.

**Millionenschaden bei Brandanschlag auf Schweizer MAN-Niederlassung**  
Bekennnerbrief nimmt Bezug auf deutsche "militante gruppe"

Otelfingen/Schweiz (AP) Ein Brandanschlag auf die Schweizer Niederlassung des deutschen Lastwagenkonzerns MAN in Otelfingen im Kanton Zürich hat in der Nacht zum Donnerstag einen Millionenschaden verursacht. In einem Bekennnerbrief wird ein Bezug zur deutschen «militanten gruppe» (mg) und zu Marco C. hergestellt, der in der Schweiz als «Ökoterrorist» bekannt ist. Die Feuerwehr wurde um 01.15 Uhr von einem Passanten alarmiert, nachdem auf dem Firmengelände der MAN Nutzfahrzeuge AG Feuer ausgebrochen war, wie die Kantonspolizei Zürich mitteilte. Beim Eintreffen der Löschkräfte standen auf dem umzäunten Areal zwei Reisebusse in Flammen. Die Feuerwehr konnte ein Übergreifen auf angrenzende Fahrzeuge und das Firmengebäude verhindern. Die beiden fabrikneuen Busse wurden aber vollständig zerstört. Durch die Hitzeeinwirkung entstand auch an weiteren abgestellten Fahrzeugen sowie am Firmengebäude Sachschaden, der auf mehr als eine Million Franken geschätzt wird. Verletzt wurde niemand. Die Spezialisten der Kantonspolizei Zürich gehen von Brandstiftung aus. (...)

Der als «Ökoterrorist» bekannt gewordene Marco C. hatte vergangene Woche einen 14-tägigen Hungerstreik angekündigt, um sich mit den in Deutschland inhaftierten «anarchistischen Revolutionären» zu solidarisieren. C. hatte in den 70-er Jahren mit Anschlägen auf Elektrizitätsanlagen und spektakulären Fluchtversuchen für Aufsehen gesorgt. Er wurde im März zudem wegen der Ermordung eines Grenzwachters 1989 zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und sitzt zur Zeit in der Strafanstalt Pöschwies in Regensburg.

### Bekennerschreiben von indymedia.ch

Flammende, kommunistische Grüße, haben wir bei der MAN in Otelfingen hinterlassen, für die vier in Berlin verhafteten Genossen und Marco Camenisch der sich im Hungerstreik befindet, hinterlassen. Ihnen wird die Mitgliedschaft in der "mg" (Militante

Gruppe) vorgeworfen. Damit greifen wir die Aktion gegen MAN auf, an der die drei beteiligt gewesen sein sollen (...). Ob die drei Genossen nun an der Aktion beteiligt waren oder nicht, ob sie zur "mg" gehören oder nicht spielt für uns eine untergeordnete Rolle. Unsere Solidarität gilt allen vier und natürlich der Struktur die mit diesem Angriff gemeint war.

### Schreckgespenst „mg“

Brennende Luxuskarossen der deutschen Wirtschafts- und Politführung, als direkte Aktionen gegen Sozialabbau und Ausbeutung, Anschläge gegen Polizeiautos und damit den Repressionsapparat. Gegen den Konzern MAN der die deutsche Bundeswehr beliefert, die damit die imperialistischen Gelüste der Bourgeoisie, z.B. in Afghanistan umzusetzen versucht.

Das alles wäre, in Zeiten von Terrorhysterie, Erklärung genug um die Hetze und den Schlag gegen angebliche Mitglieder der "mg" vor dem G8 in Heiligendamm, die Observierungen und anschließenden Verhaftungen vor einem Monat zu erklären. Es geht aber um mehr! Die "Militante Gruppe" ist angetreten in der Praxis mit Aktionen, sie sind angetreten auch auf einem theoretischen Feld um die Diskussion über militante, kommunistische Politik zu führen. Diese Theorie und die dazugehörige Praxis, die die "mg" immer in Verbindung mit der Ausbeutung und der Repression, des Imperialismus und der damit verbundenen Kriegsführung gebracht hat macht sie zur Zielscheibe. Die Kontinuität und dass die Diskussionen aufgenommen wurden lässt den Bourgeois und Staatsschützern keine Ruhe.

Natürlich auch nicht in dem Jahr in dem sich die Ermordung der Gefangenen aus der RAF im Stammheimer Knast zum 30sten mal jährt. Deshalb werden alle Anstrengungen unternommen diese Struktur zu zerschlagen. Wichtig ist aber dass die Diskussionen weitergeführt und die Praxis weiterentwickelt wird.

In diesem Sinne grüßen wir auch die Gefangenen in Italien die am 12. Februar, wegen des Aufbaus der PC p-m, verhaftet wurden. Im speziellen auch Marco Camenisch im Hungerstreik und denjenigen die sich im Solidaritätshungerstreik befinden.

mg (militante GenossInnen)

Quelle: Indymedia

## „Die Massen führen“

### GÜTERSLOH

(Eigener Bericht) - Der einflussreichste private Polit-Thinktank der Bundesrepublik verlangt eine umfassende Entmachtung der kleineren EU-Staaten auf dem Gebiet der Außen- und Militärpolitik. Dies geht aus einem soeben veröffentlichten Strategiepapier der Bertelsmann-Stiftung hervor. Das Papier, das die künftige globale Machtentfaltung "Europas" befördern soll, enthält weitreichende Vorschläge für die Formierung der EU, darunter die Forderung, einen "EU-Sicherheitsrat" zu installieren.

Dem Gremium, das die gesamte Sicherheitspolitik der EU zu überwachen habe, sollen nur die sieben Länder mit dem größten Militärhaushalt dauerhaft angehören. Die restlichen Staaten hätten sich dagegen mit einer befristeten, rotierenden Mitgliedschaft zufrieden zu geben, heißt es in dem Bertelsmann-Dokument. Es sieht außerdem umfangreiche Aufrüstungsprogramme vor und strebt machtpolitische Konkurrenzfähigkeit gegenüber den USA an. Weil die Bevölkerung der EU-Staaten gegenwärtig noch der Armutsbekämpfung den Vorrang vor globaler Machtentfaltung gibt, empfehlen die Autoren des Papiers gezielte Propagandamaßnahmen und entschiedene "Führung".

Das Strategiepapier, das die Firmenstiftung des Medienkonzerns Bertelsmann unter dem Titel "Beyond 2010 - European Grand Strategy in a Global Age" veröffentlicht hat, ist von der sogenannten Venusberg-Gruppe erstellt worden. Bei dieser handelt es sich um einen Expertenzirkel, der seit 1999 kontinuierlich tätig ist - ebenfalls auf Initiative der Bertelsmann-Stiftung, die als mit Abstand einflussreichster privater

Thinktank der Bundesrepublik gilt.[1] Zahlreiche Konzept- und Strategiepapiere der Stiftung sind in den vergangenen Jahren zur Grundlage für politische Maßnahmen Berlins und Brüssels geworden. In der

"Venusberg-Gruppe" arbeiten sechs Experten der Stiftung gemeinsam mit sieben weiteren Wissenschaftlern und Politikern aus unterschiedlichen europäischen Staaten an Blaupausen für die künftige EU-Außen- und Militärpolitik. Das jetzt vorliegende Dokument ist bereits ihr drittes umfassendes Strategiepapier.

### „Jetzt oder nie“

Mit der Veröffentlichung will die Bertelsmann-Stiftung eine Intensivierung der Debatte um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union erreichen. "Jetzt oder nie" müsse die Kooperation forciert werden, heißt es in

dem Papier – sonst stünden "dem europäischen Bürger akute Gefahren" bevor. Jedes Kapitel endet alarmistisch mit dem Satz: "Die Uhr tickt". Tatsächlich ist "Beyond 2010" nicht der Vermeidung von Gefahren gewidmet, sondern vielmehr der Frage, wie sich die globale Machtposition der EU vor dem weiteren Aufstieg Chinas und angesichts einer momentanen Schwäche der Vereinigten Staaten rasch befördern lässt.[2]

### „Kein Anhang mehr“

Wie die Autoren urteilen, sind die Grundlagen des transatlantischen Verhältnisses - die Führung der USA in der Zeit des Systemkonflikts - "nicht länger gültig". Bislang sei die europäische Politik "wenig mehr

als ein Anhang zur amerikanischen Strategie" gewesen. Nun aber sei "Multilateralismus" angesagt. Die EU müsse "ein modernisiertes transatlantisches Verhältnis" mit "strategischen Optionen" entwickeln,

fordert die "Venusberg-Gruppe". "Einfach gesagt: Die Amerikaner müssen offen für die Aussicht auf Partnerschaft sein; die Europäer müssen die Fähigkeiten besitzen, dies auch zu verdienen."

### „EU-Sicherheitsrat“

Zu diesen Fähigkeiten gehört den Autoren zufolge an erster Stelle eine außenpolitisch stark gestraffte und militärpolitisch hochgerüstete EU. Brüssel benötige nicht nur einen Außenminister, wie ihn der zur

Ratifizierung stehende EU-Vertrag jetzt vorsieht [3], sondern außerdem einen Auswärtigen Dienst sowie "mächtige Geheimdienst-Fähigkeiten". Die "Venusberg-Gruppe" schlägt darüber hinaus die Installation einer "Sicherheits- und Verteidigungs-Gruppe" unter dem Vorsitz des EU-Außenministers vor. Die Gruppe solle die Kontrolle über die gesamte Außen- und Militärpolitik des Bündnisses übernehmen und sich perspektivisch in einen "EU-Sicherheitsrat" transformieren.

### „Leadership Group“

Dabei wird, so heißt es in dem Papier, "ein neues Gleichgewicht zwischen Souveränität und Sicherheit" zu etablieren sein. Damit ist de facto nichts anderes als eine weitgehende Entmachtung kleinerer EU-Staaten gemeint. Wie die Bertelsmann-Experten vorschlagen, sollen in der "Sicherheits- und Verteidigungs-Gruppe" nur die sieben Länder mit dem (in absoluten Zahlen) größten Militärhaushalt ständig vertreten sein; dies sind Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, die

Niederlande sowie Polen ("leadership group"). Die restlichen EU-Mitglieder sollen jeweils befristet einen rotierenden Sitz in dem Gremium erhalten. In der Zwischenzeit sind sie für die Leitung subalternen "aufgabenorientierter Arbeitsgruppen" vorgesehen, die sich mit "spezifischen Sicherheitsthemen" wie "Klimawandel" oder "Bevölkerungswachstum" zu befassen haben.

### „Spezialkräfte, Raketenabwehr“

Eine Einschränkung nationaler Souveränitätsrechte sieht die "Venusberg-Gruppe" auch für militärische Belange vor. Demnach sollen zur Entlastung der führenden EU-Militärmächte die kleineren Mitgliedstaaten für die "gemeinsame Finanzierung" künftiger Truppeninterventionen herangezogen werden. Die Europäische Verteidigungsagentur müsse weitere Kompetenzen erhalten, um die Aufrüstung der EU-Länder nach zentralen Vorgaben steuern zu können, heißt es in dem Papier. Vorgesehen sind

Waffen nahezu aller Gattungen - von Präzisionsmunition über unbemannte Kampfflugzeuge und im Weltraum stationiertes Kriegsmaterial bis zur Raketenabwehr. "Europäische Spezialkräfte sind wesentliche Elemente für Anti-Terror-Operationen", heißt es weiter, auch die Kommandostrukturen

müssten weit stärker als bisher zentralisiert und schon bald in einem "EU Operational Headquarters (EUOHQ)" gebündelt werden. Der "Venusberg-Gruppe" zufolge ruft ihr Strategiepapier "ganz gewiss nicht nach einem militaristischen Europa" - eine Bemerkung, die offenbar als Hinweis auf noch weitergehende Planungen in militärpolitischen Fachzirkeln verstanden werden muss.

### „Öffentliche Meinung“

Den Autoren ist nicht verborgen geblieben, dass ihre Forderungen gegenwärtig von der Bevölkerung nur unzureichend unterstützt werden. So sprechen sich Umfragen zufolge rund 43 Prozent aller Menschen in der EU dafür aus, dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut politischen Vorrang zu geben. Nur fünf Prozent hingegen priorisieren die weltweite Machtentfaltung der EU. "Europas politische Führer müssen gemeinsam die europäische Bevölkerung überzeugen, dass es jetzt an der Zeit ist, sich angemessen auf eine sichere Zukunft vorzubereiten, und dass das Anstrengung, Engagement und Geld kosten wird", schreibt die "Venusberg-Gruppe". Bisher "scheinen zu viele von den Führern Europas bereit, der öffentlichen Meinung zu folgen". Stattdessen müsse man "sie führen".

### „Nummer eins“

"Beyond 2010" schließt inhaltlich nahtlos an vorangegangene Strategiepapiere der Bertelsmann-Stiftung und des erst kürzlich aus ihr ausgeschiedenen Politikwissenschaftlers Werner Weidenfeld an. Diese skizzieren bereits seit Jahren den Aufstieg der EU: "Die Supermacht Europa", so hieß es schon

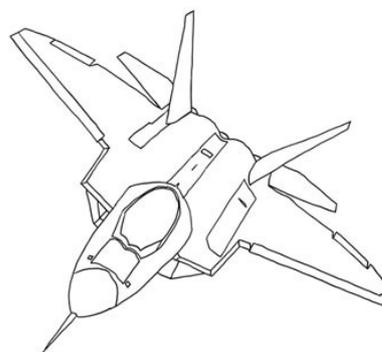
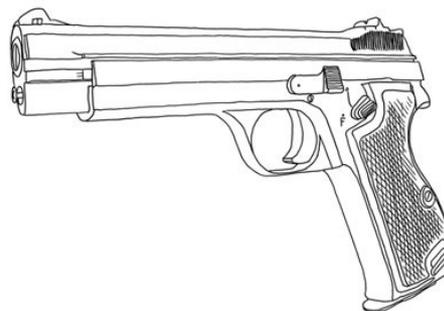
im Mai 2003, "verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik".[4] Weidenfeld, unter dessen Ägide diese Papiere entstanden, ist erst kürzlich erneut zum einflussreichsten Politikberater Deutschlands erklärt worden.[5]

german-foreign-policy.com 16.01.2008

german-foreign-policy.com dokumentiert Auszüge aus Beyond 2010"

Anmerkung der Broschüregruppe:

Die Internetseite 'german-foreign-policy', 'Informationen zur deutschen Außenpolitik' wird von einer Gruppe unabhängiger PublizistInnen und WissenschaftlerInnen zusammengestellt, die das Wiedererstarken deutscher Großmachtpolitik auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet kontinuierlich beobachtet. - Wir empfehlen die Lektüre - .



# Der Staat – und die justiziable Regulierung der Ordnung

## Das Jahr 2007....

... stand im Zeichen einer Kriminalisierungswelle gegen die Linke.

Am 9. Mai führte auf Weisung der BAW ein Großaufgebot von Bullen des BKA mit Unterstützung der zuständigen LKAs bundesweit Durchsuchungen von über 40 Wohnungen und Projekten durch und begründete dies mit dem Vorwurf „der Bildung einer terroristischen Vereinigung zur Verhinderung des G8-Gipfels“ nach §129a – betroffen waren davon 18 Personen – sowie „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (Militante Gruppe) – betroffen waren davon 3 Personen.

Den Durchsuchungen waren jahrelange Telefonüberwachungen in Dutzenden von Fällen vorausgegangen. Mit den Beschuldigten in Verbindung gebrachte Treffen wurden abgehört, Fahrzeuge observiert.

Die besondere Bedeutung des Verfahrens begründete die BAW im Durchsuchungsbeschluss damit:

„...sie stehen in Verdacht, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben...deren Ziel es insbesondere ist, mit Brandanschlägen und anderen gewalttätigen Aktionen den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel (G8) im Frühsommer 2007 in Heiligendamm erheblich zu stören oder zu verhindern. Diese Straftaten sind dazu bestimmt, die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu erschüttern und können insbesondere die internationale Position der Bundesrepublik Deutschland als verlässlicher Partner im Verbund der acht wichtigsten Wirtschaftsnationen erheblich schädigen“.

Das Kalkül, über die Kriminalisierung von AktivistInnen und Zusammenhängen die Bewegung gegen den G8-Gipfel zu spalten, ging nicht auf: Am Abend des 9. Mai versammelten sich bundesweit über 10.000 Menschen aus verschiedenen Spektren zu Spontandemonstrationen, davon alleine 5000 in Berlin und rund 3000 in Hamburg, um unter der Parole „Wir sind alle §129a“ den Angriff zurückzuweisen.. Statt zu einer Spaltung hat die Repression vielmehr zu einer starken Mobilisierung für den Widerstand - nicht nur in der BRD – beigetragen und unterschiedliche Lager zusammengeführt.

Diese Ermittlungen gegen GlobalisierungsgegnerInnen im Vorfeld des G8-Gipfels wurden 8 Monate später vom BGH als rechtswidrig eingestuft. Am 4. Januar 2008 erklärte der 3. Strafsenat des BGH, dass es keinen „Terrorverdacht“ gäbe, insofern habe die Bundesanwaltschaft sich zu Unrecht zuständig gefühlt.

Am 13. Juni 2007, unmittelbar nach dem G8-Gipfel von Heiligendamm, kam es auf Weisung der BAW

zu einer weiteren Reihe von Hausdurchsuchungen gegen neun Personen in Hamburg und Bad Oldesloe. Ziel der Razzien wurde auch das alternative Jugendzentrum „INIHAUS“ in Bad Oldesloe. Am 19. Juni folgten drei weitere Durchsuchungen gegen zwei Beschuldigte in Berlin.

In einem neuen §129a-Verfahren wurde den elf von den Hausdurchsuchungen Betroffenen die Beteiligung an vier Brandanschlägen gegen Objekte der Bundeswehr und gegen eine an Rüstungsprojekten beteiligte Firma vorgeworfen. Ein Teil der ihnen zur Last gelegten Aktionen tauchte bereits in den Ermittlungsakten gegen die Beschuldigten des §129a-Verfahrens vom 9. Mai auf; ein Umstand, der einmal mehr dafür spricht, dass es bei den neu eingeleiteten Verfahren nach §129a in erster Linie um Einschüchterung und Verunsicherung der radikalen Linken geht.

Auch bei diesem §129a-Verfahren begründete die BAW ihren „Anfangsverdacht“ mit an den Haaren herbeigezogenen Indizien, um den Beschuldigten eine Tatbeteiligung vorzuwerfen, die im Wesentlichen in der Unterstellung angeblich konspirativen Verhaltens am Telefon – gekennzeichnet durch Nichterwähnen von ‚Straftaten‘ - sowie z.T. in der Beteiligung an antifaschistischer Arbeit als vermeintlicher Tarnung für anderweitige Betätigungen (!) bestehen. Inzwischen hat die Bundesanwaltschaft das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ gemäß § 129a StGB gegen elf Personen aus Norddeutschland und Berlin fallengelassen und abgegeben.

Ihren vorläufig letzten Angriff auf linke Strukturen nach §129a startete die BAW am 31. Juli 2007. In der Nacht wurden drei Personen in Brandenburg von einem Sondereinsatzkommando verhaftet. Ihnen wird zur Last gelegt, auf dem Firmengelände von MAN drei Brandsätze an Bundeswehr LKWs angebracht zu haben. Am Morgen danach wurden die Wohnungen und Arbeitsplätze von vier weiteren Personen in Berlin und Leipzig durchsucht. In diesem Kontext wurde auch der Sozialwissenschaftler der Humboldtuniversität Andrej H. verhaftet. Der gegen die insgesamt sieben Personen erhobene Vorwurf lautet auf „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ mit der Bezeichnung „Militante Gruppe“ (MG).

Die MG ist dem Repressionsapparat schon seit langem ein Dorn im Auge, nicht nur wegen verschiedener militanter Aktionen, sondern auch wegen ihrer offensiven Öffentlichkeitsarbeit und die von ihr angestoßenen Diskussionen über Perspektiven von Widerstand und Militanz.

Andrej H. wurde vom Ermittlungsrichter des BGH nach Zahlung einer Kaution und dem Erlass von Auflagen am 28. August 2007 aus der Haft entlassen. Der Haftbefehl gegen ihn wurde am 18. Oktober aufgehoben. Der gegen Florian, Oliver und Axel

bestehende Haftbefehl wurde am 28. November 2007 vom BGH unter strengen Auflagen außer Vollzug gesetzt, da die Richter zum Schluss kamen, dass die „mg“ nicht als „terroristische“, sondern als „kriminelle Vereinigung“ nach §129 zu behandeln sei, da ihre Aktionen nicht darauf angelegt seien,

„die Bundesrepublik Deutschland erheblich zu schädigen“.

**Für mehr Information siehe auch die Webseite: <http://einstellung.so36.net>**

## **Der Bundeswehreinsatz in und um Heiligendamm**

### **Ausnahmestand im Hinterland des Globalen Zivilen Krieges**

#### **Von Markus Euskirchen**

Die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit der Polizei ging anlässlich des G8-Gipfels so weit wie noch nie. Sie markiert jenseits vergangener Hochwasserkatastrophen, der Vogelgrippe auf Rügen oder diverser Vermisstensuchen einen weiteren Höhepunkt der Militarisierung Innerer Sicherheit. Insgesamt waren 2.100 SoldatInnen der Bundeswehr im Einsatz, darunter 1.000 Soldaten allein mit Sicherungsaufgaben in- und außerhalb militärischer Einrichtungen. (1) Alle Waffengattungen waren im Einsatz: Auf den Autobahnbrücken um den Gipfelort standen gut sichtbar gepanzerte Panzerfahrzeuge. Darüber hinaus waren bereits im März zwei Tornado-Einsätze vom Innenminister Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen „technischer Amtshilfe“ angefordert und Ende April im beantragten Umfang durch den Verteidigungsminister gebilligt worden. Beide Waffensysteme sind auch in Afghanistan im Einsatz. Marine auf der Ostsee, Militärpolizei in Rostock-Laage und am geplanten Bombodrom, militärisch integrierte Einsatzleitungen und ein Krankenhaus rundeten das Militarisierungsszenario ab.

#### **Command Riot Control**

Einer der Tornado-Kampffjets schoss aus 110 Metern Höhe Bilder. Feindaufklärung hieß das zu anderen Zeiten oder im Auslandseinsatz. Es gab insgesamt mindestens vier solche „Missionen“, vielleicht sogar sieben mit zehn Flügen, so die Leipziger Volkszeitung. Aufgenommen wurden bei den Flügen mal der Aufbau des Camps in Rostock, mal das Camp Wichmannsdorf mit angrenzenden Zufahrten, mal Camp Reddelich, mögliches Blockadematerial in der Nähe einer Autobahnauffahrt, sowie ein Gebäudekomplex mit erhöhtem Fahrzeugaufkommen. Bei einem Rückflug wurde noch ein Areal mit möglichem Blockadematerial fotografiert. Nicht nur bei der Zahl der Flüge, sondern auch bei der Wahl der auszuspähenden Objekte gingen die Einsätze weit über das vorab Genehmigte hinaus.

Am Boden wurden insgesamt neun Spähpanzer eingesetzt, in Anlehnung an einen Wüstenfuchs Fennek genannt. Drei Fahrzeuge innerhalb der roten Zone, bis zu sechs Fennek zur Überwachung der An- und Abflugrouten an den An- und Abflugtagen, bis zu fünf weitere zur Überwachung der Fahr-

strecken der Delegationen auf der A 19 sowie zwei Fennek zeitlich begrenzt zur Bewachung einer Landesversuchsanstalt, wo auch Genmais angebaut wird. Die Spähtechnik, die beim Fennek auf einem ausfahrbaren Stativ sitzt, besteht aus einer Wärmebild- und einer Digitalkamera mit hoher Auflösung und Zoom-Objektiv, sowie einem Laserentfernungsmesser. Der Informalisierung und Verschmelzung von Bundeswehr- und Polizeieinsatz wurde durch Zusammenarbeit und die Delegation der Entscheidungskompetenz für militärische und polizeiliche Unterführern an die je konkreten Einsatzorte Vorschub geleistet.

Der Fennek hat ein ferngelenktes Mini-Fluggerät an Bord, eine sogenannte Drohne. Sie startet wie ein Modellflugzeug aus der Hand und hat einen Missionsradios von über fünf Kilometern. Aus dem Camp Rostock gibt es für Sonntag, den 2. Juli eine Sichtung eines nicht weiter identifizierten Fluggeräts. Ob die Mini-Drohnen rund um Heiligendamm eingesetzt wurden, muss noch geklärt werden, auszuschließen ist es keinesfalls. (2)

Bei guter Sicht vom Ostseestrand aus erkennbar waren die Boote der Marine -unvergessen die Fernsehbilder vom Ramm-Einsatz gegen Schlauchboote, bei denen die Bundesmarine das Risiko schwerster Verletzungen bis hin zum Tod der AktivistInnen in Kauf nahm. Insgesamt von neun Booten und einer Fregatte ist die Rede: Sechs Verkehrsboote als Transportmittel, ein Minenjagdboot für das Absuchen des seeseitigen Sperrgebietes nach Fremdkörpern, ein Minenjagdboot als Plattform für Minentaucher und eine Fregatte als Unterstützung für die Luftwaffe zur Erstellung des Luftlagebildes im Rahmen der Sicherheit im Luftraum. (3) Die Boote der Marine brachten dann auch die JournalistInnen von ihrem Pressezentrum in Kühlungsborn nach Heiligendamm, als dieses durch die massenhaften Blockaden für Stunden auf dem Landweg nicht mehr erreichbar war. JournalistInnen wurden laut Staatssekretär Schmidt auch im Bundeswehr-Hubschrauber CH 53 von Rostock-Laage nach Heiligendamm und Hohenluckow geflogen. Embedded journalism. Für den Transport einer Delegation von Berlin-Tegel nach Heiligendamm hat das Auswärtige Amt drei mittlere Transporthubschrauber angefordert und erhalten.

Im Krankenhaus Bad Doberan setzte sich die Auflösung der Grenze zwischen zivil und militärisch fort.

SanitätssoldatInnen übernahmen ambulante und stationäre Patientenversorgung. Laut Financial Times war dies "die erste Aktion dieser Art in der Geschichte der Bundeswehr". (FTD, 30.5.07) Neben dem Krankenhaus waren zudem olivgrüne Zelte und Container des Sanitätsdienstes der Bundeswehr aufgestellt. Für ihre eigene Unterkunft haben sich die Soldaten ein Feldlager auf einer Wiese bei Bad Doberan eingerichtet.

Auch die Unterwanderung der zivil-polizeilichen Organisations- und Führungsstrukturen durch Militärs bestätigt mehr und mehr die in letzter Zeit in Mode kommende Rede vom Globalen Zivilen Krieg (4): Immer häufiger und immer weitgehender kommt es zur Auflösung des Unterschieds zwischen Militär und Polizei: Militär wird zunehmend in die Innere Sicherheit miteinbezogen, der Krieg gegen den Terror kommt als sich immer wieder neu arrangierender weltweiter Polizeieinsatz unterschiedlicher Koalitionen Williger daher.

Aber zurück nach Heiligendamm: In zahlreiche zivile Stäben der Polizei und des Innenministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern waren Verbindungskommandos der Bundeswehr entsandt. So wurden in die Einsatzführung Kavala Marine aus Kiel und VertreterInnen des Landeskommandos Mecklenburg-Vorpommern geschickt. Deren Aufgabe war die "Gewährleistung eines reibungslosen Informationsaustausches im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit." (5) Insgesamt fünf Verbindungskommandos saßen in regionalen Katastrophenschutzstäben. Ein Kommando für einen großen Krisenstab stand bereit und 25 SoldatInnen hatten Dienst in der Flugeinsatzzentrale von Bundeswehr und Polizei als "Beitrag zu Sicherheit im Luftraum." (6)

Die Paramilitarisierung von Länder- und Bundespolizeien ist ein altbekanntes und vielkritisierendes Phänomen. Die Verpolizeilichung des Militärs hingegen hat weniger interessiert, weil sie sich bisher nur im Ausland gezeigt hat. Das hat sich jetzt geändert mit dem Einsatz ganz bestimmter Feldjäger, nämlich des für den Protektorats-Einsatz im Kosovo neu aufgestellten CRC-Zuges der Militärpolizei. CRC bedeutet "Crowd and Riot Control", also Aufstands-bekämpfung. Die PolizeisoldatInnen in diesen Zügen sind genau wie die "Robocops" der Polizei ebenfalls mit Schild, Schlagstock und Helm mit Visier ausgerüstet. Während des G8-Gipfels, laut Spiegel-Blog-Autor Thomas Wiegold, waren sie am Flughafen Rostock-Laage im Einsatz. (7) Die Einheit hat oliv-grüne und speziell gepanzerte Wasserwerfer. Es ist eine Frage der Zeit, wann diese im Rahmen der "Amtshilfe" in den Innenstädten eingesetzt werden ...

Die gängige Kritik verurteilt all das als Verstoß gegen die grundgesetzliche Trennung von Polizei und Bundeswehr. Dass z.B. bei derart enger Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bundeswehr gerne "auf dem kurzen Dienstweg" gehandelt wurde, bemängelt auch der sonst kaum für militärkritische Ausfälle bekannte SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold: "Es ist nicht in Ordnung, dass untere

Polizeiebenen mit unteren Bundeswehr-Ebenen immer neue Einsätze verabredet haben." Für ihn steht fest, "dass faktisch so getan wurde, als habe es rund um Heiligendamm eine Generalbevollmächtigung für den Einsatz der Bundeswehr gegeben". (Leipziger Volkszeitung, 21.6.07) Selbst der Chef der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, kommentiert: "Amtshilfe der Bundeswehr ist immer sehr erfreulich für die Polizei, wenn sie das ausgleicht, wofür der Polizei die Fähigkeiten fehlen. Beispielsweise Luftbilder bei Entführungen oder Geiselnahme. Mit dem Tiefstflug eines Tornado-Jets über Demonstranten hinweg ist die verfassungsrechtliche Grenze eindeutig überschritten worden. Das muss nachprüfbar Konsequenzen haben." (ebd.)

Auf dieser Linie bewegt sich denn auch die öffentliche, d.h. parlamentarische und rechtliche Aufarbeitung dieses Großeinsatzes der Bundeswehr im Innern: Der Bundestag wurde mit einer Fragestunde beschäftigt, dem Innenausschuss des Bundestages berichtete der zuständige Staatssekretär. (8) Ein Vordisziplinarverfahren gegen einen der Tornado-Piloten ist eingeleitet. Am Ende wird klar sein, welche Gesetze zu erlassen, welche Rechtsverordnungen herauszugeben sind, um das Militär auch im Innern formal korrekt einsetzen zu können.

Die bürger- bzw. verfassungsrechtliche Kritik und ihre Konsequenzen sind nicht falsch und politisch durchaus notwendig. Dennoch greift diese Kritik zu kurz. Eine radikale Kritik muss sich über die Bedeutung des Militärs klar werden -historisch und systematisch. Der moderne Nationalstaat ist gerade dadurch als Herrschaftsform nach Innen und Außen so stabil, weil er das Monopol legitimer physischer Gewalt beansprucht und in den starken Staaten auch tatsächlich darüber verfügt. Institutionell idealtypisch differenziert und historisch ausgeformt -in Deutschland besonders als Konsequenz aus dem Faschismus -in Polizei für Innen und Militär für Außen. Historisch spielte diese Differenzierung jedoch in den entscheidenden Momenten nie eine Rolle. Wann immer nötig, wurden und werden alle notwendigen Mittel eingesetzt, um die staatliche Sicherheit und Ordnung gegen Revolte und Revolution aufrecht zu erhalten, die Rahmenbedingungen für herrschende Produktionsweise und politische Herrschaft sicherzustellen. Nicht umsonst heißt es "Monopol legitimer Gewalt" -und nicht "legaler Gewalt". Das Handeln der Staatsgewalt ist in letzter Instanz, im Ausnahmezustand, nicht mehr normengebunden. Und das Wesen des Globalen Zivilen Krieges ist in der Tendenz der permanente Ausnahmezustand.

Im Hinblick auf Militarisierungsfragen hat die BRD, haben die Bundesregierungen der letzten 17 Jahre ihr Normalisierungsprogramm abgeschlossen. Jetzt geht es in die Offensive: Kriegführung im Zusammenhang von Reichtums-, Einfluss- und Rohstoffsicherung nach außen und Sozialabbau, Ungleichheitssicherung durch (para-) militärische militär-polizeiliche Besatzung im Innern werden der zukünftig normale Ausnahmezustand. Dementsprechend bleibt für antimilitaristische Bewegung in Zeiten des Globalen Zivilen Krieges mehr

zu tun als nur auf verfassungsrechtliche Minimalia zu pochen: "Neben Bewusstseinsarbeit und Verweigerung gegenüber der Rüstungs- und Militärmaschinerie sind neue Formen der Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion notwendig, und zwar unter dem Aspekt der Abwicklung von Herrschaftsmechanismen und Gewaltpotenzial. Denn alle gesellschaftliche Reproduktion - und damit auch die Bereitstellung der Ressourcen für Militär und Krieg - läuft über den Verwertungsprozess von Kapital und Arbeit. Für diese Auseinandersetzung um Produktionsmittel eignen sich die traditionellen Mittel des Streiks, der Blockade und der Sabotage, das gesamte Spektrum der Mittel des ‚gewaltfreien Kampfes‘." (9)

#### Anmerkungen:

1) So der Sprecher im Bundesministerium der Verteidigung, Oberstleutnant Strunk, zur Kl. Anfrage (Drucksache 16/5698) von Abgeordneten der Linken an die Bundesregierung, 14.6.07

2) Weitere technische Details und Herstellernamen nennt Johannes Plotzki für imi-online.de zusammen: "Wüstenfuchse, Tornados und ALADIN beim G8 in Heiligendam" "

3) Antwort der Bundesregierung (Drucksache 16/5148), 26.4.07

4) Mainstream Politikwissenschaft:  
<http://www.prio.no/page/sd/sd/9429/40475.html>,  
Bewegungsdiskurs:  
<http://www.softtargetjournal.com/v21/tiqqun.php>

5) Antwort der Bundesregierung (Drucksache 16/5148), 26.4.07

6) ebd.

7) Thomas Wiegold im Spiegel-Blog: Für die G8-Liste, 22.6.2007  
<http://blog.focus.de/wiegold/?p=125>

8) Einzelheiten fasst Johannes Plotzki zusammen, a.a.O.

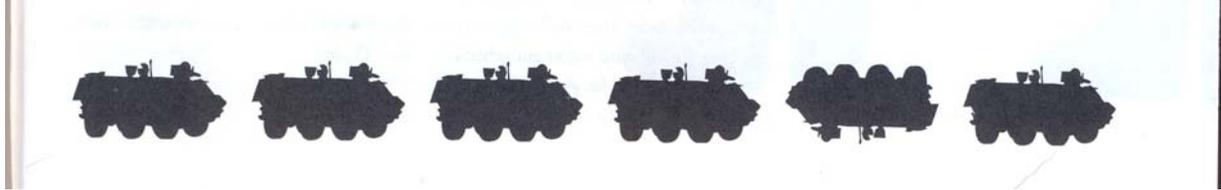
9) Markus Euskirchen: Militärrituale. Analyse und Kritik eines Herrschaftsintruments, Köln 2005

## Ausgewählte Tickermeldungen

**+++ 1994 27.10, Bad Freienwalde:** Das Gebäude des Verteidigungskommandos 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde wird durch ein Brandsatz der Gruppe „Das K.O.M.I.T.E.E.“ beschädigt. **+++ 1995 - 24.07. Bremerhaven :** verüben die „Rote Zora“ ihren letzten Anschlag auf die Werft der Firma Lürssen als Ausdruck ihrer Kritik an dem „Rüstungslieferanten für das türkische Regime, das einen mörderischen Krieg gegen die KurdInnen führt“ **+++ 1996 - Januar, Berlin:** Die „Flammenden Herzen“ sabotieren die Bahnstrecke Berlin-Magdeburg durch die Manipulation der Sicherheitstechnik, um die Rekrutenzüge der Bundeswehr zu behindern. Sie platzieren zudem eine Puppe mit dem Schild „Jedes Herz eine Zeitbombe“ an der Strecke. **+++ 1999 - 13.Mai Bielefeld:** Auf dem Sonderparteitag der Bündnisgrünen, die dort für den Krieg in Jugoslawien stimmen, fliegt ein roter Farbbeutel auf das rechte Ohr des damaligen Außenminister Joseph Fischer. („platsch“) **+++ 2002 - Februar, Glinde bei Hamburg :** Brandanschlag auf einen Bundeswehribus. **+++ 2003 - 17. Februar, Antwerpen, Belgien:** halten drei Stunden lang einen vollbeladenen Güterzug mit Kriegsmaterial der US-Armee auf. Zwei Aktivistinnen ketten sich an der Lokomotive fest, zwei weitere am ersten Waggon und eine Person macht sich am Steuerrad eines Armeelastwagens fest, der auf dem Zug steht. **+++ 26.02., Petershagen:** Zerstörung von mehreren Bundeswehr-Jeeps durch Brandsätze der „militanten gruppe“. **+++ Ende Februar, Italien:** Tausende KriegsgegnerInnen blockieren Militärzüge der US-Streitkräfte, die Soldaten, Waffen und Panzer von einem norditalienischen Stützpunkt zum Einschiffen nach Livorno bringen sollen. Aktionen und Blockaden gibt es in der Folge in **Vincenza, Padua, Verona, Brescia, Bologna, Florenz** und **Pisa**. Mehrmals werden Züge gezwungen, umzukehren und eine andere Route zu wählen, wo sie dann wiederum auf Blockaden stoßen. In **Fornovo**, einem kleinen Dorf bei **Parma**, solidarisieren sich große Teile der Bevölkerung, und der Bürgermeister eines Nachbarortes setzt sich mit umgebundener Amtsschärpe auf die Gleise. Es wird Feuer auf den Gleisen gemacht, Wein und Grappa getrunken. In **Pisa** dringen Demonstrierende bis auf das Gelände des Flughafens vor und versuchen, mit regenbogenfarbenen Friedensfahnen die Panzer und Militärlastwagen aufzuhalten. In **Migliarino** weigert sich der Zugführer eines Passagierzuges, die Weiterfahrt anzutreten, um mit seinem Zug die Gleise für die Militärtransporte zu blockieren. Erst nach Stunden wird er durch Entlassungsdrohungen seiner Vorgesetzten zur Weiterfahrt gezwungen. Auf **Sardinien** kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, als etwa tausend DemonstrantInnen den Nato-Stützpunkt auf der Insel **La Maddalena** blockieren. Mittlerweile unterstützt die Gewerkschaft CGIL geplante Boykottmaßnahmen von Hafentararbeitern, die keinerlei militärische Fracht verladen wollen, durch einen offiziellen Streik. **+++ 11.März Leuchars, Schottland:** Die dänische Aktivistin Ulla Roder betritt die RAF-Militärbasis in Leuchars und beschädigt mit einem Hammer die Nase, das Cockpit, die Flügel und andere Teile eines Tornado-Kampfflugzeugs, das für den Irak-Krieg bereitsteht. **+++ 18.03., Fairfield, UK:** Phil P. und Toby O. betreten die RAF-Fairford Basis und versuchen B52 Bomber zu entwarnen. Phil und Toby werden verhaftet und später freigesprochen. **+++ 18.03. Kopenhagen, Dänemark:** Die dänischen AktivistInnen Lars Grenaa und Rune E. Sorensen bewerfen den dänischen Premierminister Andres Fogh Rasmussen und den Außenminister Per Stig Moller innerhalb des dänischen Parlaments vor laufenden Kameras mit roter Farbe. Und genau in dem Moment, als diese die dänische Beteiligung am Krieg gegen den Irak verkünden wollen. „Du hast Blut an den Händen“ war eine gelungene Aktion. Beide werden zu 27 Tagen U-Haft verurteilt, die dann noch einmal um 14 Tage verlängert wurde. **+++ 20.03. Wetzlar :** Brandanschlag auf das Kreiswehrrersatzamt in Wetzlar von der "feministisch-antimilitaristische Zelle", die sich gegen Militarismus und die patriarchale Ordnung richtet. Es entsteht ein Sachschaden von 3000 Euro. **+++ 29.03. Frankfurt/Main:** Kurz nach Kriegsbeginn gegen Irak versuchen AktivistInnen die Zufahrtsstraße der Autobahn am Frankfurter Flughafen mit Autos zu blockieren. Die Aktion wird frühzeitig von Zivilpolizisten unterbunden. **+++ 14.04. Mannheim:** Ein Nachschubtransport der US-Armee für die Truppen am Golf wird kurz nach Verlassen der Spinelli-Barracks von zwei Kriegsgegnerinnen für 15 Minuten gestoppt. **+++ 2004 - 04.02.,**

**München:** Im Zusammenhang mit der SIKO in München werden von der Gruppe „Initiative Maxwell-Schreiber Group“ Brandsätze unter Fahrzeuge einer Mercedes-Benz Niederlassung gelegt. Durch einen technischen Defekt zünden die Brandsätze nicht. +++ **20.03., Bad Oldesloe:** Die Gruppe AK Origami verübt ein Brandanschlag auf die Firma HALO, dessen Tochterfirma das Fahrwerk für das Truppenfahrzeug der Bundeswehr liefert.. +++ **07.06. Wetzlar:** Parolen, Farbbeutel, kaputte Fenster am Kreiswehersatzamt Wetzlar. Ein „Protest gegen die Großmacht Europa, den Aufbau eines europäischen Militärs und die Festung Europa“ durch die Gruppe „autonome wictel für freies leben, a.w.f.f.l. giessener bergland“ anlässlich der EU-Wahl am 13. Juni 2004. +++ **Herbst, Valencia, Spanien:** Vier AktivistInn\_en blockieren Militärzüge der Nato-Basis in Bevera. Sie werden verhaftet. +++ **2005 - 20.Mai Kreta, Griechenland:** 70 AntifaschistInnen aus Griechenland und Deutschland verhindern auf dem „Deutschen Soldatenfriedhof“ in Maleme das jährlich zum Jahrestag des faschistischen Angriffs auf Kreta stattfindende Gedenken, bewerben Alt-Nazis mit Farbeiern und hinterlassen Parolen und Farbe an zwei Kriegsdenkmälern..+++ **2006 - 05.01., Hamburg:** Die Militante Antimilitaristische Initiative (MAMI) übernimmt die Verantwortung für das Abbrennen zweier Transporter der Rüstungsfirma Imtech Deutschland.+++ **Januar 2006, München:** Ein Kriegerdenkmal in München wird Ziel eines Farbbeutelangriffs einer „Autonomen Gruppe“. +++ **02-06., North-Dakota, USA:** Drei Anti-KriegsaktivistInnen, darunter ein 72-Jähriger Priester und ein 57-jähriger Kriegsveteran, betreten die US-Base in Duluth, Minnesota, und bearbeiten mit Hämmern den Minuteman III Nuclear Missile Silo. Dabei besprühen sie den Silo mit Parolen (Stop Nuclear Terrorism here) und Blut. Alle drei AktivistInnen werden mit zwischen 8 und 17 Monaten Gefängnis bestraft und zum Teil in Isolationshaft gehalten.+++ **2007 - 26.01., Hamburg:** Die „Revolutionären Anti-Militaristischen AktivistInnen“ (RAMA) brennen das Auto des Managers Herbert Aly, Vorstand bei Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS) ab und bei einem weiteren Vorstand des Rüstungskonzern werden das Haus und Auto mit Farbe und Steinen bearbeitet. +++ **29. Februar 2007 Berlin:** gehen Fensterscheiben des Dienststizes des katholischen Militärbischofs zu Bruch und desweiteren werden die Fassade des Wohnhauses eines langjährigen Beraters des Verteidigungsministeriums, des Konzerns SAP sowie die Bertelsmann Stiftung von den „Autonomen Antimilitaristen“ mit Farbbeutel beworfen. +++ **01.04., Faslane, Schottland:** 50 AktivistInnen aus Nottingham und Derby blockieren für 4 Stunden mit Hilfe von speziellen Schlössern die Faslane Nuklear-Basis. Dabei werden 17 Personen verhaftet. +++ **20.03. Ayrshire, UK:** Zahlreiche AktivistInnen verschaffen sich Zutritt zur Munitionsfabrik in Beith, Ayrshire und verteilen Flugblätter innerhalb der Fabrik an die verdutzten ArbeiterInnen, auf denen erklärt wird, wie und wo die Munition im Irak eingesetzt wird. +++ **18.April Weimar:** SchülerInnen wehren sich gegen Bundeswehrbesuch. Über Nacht hatten Unbekannte das Mobil, welches für eine Karriere bei der Bundeswehr wirbt, farbenfroh verschönert. So war die Heckscheibe komplett geschwärzt und mit dem Schriftzug "No War!" versehen. An den Scheibenwischern waren Blumen befestigt und an den Seiten des LKWs war zu lesen: "Kein Leid, kein Mord, kein Morgensport!", "Deutsche Waffen, Deutsches Geld morden mit in aller Welt" und "Alle Soldaten sind Mörder, aber psst...".+++ **19.April, Edinburgh, Schottland, Edinburgh Army Recruitment Centre Attacke:** Die Scheiben eines Rekrutierungsbüro der Britischen Armee wird von der *The Fuck The War Coalition!* gemasht. Zusätzlich werden Anti-Kriegsparolen zurückgelassen.+++ **30.04. Edinburgh, Schottland:** Die „Fuck The War Coalition“ zerstören einige Scheiben und besprühen die US-Botschaft mit Anti-Kriegslogos anlässlich des US-Kriegs in Irak. +++ **10.Mai Wuppertal:** Im BIZ (Berufsinformationszentrum) wird eine Propagandaveranstaltung der Bundeswehr für Berufsanfänger frühzeitig beendet. Der Stabsoberbootsmann Heinrichs bekommt gezielt eine Torte ins Gesicht. Die Tortenwerder\_innen entkommen gutgelaunt und unerkant. Da die Arbeitsgruppe m.g. (mit geschmack) - Unterabteilung „Bundeswehr wegtorten“ diese Freude nicht nur für sich behalten will, fordert sie zu einem bundesweiten Tortenwettbewerb auf. +++ **18. Mai Hamburg:** Ein Anschlag mit Steinen und Farbflaschen auf Lufthansa-Technik-Chef August Wilhelm Henningsen (56) in Niendorf bei Hamburg. Das Unternehmen sei am Bau von Flugzeugen beteiligt, die die Bundeswehr als Truppentransporter oder Frachtmaschinen einsetzt. Lufthansa-Technik sei auch beim Bau von Tankflugzeugen dabei, die Kampffjets in der Luft betanken können. +++ **01.06., Kyritz, Ruppiner Heide:** Zum Auftakt der G8-Tagung besetzen ca. 700 AntimilitaristInn\_en das Gelände des Bombodroms unter dem Motto „Jedes Ziel ist ein Zuhause“ und bemalen Militäreinrichtungen mit rosa Farbe. Über 200 Personen bleiben über Nacht. +++ **12.07., Edinburgh, Schottland:** Eine Gruppe mit dem Namen „Fuck The War Coalition“ smashten Dutzende von Fenstern des Rüstungskonzerns SELEX, die u.a. für den Apache-Hubschrauber und den Eurofighter Typhoon produzieren. Diese war bereits das dritte Mal, dass dort Scheiben eingeworfen worden sind. +++ **31.Juli, Brandenburg:** Beinahe sabotiert: Das Anzünden dreier Bundeswehr-LKWs auf dem Gelände der Rüstungsfirma MAN in Brandenburg scheitert. +++ **11.09. Manchester, UK:** Blockade des Fuhrparks der Rüstungsfirma BAE Middleton durch eine antimilitaristische Gruppe. Das Tor wird verschlossen, Bretter, durch die Nägel geschlagen waren, werden auf der Straße befestigt, Öl wird in der Umgebung verschüttet, um eine zusätzliche Störung zu verursachen. +++ **10.10., Brighton, UK:** Eine Karaoke-Maschine und 5 Personen werden vor dem Tor des Rüstungskonzerns EDO beim Abspielen des Songs „We are the champions“ von der Polizei verhaftet. +++ **13.10 Potsdam:** An der Uni Potsdam wird die Eröffnung des neuen Masterstudiengangs "Military Studies" unter Beteiligung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) und des Sozialwissenschaftlichen Insitutes (SOWI) der Bundeswehr. durch die "feierliche" Begrüßung der Studienanfänger\_innen erfolgreich gestört. +++ **12.12. Hamburg:** Unter dem Motto „Es gibt zu viele Bundeswehrfahrzeuge“ hinterläßt die „gruppe militante konversion“ **einen Brandanschlag auf dem Gelände der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg.** +++ **15.12., Vicenza, Italien:** 50.00 Menschen demonstrieren gegen den Ausbau der US-Basis Dal Molin. +++ **20.12. Wuppertal:** Antimilitarist\_innen mit dem Namen „AG abrüstung jetzt“ verzierern den Bereich vor dem Berufsinformationszentrum (BIZ), sowie das Gebäude mit roter Farbe. Außerdem wird über die gesamte Glasfront "Bundeswehr wegtreten" angebracht. Es entsteht dadurch ein Sachschaden von über 1000 Euro. Die Aktion richtet sich gegen den monatlichen Besuch der Bundeswehr im BIZ Wuppertal und der schleichenden Militarisierung der Innenpolitik. +++ **30.12. Magdeburg:** Das Steuben-Denkmal (Steuben war preußischer Militär) wird pink angemalt und mit dem Spruch „Krieg macht niemanden groß“ versehen.. +++ **2008 +++ 06.02 Brühl:**

BundeswehrgegnerInnen haben offensichtlich die Gunst des jecken Treibens im Rheinland mit seinem sessionsbedingten Kostümierungs- und Vermummungsgebot genutzt und dem Berufsinformationszentrum der Arbeitsagentur Brühl die Scheiben eingeworfen und mit viel Farbe einen "Tarnanstrich" verpasst und „Bundeswehr raus“ gesprüht. +++ **10.02. Kiel:** Militärtransport durch Ankettung gestoppt. Eine Gruppe junger AktivistInnen hat in der Nacht von Samstag auf Sonntag einen Zug der Bundeswehr gestoppt, um gegen Militarismus zu protestieren. Die AktivistInnen wenden sich sowohl gegen die kriegerischen Einsätze der Bundeswehr im Ausland, als auch gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern wie momentan in München zur Nato-Sicherheitskonferenz. „Für mich ist die Existenz von Einrichtungen, die Menschen zum Töten abrichten, einfach unerträglich!“ kommentierte die Aktivistin Hanna Poddig ihre Aktion.



**Gaus:** „Herr Dutschke...sie...haben in der DDR gelebt und gehörten als Schüler zur Jungen Gemeinde der Evangelischen Kirche...sie waren couragiert genug, den Wehrdienst in der DDR zu verweigern. Würden sie für ihre revolutionären Ziele notfalls auch mit der Waffe in der Hand eintreten?“

**Dutschke:** „Klare Antwort: Wäre ich in Lateinamerika, würde ich mit der Waffe in der Hand kämpfen. Ich bin nicht in Lateinamerika, ich bin in der Bundesrepublik. Wir kämpfen dafür, dass es nie dazu kommt, dass Waffen in die Hand genommen werden müssen. Aber das liegt nicht bei uns. Wir sind nicht an der Macht. Die Menschen sind sich ihres eigenen Schicksals nicht bewusst, und so, wenn 1969 der NATO-Austritt nicht vollzogen wird, wenn wir reinkommen in den Prozess der internationalen Auseinandersetzung – es ist sicher, dass wir dann Waffen benutzen werden, wenn bundesrepublikanische Truppen in Vietnam oder in Bolivien oder anderswo kämpfen – dass wir dann im eigenen Land auch kämpfen werden...“ (Günter Gaus: Interview mit Rudi Dutschke 3.12.1967, SWF)

## Termine

### 03.März 2008:

Veranstaltung: Das Märchen vom ethischen Krieg , Daniel Bensaid (Paris), Kulturhaus Mitte, Berlin, Auguststraße 21, 19:30 Uhr, <http://www.jourfixe.net/>

### 07. März 2008 - 09. März 2008:

Irak-Konferenz 2008 in Berlin (5. Jahrestag), siehe [www.irakkonferenz2008.de](http://www.irakkonferenz2008.de)

### 09.März 2008:

"DEUTSCHLAND IST IM KRIEG - SABOTAGE IST NOTWENDIG" Veranstaltung des Gegeninformationsbüros, 17:00 Uhr KATO, U-Bhf Schlesisches Tor, Berlin, <http://www.gegeninformationsbuero.de>

### 22. März 2008:

NATO Game over: Blockade und Besetzung-Aktion des NATO-Hauptsitzes in Brüssel. Siehe [www.bombspotting.be](http://www.bombspotting.be)

### 29. – 30. März 2008:

STOP THE SHIELD! Actions against the US Anti-Missile Shield / US Base in Poland near Slupsk, siehe <http://m29.bzzz.net>

### April 2008:

KRIEG NACH INNEN, Info- und Diskussionsveranstaltung, Büro für antimilitaristische Maßnahmen ([www.bamm.de](http://www.bamm.de)) 19 Uhr im Kato, Berlin, U-Bhf Schlesisches Tor,

### 2. – 4. April 2008:

Störaktionen: Anti Nato Woche in Bucharest, Rumänien, siehe <http://contra-doxa.com/>

### 7. April 2008:

Veranstaltung: Die Nato in Afghanistan : Entwicklung durch Krieg, Claudia Haydr (Tübingen), Kulturhaus Mitte, Berlin, Auguststraße 21 (Jourfixe), 19:30 Uhr, <http://www.jourfixe.net/>

### 5. Mai 2008:

Veranstaltung: Über das Dilemma sozialrevolutionärer Gewalt, Titus Engelschall, Elfriede Müller (Berlin), Kulturhaus Mitte, Berlin, Auguststraße 21, Jourfixe, <http://www.jourfixe.net/>

### 30. August 2008:

7. Umrundung des NATO-Flugplatzes in Büchel

### 23-31. August 2008:

Friedenscamp in Büchel. Siehe [www.gaaa.org](http://www.gaaa.org)

### 18.- 27. Juli 2008 :

Aktions-Camp "BOMBODROM, siehe [www.q8andwar.de](http://www.q8andwar.de)"

### und im Jahr 2009:

NATO Konferenz und NATO-Sicherheitskonferenz in Berlin: „Der Kriegselite keine Ruhe lassen“

# Why?



## **Veranstaltung: Kriegsgerät interessiert uns brennend**

Antimilitaristische Blockade- und Sabotageaktionen in Europa.

Mit AktivistInnen aus Irland, Belgien, Holland und der BRD.

### **Sa 23. Februar 2008 um 18:00 Uhr**

im Statthaus Böcklerpark, Prinzenstr. 1

### **Solidarität mit den verfolgten AntimilitaristInnen!!!**

„Das eigentliche Problem ist doch, dass es zu wenig Brandanschläge auf Bundeswehrfahrzeuge gibt.“ Dies wurde auf einer der ersten Vollversammlungen nach den Verhaftungen von Axel, Olli, Florian und Andrej geäußert. Daraufhin haben wir aus Solidarität mit den Beschuldigten diese Veranstaltung vorbereitet, in der die Politik, die in dem Verfahren kriminalisiert wird, ins Zentrum gerückt wird. Der versuchte Brandanschlag auf Militärlastwagen der Bundeswehr und die Verhaftungen Ende Juli 2007 haben uns nicht nur mit der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit §129a-Verfahren und Antirepressionsarbeit konfrontiert. Sie haben auch bewirkt, dass wir uns mit einem in der radikalen Linken seit geraumer Zeit wenig bearbeiteten Thema intensiver beschäftigen: Der notwendigen Mobilisierung gegen Krieg und Militarisierung. In der Veranstaltung am 23. Februar werden die Legitimität und Notwendigkeit von antimilitaristischem Widerstand und direktem Eingreifen im Sinne selbstorganisierter Abrüstung zur Debatte gestellt. Eingeladen sind AktivistInnen aus verschiedenen europäischen Ländern, die über Sabotage- und Blockadeaktionen gegen Kriegsgerät berichten:

- aus den Niederlanden eine Aktivistin, die eine militärische Satellitenanlage zerstört hat.
- aus Irland ein Aktivist, der in Shannon ein Militärflugzeug beschädigt hat.
- aus Belgien ein Aktivist, der Militärtransporte blockiert hat.
- aus der BRD eine Aktivistin, die an der versuchten Blockade des Autobahnkreuzes am Frankfurter Flughafen beteiligt war.

Wir wünschen uns eine anregende Diskussion für eine erfolgreiche Zukunft des antimilitaristischen Widerstands.